

Jens Schöne

Erosion der Macht.

**Die Auflösung des Ministeriums für
Staatssicherheit in Berlin**

Berlin 2004

**Schriftenreihe des Berliner Landesbeauftragten für die Unterlagen
des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR**

Band 19

Copyright 2004 beim Berliner Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR

Alle Rechte vorbehalten, insbesondere der Übersetzung, der Vervielfältigung jeder Art, des Nachdrucks, der Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen sowie in Funk- und Fernsehsendungen, auch bei auszugsweiser Verwendung.

Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des Berliner Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR dar.

Für die inhaltlichen Aussagen trägt der Autor die Verantwortung.

ISBN 3-934085-20-2

Der Berliner Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Scharrenstraße 17, 10178 Berlin

Inhalt

Vorwort	4
1. Einleitung	5
2. Das Ministerium für Staatssicherheit	12
Geschichte, Aufbau, Funktionen	12
Das MfS in Berlin	17
3. Krisenstimmung. Die DDR im Jahr 1989	21
4. Friedliche Revolution, SED und Staatssicherheit	27
Eskalation: Oktober 1989	27
Entscheidungsfindungen: November 1989	31
Erste Schritte zur Auflösung: Dezember 1989	35
Machtprobe: Januar 1990	42
Vernichtung von Datenträgern: Februar 1990	48
Schlusspunkte: März 1990	53
5. Resümee	58
6. Dokumentenanhang	61
Zu den Dokumenten	61
Verzeichnis der Dokumente	62
Dokumente	64
7. Weiterführende Literatur	113
8. Abkürzungen	114
Über den Autor	117

Vorwort

Vor nunmehr 15 Jahren leiteten die Menschen in der DDR mit einer friedlichen Revolution das Ende der SED-Diktatur ein. Ein wesentlicher Bestandteil dieser Revolution war die Auflösung des Ministeriums für Staatssicherheit. Nachdem die allein herrschende SED ihr „Schild und Schwert“ verloren hatte, beschleunigte sich auch ihr Machtverfall.

Während für einige Bezirke der DDR bereits Publikationen zur Auflösung von MfS-Bezirksverwaltungen und -Kreisdienststellen vorliegen, kann der Forschungsstand gerade zu Berlin nicht befriedigen. Im Folgenden wird daher der Versuch unternommen, einige offene Fragen zu klären. Dabei findet sowohl die Zentrale des Ministeriums Berücksichtigung als auch zahlreiche weitere Dienststellen, die ihren Sitz im Stadtgebiet hatten. Ergänzt wird der Text durch eine Auswahl von Schlüsseldokumenten, die hier zum Teil erstmals veröffentlicht werden.

Ohne die zahllosen Hilfestellungen von Zeitzeugen und Archiven wäre die vorliegende Studie nicht möglich gewesen. Ihnen sei an dieser Stelle herzlich gedankt.

Martin Gutzeit
(Landesbeauftragter)

1. Einleitung

Als sich der Minister für Staatssicherheit der DDR, Erich Mielke, im April des Jahres 1989 mit einem hochrangigen Vertreter des sowjetischen Geheimdienstes traf, erschien ihm die Welt noch in Ordnung: „Wenn andere zweifeln an den Fragen des Sozialismus, dann ist die DDR ein Beispiel dafür, dass der Sozialismus eine zukunftsträchtige Gesellschaft ist. Der Bestand der DDR beweist dies.“ Tatsächlich gab es auf den ersten Blick nur wenig Anlass, von einer ernsthaften Bedrohung des selbst ernannten „Arbeiter- und Bauernstaates auf deutschem Boden“ auszugehen. Zwar sorgte die vorsichtige Demokratisierung der sowjetischen Gesellschaft, die Politik von Perestroika und Glasnost, auch in der DDR für einige Unruhe, doch schien sie sich auf die üblichen Kreise zu beschränken. Abweichende Meinungen hatte es auch im Sozialismus immer gegeben, doch nicht zuletzt das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) sorgte dafür, dass sich daraus keine bedrohliche Herausforderung für die diktatorische Alleinherrschaft der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) entwickeln konnte. Nur zwei Jahre zuvor war Erich Honecker als Staatsgast in der Bundesrepublik empfangen worden und hatte damit auf allerhöchster politischer Ebene die vermeintlich gleichberechtigte Existenz zweier deutscher Staaten dokumentieren können. Der Kalte Krieg hatte seinen Höhepunkt längst überschritten, Ost und West setzten stärker als je zuvor auf Entspannung und grundlegende Veränderungen waren offenbar nicht zu erwarten. Allerdings galt es, den Status quo weiter zu festigen, und dafür hatte Mielke klare Vorstellungen: „Unseres Erachtens dient es nicht der Sache des Sozialismus und des Friedens, wenn die führende Rolle der Partei in Frage gestellt und schrittweise aufgegeben wird. Es dient sicher auch nicht der Stärkung des Sozialismus, wenn einem sogenannten politischen Pluralismus das Wort geredet wird, wenn Abstriche an ideologischen Grundfragen gemacht werden.“¹ Stabilität und Kontinuität der Verhältnisse in der DDR waren nicht nur die Forderung des greisen Ministers – sie schienen auch in der Realität gesichert. Doch es sollte anders kommen. Zwölf Monate später war das Machtmonopol der SED gebrochen und ihr „Schild und Schwert“, das MfS, zum

¹ Zitiert nach: Walter Süß (Hg.), Erich Mielke und KGB-Vize Leonid Schebarchin über den drohenden Untergang des Sozialistischen Lagers. Mitschrift eines Streitgesprächs am 7. April 1989, Berlin 1993, S. 9, 13.

überwiegenden Teil aufgelöst. Jahrzehntlang war es unabdingbarer Bestandteil der Diktatur gewesen, hatte deren Dauerhaftigkeit mit undemokratischen, auch mit kriminellen Methoden abgesichert. Dabei war es beständig gewachsen. Allein die Zahl der hauptamtlichen Mitarbeiter hatte sich zwischen 1950 und 1989 von 2.700 auf über 91.000 erhöht, hinzu kamen zuletzt mehr als 173.000 inoffizielle Mitarbeiter (IM).² Gleichwohl vermochte es dieser gewaltige Apparat nicht, den spätestens im Sommer 1989 einsetzenden Erosionsprozess des politischen Systems in der DDR aufzuhalten. Nach 40 Jahren scheinbarer Stabilität verschwand das Land erdrutschartig von der Bildfläche – und das MfS trug dazu, wenn auch ungewollt, bei.

„Macht bedeutet jede Chance, innerhalb einer sozialen Beziehung den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen, gleichviel worauf diese Chance beruht.“³ Legt man diese bekannte Definition zu Grunde, so übte die SED letztlich unzweifelhaft die alleinige Macht in der DDR aus. Dafür fehlte ihr jedoch eine demokratische Legitimation, denn freien und geheimen Wahlen hatte sie sich schon seit den Vierzigerjahren nicht mehr gestellt. Die vermeintliche Legitimität ihres Handelns zog sie allein aus ihrer „wissenschaftlichen Weltanschauung“, dem Marxismus-Leninismus, der ein progressives Voranschreiten der gesellschaftlichen Entwicklung sowie mittelfristig Wohlstand, Glück und Zufriedenheit für alle versprach. Die Realität sah anders aus. Zwar hatte die Partei, mehr noch deren Führung, ihren eigenen Willen über mehrere Jahrzehnte hinweg durchsetzen können und hierzu weder Kosten noch Mühen gescheut. Dabei hatte sie beständig zwischen Zugeständnissen an die eigene Bevölkerung und dogmatischer Härte geschwankt. Die Stabilität der DDR erklärte sich aus den Identifikationsangeboten an ihre Bürger ebenso wie aus dem rigorosen Vorgehen gegen allzu offensichtliche Ausprägungen nonkonformen Verhaltens. Die „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ sicherte das Überleben des Landes ebenso wie die Unterdrückung abweichender Meinungen. Bungalow und Biermann waren lediglich zwei Seiten der gleichen Medaille. Und auf beiden Seiten spielte das Ministerium für Staatssicherheit eine entscheidende Rolle. Denn je

² Jens Gieseke, Die hauptamtlichen Mitarbeiter der Staatssicherheit. Personalstruktur und Lebenswelt 1950-1989/90, Berlin 2000, S. 556-558; ders., Mielke-Konzern. Die Geschichte der Stasi 1945-1990, Stuttgart/München 2001, S. 113.

³ Max Weber, Wirtschaft und Gesellschaft, hg. von Johannes Winckelmann, Tübingen 1972, 1. Halbbd., S. 28.

maroder die Volkswirtschaft wurde, desto intensiver hatte auch das MfS nach Entlastungsmöglichkeiten zu suchen; und je unerbittlicher die SED-Führung nach repressiven Maßnahmen rief, umso entschlossener kamen die Geheimdienstler zum Einsatz. Sie wurden so zu einer Allzweckwaffe der Partei, deren Kompetenzen und Aufgaben sich ständig erweiterten und die keinerlei öffentlicher Kontrolle unterworfen waren. Doch vermochten auch sie den schleichenden Niedergang des Landes nicht zu verhindern. Als Honecker sich in der Bundesrepublik feiern ließ, geschah dies nur noch auf Pump. Denn seit den frühen Achtzigerjahren war die DDR faktisch zahlungsunfähig und wurde ökonomisch nur noch durch finanzielle Hilfestellungen aus der Bundesrepublik am Leben erhalten.⁴ Auch die Minderheit von Oppositionellen, Abweichlern und Aussteigern, die sich oftmals unter dem Dach der Kirche sammelte, war nicht zum Schweigen zu bringen. Trotz Gefängnisstrafen, trotz Ausreisen und Ausbürgerungen gelang es der Partei und ihrem Machtapparat nicht, in Berlin, Dresden, Jena, Leipzig und andernorts für Ruhe zu sorgen und somit ihren eigenen Willen unwidersprochen durchzusetzen. Der Koloss, als den die SED ihr Herrschaftsgebiet national wie international inszenierte, stand nur noch auf tönernen Füßen.

Doch erklärt dieser Umstand noch nicht, warum die DDR nach Jahren vermeintlicher Stabilität so plötzlich und so schnell ihrem eigenen Ende entgegenschlitterte. Das Aufbegehren Einzelner war nicht neu und bisher immer unter Kontrolle gehalten worden. So gut wie nichts deutete im Frühjahr 1989 darauf hin, dass sich daran demnächst Grundlegendes ändern würde. Dennoch entwickelte sich in Folge der Kommunalwahlen vom 7. Mai eine Dynamik, die immer breitere Teile der Bevölkerung erfasste, auf eine durch Machtkämpfe, Krankheit, Alter und Ideenlosigkeit paralyisierte SED-Führung traf und innerhalb weniger Monate nicht nur die Gerontokraten der Macht, sondern das gesamte von ihnen errichtete System hinwegfegte.

Aufgabe des Geheimdienstes wäre es gewesen, diese Prozesse zu stoppen oder zumindest maßgeblich zu beeinflussen – und sei es nur, um das eigene Überleben zu sichern. Doch auch er blieb weitgehend passiv, versuchte zwar, sich gegen den eigenen Untergang zu wehren, vermochte aber zu keinem Zeitpunkt, dazu geeignete Strategien zu entwickeln. Das muss überraschen, denn bisher hatte er durchaus erfolgreich im Sinne

⁴ André Steiner, Von Plan zu Plan. Eine Wirtschaftsgeschichte der DDR, München 2004, S. 191-203.

des Systemerhalts gearbeitet. Nur einmal, in den Tagen um den 17. Juni 1953, hatte er gründlich versagt, doch das waren andere Zeiten gewesen. Damals befand sich das Ministerium noch im Aufbau und verfügte nur über begrenzte Kapazitäten sowie ein äußerst lückenhaftes Spitznetz. Mehr als ein Vierteljahrhundert später schien es für jede Herausforderung gewappnet. Und doch fühlte sich der oberste Dienstherr, Mielke, schon im August 1989 an die Stunden der Schmach erinnert, als er vor seiner versammelten Generalität die inzwischen fast legendären Worte sprach: „Ist es so, dass morgen der 17. Juni ausbricht?“⁵

Das MfS ging also durchaus sehenden Auges in seinen Untergang. Lange bevor die großen Demonstrationen in zahllosen Orten der DDR die SED-Führung zum Einlenken und schließlich zum Abtreten zwangen, hatten der Minister und seine Führungsriege die Brisanz der Lage erkannt. Zu einem Zeitpunkt, da die Nachrichten gefüllt waren von der ständig steigenden Anzahl derer, die der DDR den Rücken kehrten, dachte man im Ministerium offensichtlich bereits weiter. Umso mehr muss die folgende Unfähigkeit überraschen, auf die wachsenden Herausforderungen erfolgreich zu reagieren. Woraus erklärt sich dieser Umstand? Wie konnte es geschehen, dass – gemessen an der Einwohnerzahl – der größte Geheimdienst der Welt ohne ernsthafte Gegenwehr seine Existenz beendete? Dem wird auf den folgenden Seiten nachzugehen sein. Im Mittelpunkt steht dabei die Entwicklung in Berlin, doch werden auch immer wieder vergleichende Aspekte Berücksichtigung finden. Denn die Auflösung des MfS begann nicht im Zentrum, sondern an der Peripherie. Was in Erfurt und Leipzig anfang bzw. erstmals in breitem Rahmen wahrgenommen wurde, fand seine Fortsetzung in Berlin erst relativ spät und folgte einer eigenen Logik. Dafür gibt es Gründe, die hier ebenso erörtert werden sollen wie der eigentümliche „Sturm“ auf die Zentrale des Ministeriums am 15. Januar 1990. Je weiter die friedliche Revolution der Jahre 1989/90 voranschritt, um so mehr vernetzten sich ihre Akteure, umso mehr beeinflussten sich die Ereignisse in den einzelnen Regionen gegenseitig. Diese Dynamik muss in Rechnung gestellt werden, genau wie die durchaus unterschiedlichen Zielstellungen, die damit verbunden waren. Nicht nur zwischen der SED und dem MfS auf der einen und den zahl-

⁵ Protokoll der Dienstbesprechung beim Minister für Staatssicherheit, 31.8.1989. Zitiert nach: Armin Mitter/Stefan Wolle (Hg.), „Ich liebe euch doch alle!“ Befehle und Lageberichte des MfS, Januar-November 1989, Berlin 1990, hier S. 125.

reichen zivilgesellschaftlichen Organisationen auf der anderen Seite existierten Meinungsverschiedenheiten. Auch innerhalb der Bürgerbewegung gab es Differenzen über verschiedene Fragen, was an der Debatte um den Umgang mit der Hinterlassenschaft des MfS nur am deutlichsten zu Tage trat. Und die Vertreter der bisherigen Macht versuchten, derartige Differenzen gezielt auszunutzen.

Die besondere Situation in Berlin erklärt sich unter anderem daraus, dass hier eine doppelte Struktur der Staatssicherheit existierte. Neben der üblichen Bezirksverwaltung (BV) und den ihr nachgeordneten Kreisdienststellen (KD) befand sich in der Stadt, im Stadtbezirk Lichtenberg, auch die Zentrale des Ministeriums. Verflechtungen zwischen beiden Strukturen machten eine möglichst genaue Lageeinschätzung durch Bürgerkomitees und ähnliche Kontrollinstanzen ebenso schwierig wie der Umstand, dass hier auch der Auslandsgeheimdienst, die Hauptverwaltung Aufklärung (HVA), seinen Sitz hatte. Am Umgang mit ihm und seinen Unterlagen sollten sich hitzige Debatten entzünden. Zugleich konzentrierten sich in Berlin Partei- und Staatsführung, Ministerien und zahlreiche weitere zentrale Dienstleistungen. Die streng hierarchische Ordnung von Politik und Wirtschaft forderte gesonderte Anstrengungen. Das Herrschaftssystem der DDR war in ganz unterschiedlichen Regionen des Landes in Frage gestellt und später in die Knie gezwungen worden – seine halbwegs geordnete Auflösung konnte nur von der Hauptstadt aus erfolgen. Allein auf Grund der bisherigen Ressourcenverteilung stand auch zu erwarten, dass hier die Gegenwehr des zu überwindenden Systems am intensivsten sein würde.

Mit der Konstituierung des Zentralen Runden Tisches (ZRT) am 7. Dezember 1989 war ein Instrument geschaffen, das die unterschiedlichen Interessen ausgleichen und den weiteren Weg der DDR möglichst demokratisch ebnen sollte. Er konnte auf Erfahrungen aus den Regionen zurückgreifen, denn überall im Land hatten sich schon zuvor auf verschiedenen Ebenen derartige Gremien gebildet, die ihrerseits aus Entwicklungen in Polen und Ungarn profitierten. Die Problematik der Auflösung des Ministeriums für Staatssicherheit sollte eine zentrale in den Verhandlungen am ZRT werden, manche Kraftprobe zwischen der illegitimen politischen Führung des Landes und der zivilgesellschaftlichen Gegenmacht entzündete sich daran. Daher gebührt ihm besondere Auf-

merksamkeit, ebenso wie seinen Interaktionen mit den Bürgerkomitees und anderen Akteuren vor Ort.⁶

Ähnliche Berücksichtigung verdienen die Vertreter der offiziellen Staatsmacht – und das bedeutet vor allem, das Agieren der jeweiligen SED-Spitze. Denn trotz der bereits festgestellten Passivität bzw. trotz ihres mitunter hilflosen Vorgehens waren die wechselnden Parteiführungen keineswegs bereit, die so lange ausgeübte Macht allzu leicht aus den Händen zu geben. In Berlin sollte sich das in der Nacht vom 7. zum 8. Oktober in aller Schärfe zeigen, aber auch in den Versuchen erkennbar werden, dem Ministerium für Staatssicherheit in veränderter Form eine Zukunft zu garantieren. Die Partei wollte mitnichten auf ihr „Schild und Schwert“ verzichten. Die Gründung des Amtes für Nationale Sicherheit (AfNS) im November 1989 und der Versuch einer Installation von Nachrichtendienst und Verfassungsschutz im Folgemonat sind Ausdruck dieser Bemühungen – doch sie scheiterten am entschiedenen Widerstand der revolutionären Akteure und an der rasant schwindenden Akzeptanz, der Partei und Geheimpolizei zu diesem Zeitpunkt unterworfen waren.

Die Auflösung des MfS verlief also keineswegs eindimensional und einheitlich, sondern fand in einem sich ständig verschiebenden Kräftefeld statt, das durch immer wieder markant veränderte Rahmenbedingungen geprägt war. Ihren Ausgangspunkt nahm die Entwicklung, als die anschwellenden Flüchtlingsströme aus der DDR im Sommer 1989 unübersehbar klarmachten, dass nun ein immer größerer Anteil der eigenen Bevölkerung der SED die Gefolgschaft verweigerte. Bisher unbekannte Formen zivilen Ungehorsams und neue Grundsätze öffentlichen Auftretens wurden von immer mehr Menschen praktiziert, die zwar noch immer eine Minderheit bildeten, in ihrer Gesamtheit jedoch weder übersehen noch eingesperrt oder abgeschoben werden konnten. Die Staatssicherheit hatte die Lage nicht mehr unter Kontrolle. Spätestens der verheerende Auftritt Mielkes vor der Volksammer am 13. November („Ich liebe, ich liebe doch alle.“) zeigte, wie desolat die Lage tatsächlich war. Wenige Monate später war das Ministerium aufgelöst, nur Restbestände der HVA existierten noch und sollten wenig später dem gleichen Schicksal anheim fallen.

⁶ Vgl. allg. Uwe Thaysen, *Der Runde Tisch. Oder: Wo blieb das Volk?*, Opladen 1990.

Um diese unerwartete Erosion der Macht erklären zu können, sollen im Folgenden zunächst kurz die Entwicklung und das Selbstverständnis des MfS dargelegt, dann in Grundzügen die Situation im Sommer 1989 erörtert und anschließend der Auflösungsprozess in Berlin dargestellt werden. In diesem Zusammenhang wird keineswegs Anspruch auf Vollständigkeit erhoben, denn auch 15 Jahre nach den relevanten Ereignissen besteht noch immer dringender Forschungsbedarf. Noch immer liegt vieles im Dunkeln. Dort sollte es nicht bleiben.

2. Das Ministerium für Staatssicherheit

Geschichte, Aufbau, Funktionen

Der Anfang erschien unspektakulär: „Die bisher dem Ministerium des Inneren unterstellte Hauptverwaltung zum Schutz des Volkseigentums wird zu einem selbstständigen Ministerium für Staatssicherheit umgebildet.“⁷ In lediglich zwei kurzen Absätzen wurde im Februar 1950 die Gründung des neuen Ministeriums bekannt gegeben, das auf Anordnung des SED-Politbüros seine Arbeit aufnahm und sich zu einem der wichtigsten Herrschaftsinstrumente der Diktatur entwickeln sollte. Doch schon seine Vorläufer hatten sich erhebliche „Verdienste“ erworben. Auf Geheiß der sowjetischen Sicherheitsorgane initiiert, entstanden bald nach dem Ende des II. Weltkrieges erste geheimpolizeiliche Strukturen, die vor allem von deutschen Kommunisten dominiert waren. Mit der Gründung der so genannten K 5 als Teil der Kriminalpolizei im August 1946 verstärkten sich derartige Bemühungen. Zwar blieben die Apparate zunächst kaum mehr als ein „Hilfsorgan“⁸ des sowjetischen Sicherheitsdienstes, doch übernahmen sie bereits jetzt zahllose geheimpolizeiliche Aufgaben und erfuhren wesentliche Prägungen für ihre weitere Entwicklung. Oftmals, wenn die Besatzungsmacht tatsächliche wie vermeintliche Gegner der entstehenden Ordnung verhaftete, verschleppte oder hinrichtete, hatte die politische Polizei der Deutschen Verwaltung des Inneren ihren Anteil daran. Im Laufe der Jahre erweiterten sich deren Kompetenzen, und seit der Gründung der DDR im Oktober 1949 firmierte die K 5 unter der Bezeichnung „Hauptverwaltung zum Schutz des Volkseigentums“.

Wichtigster Mann beim Aufbau des Apparates war Erich Mielke gewesen. Doch als das Ministerium für Staatssicherheit 1950 gegründet wurde, stand nicht er, sondern Wilhelm Zaisser⁹ (SED) an dessen Spitze. Mielkes Stunde sollte kommen, doch zunächst musste er dem von Mos-

⁷ Gesetz über die Bildung eines Ministeriums für Staatssicherheit, in: Gesetzblatt (GBl.) der DDR, Nr. 15, 21.2.1950; Dokument Nr. 1 im Anhang.

⁸ Gieseke, Mielke-Konzern, S. 39.

⁹ Vgl. (auch in den folgenden Fällen) die entsprechenden biographischen Einträge in: Helmut Müller-Enbergs/Jan Wielgohs/Dieter Hoffmann (Hg.), Wer war wer in der DDR? Ein biographisches Lexikon, Berlin 2000.

kau protegierten „Helden“ des spanischen Bürgerkriegs den Vortritt lassen. Spezifische Aufgaben sowie Einzelheiten für die weitere Arbeit des Ministeriums hatte das Gründungsgesetz nicht vorgegeben, ebenso wenig war eine parlamentarische oder exekutive Überwachung der Geheimpolizei vorgesehen. Deren Agieren wurde dadurch nachhaltig beeinflusst. Kaum einer Kontrolle unterworfen und mit einem „gesunden Hass gegen den Klassenfeind im Herzen“¹⁰, entzogen sich die Mitarbeiter, die zu meist aus bisher unterprivilegierten Schichten stammten, jeglicher Gesetzlichkeit. Willkürliche Verhaftungen, Entführungen, Dauerverhöre, Folterungen, Geständnis erpressungen und Todesdrohungen gehörten zumindest in den Fünfzigerjahren zum festen Bestandteil ihrer Tätigkeit. Zugleich herrschte unter den Mitarbeitern ein ausgeprägtes Elitebewusstsein, denn mit den nahezu unbegrenzten Kontroll-, Überwachungs- und Repressionsbefugnissen sprach sich das MfS auch eine „überlebensentscheidende Verantwortung über den Bestand der DDR zu“¹¹. Eine Beschäftigung im MfS, das bedeutete Klassenkampf als Avantgarde, der im Interesse des Machterhalts der SED ohne jede Rücksichtnahme zu führen war. An diesem Selbstverständnis sollte sich bis zum Ende der DDR (und auch danach) nur wenig ändern.

Der Apparat selbst war von Anbeginn streng hierarchisch aufgebaut und militärisch organisiert. Den zentralen Diensteinheiten in Berlin folgten regional 15 Bezirksverwaltungen sowie zuletzt 211 Kreisdienststellen.¹² Nachdem am Beginn der Fünfzigerjahre in der Zentrale des MfS zunächst einzelne Abteilungen mit spezifischen Aufgaben geschaffen worden waren, differenzierte sich dieses Bild zunehmend aus. Hauptabteilungen, Abteilungen, Arbeitsgruppen, Stäbe und weitere selbstständig ar-

¹⁰ Protokoll der Dienstversammlung am 23.3.1960 (unter Teilnahme Mielkes), in: Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU), ASt. Chemnitz, AKG 1.723, Bl. 131.

¹¹ Gieseke, Die hauptamtlichen Mitarbeiter, S. 127. Zum Agieren des MfS während der Fünfzigerjahre vgl. Karl Wilhelm Fricke/Roger Engelmann, „Konzertierte Schläge“. Sicherheitsaktionen und politische Prozesse in der DDR 1953-1956, Berlin 1998. Allg. zum Selbstverständnis des MfS siehe Dokument Nr. 2 im Anhang.

¹² Karl Wilhelm Fricke, MfS intern. Macht, Strukturen, Auflösung der Staatssicherheit, Köln 1991, S. 31. Hinzu kamen sieben Objektdienststellen, die nicht durch ihren regionalen Bezug, sondern durch ihre Verantwortlichkeit für bestimmte „Objekte“ definiert waren. Dazu gehörten z.B. die Leuna-Werke und das Kernkraftwerk Greifswald.

beitende Struktureinheiten entstanden, denen bestimmte Zuständigkeitsbereiche zugewiesen wurden. Neben der bereits erwähnten Hauptverwaltung Aufklärung, die vor allem als Auslandsgeheimdienst fungierte, kam etwa der Hauptabteilung (HA) XX und den ihr nachgeordneten Dienststeinheiten besondere Bedeutung zu. Ihre Aufgaben: „Bekämpfung ‚politischer Untergrundtätigkeit‘ und ‚politisch-ideologischer Diversion‘, Abschirmung und Überwachung des staatlichen und gesellschaftlichen Überbaus, Überwachung von Reisekadern, Abschirmung und Überwachung der Blockparteien, von Kirchen, Massenmedien, kulturellen Einrichtungen, des Hoch- und Fachschulwesens sowie der Volksbildung, des Gesundheitswesens und des Sports, Durchdringung staatlicher und gesellschaftlicher Bereiche mit mehreren tausend Inoffiziellen Mitarbeitern, Verwendung von Offizieren im besonderen Einsatz“. Ihr oblag die Überwachung und (versuchte) Steuerung nahezu der gesamten Gesellschaft, insbesondere jener Teile, die sich als unzureichend konform verdächtig gemacht hatten. Kurzum, sie war „das eigentliche Zentrum der Staatssicherheit.“¹³

Intern war die Arbeit des MfS prinzipiell in so genannten „Linien“ organisiert. Dem Arbeitsgebiet einer Hauptabteilung entsprechend, fanden sich in den Bezirksverwaltungen Abteilungen oder Referate, die sich den gleichen Aufgaben im jeweiligen Gebiet widmeten. Weniger strikt an diese Struktur gebunden, grundlegend aber auch an den vorgegebenen Aufgaben orientiert, arbeiteten die Kreisdienststellen. Hier kam es aufgrund der oftmals unzureichenden personellen Ausstattung zu vielfältigen Überschneidungen zwischen den einzelnen Bereichen, doch blieb das „Linienprinzip“ grundlegend gewahrt. Das sicherte nicht nur eine lückenlose Befehlskette, sondern sollte den Informationsfluss ebenso vereinfachen wie die Kontrolle der untergeordneten Dienststeinheiten.¹⁴

Nachdem das MfS in den Junitagen 1953 seine erste schwere Niederlage hatte hinnehmen müssen und auch der zweite Minister, Ernst Wollweber (SED), 1957 wegen innerparteilicher Auseinandersetzungen seiner Ämter enthoben wurde, fiel die Aufgabe an Mielke. Er sollte das MfS wie kein zweiter prägen und noch konsequenter als bisher zum „Schild und Schwert“ der Einheitspartei ausbauen. Auch das Feindbild der Staatssi-

¹³ Ebd., S. 28.

¹⁴ Vgl. Gieseke, Mielke-Konzern, S. 135f. Zum Aufbau und zur Arbeitsweise einer „Linie“ exemplarisch Marianne Haendcke-Hoppe-Arndt, Die Hauptabteilung XVII: Volkswirtschaft, Berlin 1997.

cherheit definierte er neu. Genauer: Er erweiterte es erheblich. Denn neben die Bekämpfung realer Gefahren für den Sozialismus in der DDR (seien diese Gefahren nun eingebildet oder nicht) galt es nun, sich auch der „politisch-ideologischen Diversion“, kurz PID, und ihrer Folgen zu erwehren. Von Mielke unmittelbar angeregt, dominierte innerhalb des MfS während der folgenden Jahrzehnte die unerschütterliche Doktrin: „Im Ergebnis der subversiven ideologischen Angriffe [der Klassengegner] und in Abhängigkeit von vielfältigen individuellen und gesellschaftlichen Bedingungen, die im Bewusstsein von Personen verarbeitet werden, können sehr differenzierte Auswirkungen der politisch-ideologischen Diversion eintreten. Sie umfassen u.a. Bewusstseinsveränderungen, Handlungsbereitschaften oder aktive Handlungen im Sinne der vom Feind verfolgten Ziele.“¹⁵ Hinter diesem sprachlichen Ungetüm verbargen sich ebenso handfeste wie weit reichende Konsequenzen. Denn de facto galten nun eben jene Bewusstseinsveränderungen und *Handlungsbereitschaften* als Straftatbestand. Diese waren auch nicht mehr von einem direkten „Feindkontakt“ abhängig, sondern konnten von jeder Art abweichendem Gedankengut ausgelöst werden. Daher galt es, präventiv zu arbeiten. Mögliche Nonkonformität sollte erkannt werden, *bevor* sie sichtbar wurde. Damit aber begründete sich für das MfS weit stärker als bisher die Notwendigkeit, die eigene Bevölkerung flächendeckend zu überwachen. Denn in Zeiten der „politisch-ideologischen Diversion“ lauerte die Gefahr, der Gegner überall. Die theoretische Grundlage für den möglichst allwissenden Überwachungsstaat war damit endgültig geschaffen. Unter diesen Voraussetzungen kann es kaum überraschen, dass das Ministerium in den Folgejahren einen erheblichen Ausbau erlebte. Bis zum Beginn der Achtzigerjahre sollte sich der Personalbestand alle zehn Jahre in etwa verdoppeln. Vor Mielkes Berufung zum obersten Dienstherren hatte das MfS über etwa 17.000 Mitarbeiter verfügt, 1982 sollten es ca. 81.500 sein. Auch die politische Polizei blieb nicht von den finanziellen Engpässen im letzten Dezennium der DDR verschont, doch betrug ihr Budget 1989 über 3,5 Milliarden Mark – 1957 war es etwa eine halbe Milliarde Mark gewesen.¹⁶ Diesem quantitativen Wachstum entsprach die qualitative Ausdifferenzierung der geheimdienstlichen Arbeit. Da der Feind überall zu lauern schien, bestand die Notwendigkeit, beständig

¹⁵ Das Wörterbuch der Staatssicherheit. Definitionen zur „politisch-operativen Arbeit“, hg. von Siegfried Suckut, Berlin 1996, S. 304.

¹⁶ Gieseke, Mielke-Konzern, S. 69f., 288.

neue, diffizilere Methoden seiner Bekämpfung zu entwickeln. Exemplarisch schlug sich das etwa in Mielkes Dienstanweisung vom 20. Februar 1985 zur vorbeugenden Verhinderung, Aufdeckung und Bekämpfung politischer Untergrundtätigkeit (im MfS-Jargon: PUT) nieder. Auf 39 Schreibmaschinenseiten erläuterte der Minister den Umgang mit „feindlich-negativen Gruppierungen“, ordnete dabei abermals der HA XX besondere Bedeutung zu und befahl die „Erarbeitung von Hinweisen auf im Sinne politischer Untergrundtätigkeit in der DDR wirksame personelle Stützpunkte bzw. Führungskräfte“ wie auch die „Zerschlagung jeglicher Bestrebungen zur Sammlung, Formierung und Organisation politisch-negativer Kräfte bereits in den Ansätzen“¹⁷. In dieser Anweisung zeigte sich abermals ein fortlaufendes Phänomen der Arbeit des MfS: Die Feindbekämpfung richtete sich nicht primär nach außen, gegen den kapitalistischen „Klassengegner“, sondern trug in erster Linie Züge einer innenpolitischen Auseinandersetzung. Hintergrund war die wachsende Unzufriedenheit in der Bevölkerung, die als unberechtigt und zugleich potenziell bedrohlich für die bestehenden Machtverhältnisse angesehen wurde. Das eigene Volk begann verstärkt, seinen Unmut kundzutun, SED und Sicherheitsapparat reagierten mit verschärfter Repression. Innerhalb weniger Jahre sollte sich zeigen, wie wenig diese Vorgehensweise für den fortwährenden Machterhalt geeignet war.

Mit ihrer abermals verstärkten Überwachungstätigkeit kaufte der Geheimdienst sich und „seiner“ Partei Zeit. Denn an diesem Unterstellungsverhältnis bestanden keinerlei Zweifel: Das MfS war Herrschaftsinstrument der SED und unterwarf sich deren Politik trotz vereinzelt geäußelter Kritik bedingungslos. So unbegrenzt die Macht der Geheimpolizei auch gewesen sein mag, sie diente nicht eigenen Zwecken, sondern sicherte die Diktatur. Die Minister waren bis zu ihrem Sturz Mitglied in höchsten Parteigremien und sorgten für eine möglichst ungebrochene Durchsetzung der jeweiligen politischen Linie innerhalb der eigenen Organisation. Zwei Jahre vor der friedlichen Revolution, 1987, waren etwa 20 Prozent aller in der DDR Berufstätigen Mitglied der Monopolpartei – unter den MfS-Angehörigen waren es mehr als 80 Prozent. Schon das sicherte den maßgeblichen Einfluss der SED, der

¹⁷ Dienstanweisung Nr. 2/85 zur vorbeugenden Verhinderung, Aufdeckung und Bekämpfung politischer Untergrundtätigkeit vom 20.2.1985, zitiert nach: Grundsatzdokumente des MfS, bearbeitet von Roger Engelmann und Frank Joestel, Berlin 2004, S. 432-455, hier S. 446.

durch eine eigene Parteiorganisation im Geheimdienst verstärkt wurde.¹⁸ Schwerer noch wog das Selbstverständnis der hauptamtlichen Mitarbeiter. Da sich der Apparat immer mehr aus sich selbst heraus rekrutierte, wurden überlieferte Haltungen, Feindbilder und Abhängigkeiten konserviert. Und dazu gehörte auch der unerschütterliche Glaube an die unbedingte Führungsrolle der Partei. Sie hatte die unangefochtene Deutungshoheit in allen wichtigen Fragen und gab damit auch der Arbeit des MfS Sinn und Richtung. Als die SED im Verlauf des Jahres 1989 immer tiefer in die Krise rutschte, mussten sich daraus unweigerlich fatale Folgen für das MfS ergeben.

Das MfS in Berlin

In den Anfangsjahren waren dem Ministerium sechs Landesverwaltungen für Staatssicherheit nachgeordnet gewesen, infolge der Territorialreform des Jahres 1952 wurden diese sukzessiv in 15 Bezirksverwaltungen umgewandelt. An dieser Struktur sollte sich bis zum Ende der DDR nur wenig ändern; eine der Bezirksverwaltungen befand sich in Berlin. Ursprünglich hatte sie in der Prenzlauer Allee residiert, doch der beständige personelle Ausbau erforderte zu Beginn der Achtzigerjahre größere Räumlichkeiten. Die Folge war ein Neubau in der Straße der Befreiung des Stadtbezirkes Lichtenberg, der den zuletzt 1.953 hauptamtlichen Mitarbeitern genug Platz für ihre geheimpolizeilichen Verrichtungen bot. Sieben Leiter trugen zwischen 1950 und 1989 die Verantwortlichkeit für die Arbeit. Herausragende Bedeutung kam dabei Wolfgang Schwanitz zu, der die Funktion von 1974 bis 1986 ausübte und die Arbeit der Bezirksverwaltung maßgeblich prägte. Sein Nachfolger, Siegfried Hähnel, vermochte im Vergleich dazu nur wenig Akzente zu setzen und folgte seinem Apparat 1989/90 in die Bedeutungslosigkeit. Letzteres galt auch für Schwanitz, doch stieg er 1986 zunächst zu Mielkes Stellvertreter auf und versuchte ab November 1989 als Leiter des Amtes für Nationale Sicherheit, die Interessen seines Apparates zu sichern.

Bedingt durch die unmittelbare Nähe der MfS-Zentrale, die sich im gleichen Stadtbezirk befand, fehlten der Bezirksverwaltung einige Dienststein-

¹⁸ Vgl. Silke Schumann, Die Parteiorganisation der SED im MfS, Berlin 1995. Zahlenangaben ebd., S. 6.

heiten, die ansonsten – dem Linienprinzip entsprechend – durchgängig anzutreffen waren. Die Aufgaben des Referates für Personenschutz, die Postüberwachung und Abhörmaßnahmen etwa wurden direkt vom Ministerium übernommen und fanden daher kein Äquivalent in der Straße der Befreiung. Über den umfangreichsten Bestand an hauptamtlichen Mitarbeitern verfügte die Abteilung VIII, die so genannte Dienstleistungsabteilung, die u.a. für Ermittlungen, Beobachtungen, Durchsuchungen und Festnahmen verantwortlich zeichnete. Sie konnte 1989 auf 280 Beschäftigte zurückgreifen. Weniger als die Hälfte, doch noch immer überdurchschnittlich viele Mitarbeiter hatte die bereits angeführte Abteilung XX aufzuweisen, die mit 127 Geheimpolizisten antrat, um gegen „Staatsverleumdung“, „politische Untergrundtätigkeit“, „ungesetzliches Verlassen“ der DDR und andere Verweigerungshaltungen des unzufriedenen Volkes anzukämpfen.¹⁹

Im Oktober 1989 waren der Bezirksverwaltung elf Kreisdienststellen nachgeordnet, von denen sechs als Außenstellen in verschiedenen Stadtbezirken angesiedelt waren und fünf im Gebäude der Bezirksverwaltung arbeiteten.²⁰ Sie verfügten über insgesamt 634 Mitarbeiter, die nach Ausführungen Mielkes u.a. folgende Aufgaben zu erfüllen hatten:

- „operative Kontrolle und Bekämpfung von im Sinne der politischen Untergrundtätigkeit wirkenden Kräften im Inneren der DDR
- Verhinderung und Bekämpfung der von Übersiedlungersuchenden ausgehenden Straftaten und anderen feindlichen Handlungen
- Verstärkung der vorbeugenden, schadensabwendenden Arbeit und Realisierung von stabilitätsfördernden Maßnahmen in der Volkswirtschaft, einschließlich der Zurückdrängung des Brand-, Havarie- und Störgeschehens sowie Organisierung des Geheimschutzes

¹⁹ Zu Struktur, Personalbestand und weiteren Aufgaben der BV Berlin vgl. Überwachen, unterdrücken, spionieren diesseits und jenseits der Grenze. Katalog zur Wanderausstellung des Berliner Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Berlin 1998, sowie Dokument Nr. 3 im Anhang.

²⁰ Abschlussbericht zur Auflösung der BV Berlin des MfS, 1990, in: Matthias-Domaschk-Archiv (MDA), Bestand ASTAK, BK 20. Die KD Friedrichshain, Lichtenberg, Marzahn, Hohenschönhausen und Hellersdorf befanden sich im Gebäude der BV, die KD Köpenick, Mitte, Pankow, Prenzlauer Berg, Treptow und Weißensee in den jeweiligen Stadtbezirken.

- Sicherung der Reise-, Auslands- und Verhandlungskader sowie der operativen Kontrolle der aus kommerziellen Gründen einreisenden Personen aus dem NSW
- Durchführung von Sicherheitsüberprüfungen und der ‚Wer ist wer?‘-Arbeit sowie damit verbundener Probleme des ungesetzlichen Verlassens der DDR
- Verhinderung des Missbrauchs von Städtepartnerschaften und Partnerschaftsbeziehungen von Universitäten und Hochschulen sowie der vielfältigen Beziehungen auf ökonomischen, wissenschaftlich-technischen, kulturellen und sportlichen Gebieten sowie daraus resultierenden Kontakten
- Gewährleistung der Unverletzlichkeit der Grenzen
- Einschätzung der Stimmung und Reaktion der Bevölkerung
- Durchsetzung von Sicherheit und Ordnung bei der Vorbereitung und Durchführung gesellschaftlicher Höhepunkte sowie beim Schutz führender Repräsentanten der DDR und ihrer ausländischen Gäste“²¹.

Den Kreisdienststellen oblag somit vor allem die alltägliche Routinearbeit, die sie aufgrund ihrer Breite jedoch spätestens dann überfordern musste, wenn „Sicherheit und Ordnung“ durch eine wachsende Anzahl von Bürgern in Frage gestellt würden. Genau das war im Herbst des Jahres 1989 der Fall.

Über den Kreisdienststellen und der Bezirksverwaltung thronte als dritte und oberste Organisationsebene das Ministerium selbst. Es sollte sein Ende vor allem im Gebäudekomplex zwischen Frankfurter Allee und Normannenstraße erleben, verfügte im Raum Berlin insgesamt jedoch über etwa 650 Dienstobjekte, in denen ca. 33.000 hauptamtlich Beschäftigte tätig waren.²² Die zentrale Dienststelle koordinierte unter der Ägide Mielkes sowie seiner vier Stellvertreter die Arbeit, fällte grundsätzliche Entscheidungen, gab die Richtung vor und kontrollierte die Erfolge bzw. Misserfolge der untergeordneten Einheiten. In Berlin gehörten dazu neben den ansonsten üblichen Aufgaben auch die Passkontrolle an der innerstädtischen Grenze, die zusätzliche Sicherung der Grenzanlagen, die Überwachung der zahlreichen Korrespondenten aus dem (westlichen) Ausland und die „Bearbeitung“ oder „Zersetzung“ besonders unliebsa-

²¹ Zitiert nach David Gill/Ulrich Schröter, Das Ministerium für Staatssicherheit. Anatomie des Mielke-Imperiums, Berlin 1991, S. 59.

²² Fricke, MfS intern, S. 22.

mer Personen im Westteil der Stadt. Vom Sieg des Sozialismus überzeugt, wurden hier auch Pläne für die Übernahme der Macht eben dort ausgearbeitet.²³

An wohl keinem anderen Ort der DDR war die Verflechtung der verschiedenen organisatorischen Ebenen enger und die logistische Ausstattung zugleich umfangreicher als in Berlin. Das sollte im Rahmen der Auflösung des MfS für Verwirrung und Verzögerungen sorgen, da die Strukturen weniger leicht zu durchschauen waren als an manch anderem Ort. Die Auflösung selbst konnte das freilich nicht verhindern. Jahrzehntlang hatten das MfS und seine Führung als effektiver Garant der SED-Diktatur gegolten, im Herbst 1989 sollte sich jedoch zeigen, dass es keineswegs allmächtig und unangreifbar war.

²³ Vgl. Katalog der Wanderausstellung, S. 17-30.

3. Krisenstimmung. Die DDR im Jahr 1989

„Nimmt man alles in allem, so sind die Startpositionen für das Jahr 1989 gut, und wir können zuversichtlich sein. Fast vier Jahrzehnte besteht unsere sozialistische Deutsche Demokratische Republik. Auferstanden aus Ruinen und der Zukunft zugewandt, hat sie ein Niveau der Entwicklung erreicht, das sich am Ende des Zweiten Weltkrieges wohl kaum jemand vorstellen konnte. Nunmehr schon viele Generationen sind an diesem großen Aufbauwerk beteiligt, ihre Lebensgeschichte ist mit der Geschichte der DDR verbunden, ihr Stolz auf das gemeinsam Geleistete vollauf berechtigt.“²⁴

Als sich Erich Honecker zu Beginn des Jahres 1989 mit diesen Worten an das Volk wandte, schien die Welt noch in Ordnung. Die DDR hatte endlich die ersten 1-Megabit-Speicherschaltkreise gebaut, der XII. Parteitag der SED warf seine Schatten voraus und der Generalsekretär konnte die „erfreuliche Nachricht“ verkünden, dass für drei Millionen Rentner die Altersbezüge zum 1. Dezember erhöht werden würden. Doch bis dahin sollte kaum noch etwas so sein wie gehabt. Statt mit stolzgeschwellter Brust demonstrierten Ende des Jahres Hunderttausende auf den Straßen der Republik gegen die Alleinherrschaft der SED, forderten die Auflösung der Staatssicherheit und in zunehmendem Maße auch das Ende der DDR. Innerhalb von wenigen Monaten hatte sich das Bild verkehrt: Die DDR war nicht länger ein Musterbeispiel für Ordnung und Sicherheit, sondern drohte unter dem Eindruck innerer Konflikte zu zerbrechen.

Die Krise hatte ihre Vorboten, aber sie wurden offensichtlich nur von wenigen Einwohnern wahrgenommen. Zu geläufig waren die alltäglichen Engpässe, die sinnentleerten Rituale der Partei und der lange Arm der Staatssicherheit. Alles schien seinen gewohnten Gang zu gehen. Am 15. Januar 1989 versammelten sich 250.000 Personen auf der jährlichen „Kampfdemonstration“ zu Ehren von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg und blieben nicht zuletzt wegen des massiven Einsatzes der Sicherheitskräfte ungestört. Noch im Jahr zuvor hatten Protestaktionen „feindlich-negativer Kräfte“ für erhebliche Unruhe gesorgt – nun blieb

²⁴ Erich Honecker, Mit allen guten Wünschen für das neue Jahr, in: Neues Deutschland (ND), 31.12.1988/1.1.1989, S. 1.

alles ruhig. Doch die Ruhe war trügerisch, im Land begann es zu rumoren.²⁵

Unter diesen Voraussetzungen fanden am 7. Mai turnusmäßig anstehende Kommunalwahlen statt. Und sie erbrachten das gewohnte Ergebnis: 98,85 Prozent der Wähler hätten für die Kandidaten der Nationalen Front gestimmt und sich somit für die Fortsetzung der „bewährten“ SED-Politik ausgesprochen, hielt die Zentrale Wahlkommission fest. Derartige Ergebnisse waren schon immer angezweifelt worden, nun wurde der Betrug offensichtlich. Denn in zahlreichen Orten des Landes hatten DDR-Bürger zivilgesellschaftliches Engagement gezeigt und den Wahlverlauf kontrolliert. Erstmals konnten damit die massiven Manipulationen in breitem Umfang öffentlich gemacht werden, und das MfS vermochte nicht, dies zu verhindern. Allein beim Vorsitzenden der Zentralen Wahlkommission, Egon Krenz (SED), gingen deshalb bis Mitte Juni etwa 300 Eingaben ein, bei der Generalstaatsanwaltschaft lagen zu diesem Zeitpunkt mindestens acht Strafanzeigen vor.²⁶ Als weit folgenreicher sollte sich langfristig allerdings ein Aufruf verschiedener Oppositionsgruppen erweisen, sich im Gedenken an die Wahlfälschung an jedem siebten Tag der kommenden Monate auf dem Berliner Alexanderplatz zu versammeln. Denn der 40. „Tag der Republik“ rückte näher – und das war der 7. Oktober.

Zuvor jedoch kam der Sommer. Überall im sozialistischen Lager kündigten sich Veränderungen an. Am deutlichsten trat derartigen Bemühungen China entgegen, als die dortige kommunistische Partei die friedlichen Proteste auf dem Platz des himmlischen Friedens in Peking mit Panzern und Maschinengewehren blutig beendete. Von der SED-Spitze wurden sie dafür sofort öffentlich gelobt, Egon Krenz sollte diese Einschätzung später noch einmal wiederholen. Doch es gab auch hoffnungsvolle Beispiele. In Polen fanden die ersten halbwegs freien Wahlen statt, die mit

²⁵ Vgl. Stefan Wolle, *Die heile Welt der Diktatur. Alltag und Herrschaft in der DDR 1971-1989*, Berlin 1998, S. 297-306.

²⁶ Hans Michael Kloth, *Vom „Zettelfalten“ zum freien Wählen. Die Demokratisierung der DDR 1989/90 und die „Wahlfrage“*, Berlin 2000, S. 272-282. Die hier benannten Orte umfassen u.a.: Dresden, Leipzig, Dessau, Erfurt, Jena, Naumburg, Potsdam, Rostock, Weimar, Coswig, Cottbus, Eilenburg, Forst, Greifswald, Halle, Karl-Marx-Stadt, Magdeburg, Wernigerode, Wurzen, Quedlinburg, Zittau und Zwickau. In Berlin hatte eine unabhängige Kontrolle in den Stadtbezirken Weißensee, Friedrichshain, Prenzlauer Berg, Köpenick und Pankow stattgefunden; vgl. Dokument Nr. 4.

einer verheerenden Niederlage der regierenden Kommunisten endeten, in Ungarn begannen Gespräche zwischen Regierung und Opposition am Runden Tisch, und Anfang Juli kündigte Michail Gorbatschow die „Breschnew-Doktrin“ auf, womit jedes Land im sowjetischen Machtbereich fortan allein für seine innere Entwicklung verantwortlich zeichnete.

Partei- und Staatsführung in Berlin blieben von den demokratischen Entwicklungen unberührt. Außenminister Oskar Fischer erklärte seinem sowjetischen Amtskollegen Eduard Schewardnadse Anfang Juni „mit Nachdruck“, dass „die SED an den Grundwerten des Sozialismus, insbesondere an der Machtfrage, nicht rütteln lasse. Es werde nicht zugelassen, dass über ‚Menschenrechts‘-Demagogie die sozialistischen Machtverhältnisse aufgeweicht werden.“²⁷ Gleichwohl drängte sich die Frage der Menschenrechte immer stärker in den Vordergrund. Im Fall der DDR entzündete sie sich jetzt vor allem an der verwehrtten Möglichkeit, das Land dauerhaft zu verlassen. Die Zahl der Ausreiseanträge hatte sich in den Vorjahren spürbar erhöht. Den Machthabern war es nicht gelungen, dagegen eine geeignete Strategie zu entwickeln. Als sie in den ersten Monaten des Jahres 1989 daraufhin überdurchschnittlich viele Antragsteller ausreisen ließ, verschärfte sich das Problem noch, denn immer mehr Menschen – insbesondere die Jungen und die gut Ausgebildeten – drängten nach. Der Druck stieg.²⁸

Grundsätzlich blieben der SED-Führung nur zwei Möglichkeiten, der veritablen Krise erfolgreich zu begegnen. Entweder musste sie Änderungen am System vornehmen oder den Grad der Repression erhöhen.²⁹ Da sie zu Ersterem unter keinen Umständen bereit war, blieb nur die Repression. Aber auch diesen Weg vermochte sie sich zunächst nicht zu erschließen. Die sowjetische Schutzmacht hatte unmissverständlich klargemacht, dass sie zu unterstützenden Maßnahmen nicht bereit sein würde, und die

²⁷ Vorlage des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten vom 13.6.1989 für das Politbüro des ZK der SED: Bericht über den offiziellen Freundschaftsbesuch des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten, Eduard E. Schewardnadse, am 9. Juni 1989 in der DDR, in: Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen im Bundesarchiv (SAPMO-BArch), DY 30/J IV 2/2 A, Nr. 3.225.

²⁸ Ulrich Mählert, *Kleine Geschichte der DDR*, Bremen 2001, S. 156-160.

²⁹ Vgl. Karl W. Deutsch, *Zum Verständnis von Krisen und politischen Revolutionen. Einige Bemerkungen aus kybernetischer Sicht*, in: Martin Jänicke (Hg.), *Herrschaft und Krise. Beiträge zur politikwissenschaftlichen Krisenforschung*, Opladen 1973, S. 90-100.

SED-Spitze selbst befand sich in einem Zustand der Lähmung. Von seiner Krankheit zunehmend gezeichnet, regierte noch immer Erich Honeker, der sich der Realität weitgehend verschloss. Und noch fand sich niemand, der zu seinem Sturz bereit war. Die Krise wurde nicht bekämpft, sondern verdrängt.

Dabei wurden ihre Anzeichen immer offensichtlicher. Schon im Mai hatte Ungarn begonnen, den „Eisernen Vorhang“ nach Österreich zu lockern, Ende Juni (und für DDR-Bürger Anfang September) wurde die Grenze auch offiziell geöffnet. Da sich die SED-Führung den geforderten Veränderungen hartnäckig widersetzte, nutzten nun immer mehr Einwohner des Landes dieses Schlupfloch, um die DDR endgültig zu verlassen. Bis Ende Oktober sollten es allein hier etwa 50.000 sein, zugleich füllten sich die Botschaften der Bundesrepublik in Prag und Warschau mit Ausreisewilligen. Und noch immer glaubte die politische Führung der DDR, die Lage unter Kontrolle zu haben. Zu unvorstellbar war nach 40-jähriger Alleinherrschaft, dass das Volk auf der Suche nach anderen Wegen sein könnte. Also blieb auch die offizielle Bewertung der Flüchtenden die gleiche: „Sie alle haben durch ihr Verhalten die moralischen Werte mit Füßen getreten und sich selbst aus unserer Gesellschaft ausgegrenzt. Man sollte ihnen deshalb keine Träne nachweinen.“³⁰

Derartige Äußerungen waren Wasser auf die Mühlen jener Gruppierungen, die sich in vielen Orten des Landes gebildet hatten und den Machtanspruch der SED in Frage stellten. Denn sie boten das, was die herrschende Partei grundlegend verweigerte: Alternativen, Gesprächsbereitschaft und Zukunft. Schon im ersten Halbjahr 1989 hatte das MfS eingeschätzt, dass es ca. 160 derartige Zusammenschlüsse gäbe,³¹ nun wuchs ihre Zahl unübersehbar an. Bis Anfang Oktober hatten sich u.a. das Neue Forum (NF), Demokratie Jetzt (DJ), der Demokratische Aufbruch (DA) und die Sozialdemokratische Partei der DDR (SDP) konstituiert. Die Gruppierungen traten mit durchaus unterschiedlichen Zielstellungen an, doch wiesen sie etliche Gemeinsamkeiten auf. Sie hatten das schützende Dach der Kirche verlassen, traten an die Öffentlichkeit und forderten – in höchst unterschiedlichem Maße und auf höchst unterschiedli-

³⁰ Sich selbst aus unserer Gesellschaft ausgegrenzt, in: ND, 2.10.1989, S. 2.

³¹ Information Nr. 150/89 der ZAIG über bemerkenswerte Aspekte des aktuellen Wirksamwerdens innerer feindlicher, oppositioneller und anderer negativer Kräfte in personellen Zusammenschlüssen, in: BStU, ZA, MfS BdL/Dok. 008932.

chem Wege – eine Veränderung der politischen Verhältnisse.³² Damit verliehen sie jenen Ansprüchen ein Sprachrohr, die auch anderweitig bereits erhoben wurden. In Leipzig etwa formierte sich seit Monaten im Anschluss an jene Friedensgebete, die jeden Montag stattfanden, Protest. Die wöchentlichen Montagsdemonstrationen sollten die Folge sein. Doch auch in vielen anderen Orten geschahen Dinge, die bisher nahezu unvorstellbar waren; immer offener wurde an den Grundfesten der Macht gerüttelt. Ein zivilgesellschaftliches Gegengewicht zur Einparteienherrschaft formierte und institutionalisierte sich.³³

Partei- und Staatsführung zeigten sich noch immer unfähig, auf die Herausforderungen flexibel zu reagieren. Weitere Einschränkungen des Reiseverkehrs konnten die Massenbewegungen gen Westen ebenso wenig stoppen wie die andauernden Verbote unabhängiger Vereinigungen. Nicht willens und in der Lage, die engen Grenzen von Ideologie und Herrschaftsgewohnheit zu hinterfragen, verharrte der Machtapparat unbeweglich, während die Gesellschaft immer mehr in Bewegung geriet.

Dem Ministerium für Staatssicherheit blieb dieser Widerspruch nicht verborgen. Von der SED-Spitze dazu ermuntert, wurden die Forderungen nach einem harten Durchgreifen lauter: „Wir kommen nicht umhin, auch Haftstrafen anzuwenden. Wir müssen insgesamt eine neue Arbeit, eine neue Qualität der Auseinandersetzung mit diesen Kräften erreichen.“ Zugleich aber erkannte die Geheimpolizei deutlicher als die politische Führung des Landes jene Schwierigkeiten, die damit längst verbunden waren: „Wir müssen davon ausgehen, dass wir bereits Profis vor uns haben, die unsere Taktik durchschaut haben. Wichtig ist es davon auszugehen, dass zahlenmäßig andere Dimensionen vorliegen als wir teilweise vermuten oder uns scheinbar bekannt ist. Entscheidend sind nicht die Zahlen, sondern die psychologische Wirkung, die durch die ständige Verbreitung auch solcher Zahlen erreicht wird, wir müssen heute schon einschätzen, dass die psychologische Wirkung ausreicht, um in kurzen

³² Karsten Timmer, Vom Aufbruch zum Umbruch. Die Bürgerbewegung in der DDR 1989, Göttingen 2000, S. 123-174.

³³ Vgl. Christoph Links/Sybille Nitsch/Antje Taffelt, Das wunderbare Jahr der Anarchie. Von der Kraft des zivilen Ungehorsams 1989/90, Berlin 2004; zu Leipzig: Tobias Hollitzer, „Wir leben jedenfalls von Montag zu Montag“. Zur Auflösung der Staatssicherheit in Leipzig. Erste Erkenntnisse und Schlussfolgerungen, Berlin 1999, S. 28-39.

Zeitabständen ein großes Potential an Menschen zu beeinflussen und zu sammeln. Das haben diese oppositionellen Kräfte bewiesen.“³⁴

Den gesamten Sommer über hatte sich die Situation zugespitzt. Doch noch immer war nicht klar, wie die wachsenden Konfrontationen gelöst werden sollten und was die Zukunft bringen würde. Dann kam der „Tag der Republik“, der 7. Oktober 1989.

³⁴ Protokoll vom 26.9.1989 aus der persönlichen Mitschrift anlässlich der Dienstkonferenz beim Generaloberst Mittig zu Zielen und Aufgaben zur konsequenten Unterbindung der Formierung feindlich-oppositioneller Kräfte in Sammlungsbewegungen/Vereinigungen, in: BStU, ASt. Potsdam, AKG 617.

4. Friedliche Revolution, SED und Staatssicherheit

Eskalation: Oktober 1989

Wie schon in den Jahren zuvor, herrschte auf dem Alexanderplatz auch am 7. Oktober 1989 Volksfeststimmung. Doch wer genau hinsah, konnte Anzeichen dafür entdecken, dass die Freude nicht ungetrübt war. Kameras überwachten das Gelände, die Zugänge wurden von auffallend unauffälligen jungen Männern kontrolliert, und schon am Vormittag hatte es erste Festnahmen gegeben. 2.000 Volkspolizisten, 700 Mitarbeiter des MfS, 1.500 Ordner der FDJ und 2.000 „gesellschaftliche Kräfte“ sollten den reibungslosen Ablauf sichern; die Federführung lag beim Ministerium für Staatssicherheit. In den Tagen zuvor hatte es in Dresden bürgerkriegsähnliche Auseinandersetzungen zwischen Ausreisewilligen und Sicherheitskräften gegeben, die nun um jeden Preis verhindert werden sollten.³⁵

Die Staatssicherheit hatte sich auf die „Aktion ‚Jubiläum 40‘“³⁶ detailliert vorbereitet – und verlor die Kontrolle. Als um 17.00 Uhr wie jeden Monat einige Wenige an den Wahlbetrug vom Mai zu erinnern versuchten, eskalierte die Situation: „Irgendwo entstand Tumult und Gedränge. Zwei Männer in Nylonanoraks schleppten mit geübtem Polizeigriff einen vor Angst leichenblassen Jugendlichen davon. Die Menge stob auseinander, aus sicherer Entfernung ertönten Pfiffe und Buhrufe, dann skandierte eine Gruppe neben der Weltzeituhr: ‚Freiheit ... Freiheit ... Freiheit!‘, und einige Dutzend Hände erhoben sich zu Siegeszeichen.“³⁷ Doch das war erst der Anfang. Gegen 17.20 Uhr setzten sich ca. 300 Demonstranten in Richtung „Palast der Republik“ in Bewegung, in dem zum gleichen Zeitpunkt der offizielle Festakt zum 40. Jubiläum der DDR stattfand. Dort verkündete Honecker den anwesenden Staatsgästen (unter ihnen Gorbatschow) abermals sein „Vorwärts immer, rückwärts nimmer“ und erteilte Mahnungen zu einer Demokratisierung der Gesellschaft eine klare Absage. Ein Blick aus den zahlreichen Fenstern des

³⁵ Walter Süß, Staatssicherheit am Ende. Warum es den Mächtigen nicht gelang, 1989 eine Revolution zu verhindern, Berlin 1999, S. 244-262, 279-285; zu den Hintergründen der Unruhen in Dresden vgl. Dokument Nr. 6.

³⁶ Dokument Nr. 5.

³⁷ Wolle, Die heile Welt der Diktatur, S. 321.

„Palastes“ hätte ihm deutlich machen können, dass seine sozialistischen Zukunftsutopien kaum mehr als verzweifelte Wunschträume waren. Denn mittlerweile standen 3.000 Menschen am anderen Ufer der Spree, verlangten nach „Gorbi“, forderten „Keine Gewalt“ und erinnerten die greise SED-Führung an einen einfachen Umstand: „Wir sind das Volk“. Gegen 18.30 Uhr drehte der Protestzug ab und bewegte sich in Richtung Norden auf den Prenzlauer Berg zu.³⁸

Was folgte, war ein Einsatz der Sicherheitskräfte, der an Brutalität kaum zu übertreffen war. Das MfS beteiligte sich auf Befehl aus der Führungsspitze des Ministeriums mit eigenen Einheiten. Insbesondere rund um die Gethsemane-Kirche kam es zu regelrechten Jagd-Szenen. Demonstranten wurden verprügelt, Unbeteiligte verhaftet, stundenlang festgehalten und im Gewahrsam misshandelt. Ähnliche Szenen sollten sich am folgenden Abend wiederholen und in zahllosen weiteren Städten der DDR ihre Entsprechung finden.³⁹ Offensichtlich hatte die politische Führung des Landes ihre Lethargie der Sommermonate überwunden und gedachte nun, das System durch spürbar verschärfte Repression zu stabilisieren. Doch damit verspielte sie den letzten Kredit, den sie noch gehabt haben mochte. Die Generation der „Gleichgültigen“⁴⁰, die so viele Jahre stillgehalten, sich durch die Fluchtwelle in den Vormonaten jedoch wahrnehmbar artikuliert hatte, verlor nun in wachsendem Maße ihre Passivität. Die Bestrebungen der bis dahin zahlenmäßig noch immer kleinen Opposition trafen sich mit den Befindlichkeiten der Bevölkerung. Mögliche Folgen waren schlichtweg nicht kalkulierbar.

Zunächst verharrten die Machthaber auf ihrer Position der Stärke. Bereits am 8. Oktober ordneten Honecker und Mielke Maßnahmen an, die eine blutige Eskalation zumindest billigend in Kauf nahmen. Der Minister verfügte „volle Dienstbereitschaft“ für alle Einheiten und legte unmissverständlich fest: „Angehörige, die ständige Waffenträger sind, haben ihre Dienstwaffe entsprechend den gegebenen Erfordernissen ständig bei sich zu führen. [...] Es sind ausreichende Reservekräfte bereitzuhalten,

³⁸ Vgl. Stüb, Staatssicherheit am Ende, S. 282-285.

³⁹ Nur einen Monat später musste selbst das Politbüro der SED, das für die Vorkommnisse letztlich verantwortlich war, in einem (geschönten) Bericht die maßlose Willkür und Brutalität einräumen; vgl. Dokument Nr. 6.

⁴⁰ Hans-Hermann Hertle/Stefan Wolle, *Damals in der DDR. Der Alltag im Arbeiter- und Bauernstaat*, München 2004, S. 298-301. Vgl. auch Charles S. Maier, *Das Verschwinden der DDR und der Untergang des Kommunismus*, Frankfurt/M. 1999, S. 243-247.

deren kurzfristiger Einsatz auch zu offensiven Maßnahmen zur Unterbindung und Auflösung von Zusammenrottungen zu gewährleisten ist.“⁴¹ Eine „chinesische Lösung“, die von oppositionellen Gruppierungen seit längerem befürchtet worden war und sich am 7./8. Oktober angedeutet hatte, rückte in greifbare Nähe. Dass es nicht dazu kam, entschied sich in Leipzig. Am 9. Oktober fand eben dort die wöchentliche Montagsdemonstration statt, und unter dem Eindruck der Vortage stand Schlimmes zu erwarten. Doch trotz umfangreicher Vorbereitungsmaßnahmen blieb der Einsatzbefehl an die bewaffneten Sicherheitskräfte aus. Wiederholt ist kolportiert worden, dieser Umstand sei auf das besonnene Handeln führender SED-Funktionäre zurückzuführen.⁴² Tatsächlich jedoch kapitulierten die Machthaber vor der schier Masse der Demonstranten – etwa 70.000 waren gekommen, weit mehr als erwartet. Und so blieb Egon Krenz, dem kurzzeitigen „Hoffnungsträger“ der SED, auch nur, die Zurückhaltung der Sicherheitskräfte billigend zur Kenntnis zu nehmen.⁴³

In Berlin bahnte sich derweil eine Palastrevolte an. Allmählich dämmerte auch dem inneren Zirkel der Macht, dass das Beharren auf den vermeintlichen Führungsanspruch allein kein Garant der Diktatur sein würde. Leipzig hatte zudem eindrucksvoll dokumentiert, dass eine gewaltsame Lösung kaum Aussicht auf Erfolg versprach. Am 10. Oktober verabschiedete das Politbüro der SED daher eine Erklärung, in der erstmals verhalten eigene Fehler eingestanden wurden. Auch die Bereitschaft zum Dialog wurde vorsichtig angedeutet, doch darüber hinaus blieb die Parteilührung ihren ideologischen Grundsätzen treu. Schuld an der noch immer akuten Massenflucht der DDR-Bürger sei letztlich „der Imperialismus der BRD“, und auch künftig würde es die Parteispitze nicht zulassen, dass „die Werte, Ideale und Errungenschaften des Sozialismus angetastet werden.“⁴⁴ Die politische Führung des Landes reagierte nun, doch sie kam zu spät, und die Maßnahmen griffen zu kurz, um die Proteste zu beenden. An dieser Kurzsichtigkeit sollte sich in den nächsten Monaten nur wenig ändern – und die SED so beständig an ihrer eigenen Demontage mitwirken. Auch die Absetzung Honeckers und die Ernennung von Egon Krenz zum neuen Generalsekretär am 17. Oktober verdeutlichten

⁴¹ Telefonische Dienstanweisung Mielkes vom 8.10.1989 an alle Leiter der Dienststellen, in: BStU, MfS, BdL/Dok. 006920.

⁴² So z.B. Günter Schabowski, *Der Absturz*, Reinbek 1991, S. 250-252.

⁴³ Hollitzer, „Wir leben jedenfalls von Montag zu Montag“, S. 39-52.

⁴⁴ Erklärung des Politbüros des ZK der SED, in: ND, 12.10.1989, S. 1.

das. Denn ausgerechnet Krenz, der als Vorsitzender der Zentralen Wahlkommission für die Fälschungen vom Mai verantwortlich zeichnete und sich zudem mehrfach lobend über die blutige Niederschlagung der Demokratiebewegung in China geäußert hatte, sollte jetzt als Symbol einer neuen Politik fungieren. Kaum jemand wäre dazu wohl weniger geeignet gewesen als der langjährige Kronprinz Honeckers.

Das MfS blieb von den Veränderungen selbstredend nicht unbeeinflusst. In Berlin, Dresden und andernorts hatte es noch einmal gezeigt, dass es als wesentlicher Machtgarant der SED zu deren Schutz und Verteidigung bedingungslos bereit war. Machtsicherung nach innen, nicht Feindabwehr nach außen war und blieb die primäre Aufgabe. Doch spätestens mit der Erklärung des Politbüros kündigten sich Veränderungen an. Noch am 7. Oktober hatte Mielke mit Blick auf die friedlichen Demonstranten gefordert: „Haut sie doch zusammen, die Schweine!“⁴⁵, nun stimmte er der Absetzung Honeckers zu und schwenkte auf Krenz' Politik um, die in Übereinstimmung mit Moskau augenscheinlich auf gewaltfreie Konfliktlösung setzte. Doch damit war die Frage nach der Zukunft des Ministeriums noch nicht beantwortet, zumal jetzt unter der Bevölkerung immer öfter Stimmen laut wurden, die eine Auflösung des MfS forderten. Ende Oktober war auch innerhalb der Staatssicherheit weitgehend unklar, wie weiter agiert werden sollte, um die landesweiten Proteste zu beenden und so die bestehenden Verhältnisse zu sichern.⁴⁶ Und schon der November brachte zahlreiche Veränderungen, die in ihrer Mehrheit keineswegs im Interesse des MfS lagen.

⁴⁵ Ebd., 7.12.1989, S. 8.

⁴⁶ Vgl. Gieseke, Die hauptamtlichen Mitarbeiter, S. 481-484; Süß, Staatssicherheit am Ende, S. 352-380.

Entscheidungsfindungen: November 1989

Trotz Ausreisewelle, Gründung zahlreicher oppositioneller Gruppierungen, zunehmendem Engagement der Bevölkerung und anschwellender Protestbewegung hatte sich in der DDR bis zum Oktober faktisch nur wenig geändert. Doch am 4. November 1989 wurde abermals augenfällig, wie wenig es der SED-Führung und ihrem Sicherheitsapparat gelungen war, auf die gesellschaftliche Entwicklung Einfluss zu nehmen und wie sehr sie die Kontrolle bereits verloren hatten. In der gesamten Berliner Innenstadt, insbesondere auf dem Alexanderplatz, versammelten sich mehrere Hunderttausend Menschen, um ihre Stimme gegen die Alleinherrschaft der Monopolpartei und für eine Demokratisierung des Landes zu erheben. Neben der Forderung nach freien und geheimen Wahlen verkündeten die mitgeführten Plakate u.a. „Rechtssicherheit ist die beste Staatssicherheit“ oder verlangten „Stasi an die Stanze“. Was bisher nur vereinzelt der Fall gewesen war, entwickelte sich nun zu einem Massenphänomen: die unverblümete Kritik an der Existenz des MfS. Aber nicht nur in Berlin, in mindestens 50 weiteren Orten fanden an diesem Tag Demonstrationen mit ähnliche Forderungen statt.⁴⁷

Dann überschlugen sich die Ereignisse. Am 7. November trat die Regierung zurück, und nur einen Tag später vollzog auch das Politbüro der SED diesen Schritt. Damit war Erich Mielke nur noch Minister auf Abruf und vom Verlust aller weiteren Ämter akut bedroht. Als am 9. November Günter Schabowski mehr zufällig als geplant vor der internationalen Presse die Verabschiedung eines neuen Reisegesetzes und damit die Öffnung der innerdeutschen Grenzen verkündete, läutete er – ohne es freilich zu wissen – endgültig den Anfang vom Ende der DDR ein.⁴⁸

Im MfS wurde man sich der desolaten Lage immer deutlicher bewusst und begann zu handeln. Bereits am 6. November erließ Mielke einen Befehl, der auf eine umfangreiche Vernichtung der in mehreren Jahrzehnten zusammengetragenen Aktenbestände hinauslief und den Fortgang der Ereignisse wesentlich beeinflussen sollte. Hegte die SED-Führung zu die-

⁴⁷ Hannes Bahrmann/Christoph Links, Chronik der Wende. Die Ereignisse in der DDR zwischen 7. Oktober 1989 und 18. März 1990, Berlin 1999, S. 61-64.

⁴⁸ Vgl. grundlegend Hans-Hermann Hertle, Der Fall der Mauer. Die unbeabsichtigte Selbstauflösung des SED-Staates, Opladen 1990.

sem Zeitpunkt noch immer Hoffnung auf einen weitgehenden Machterhalt, so scheint sich in der Führungsspitze des MfS nun allmählich die Erkenntnis durchgesetzt zu haben, dass fundamentale Veränderungen nicht mehr zu vermeiden sein würden. Und darauf wollte man vorbereitet sein; Beweise für die flächendeckende Überwachung der eigenen Bevölkerung sollten ebenso verschwinden wie allzu offensichtliche Hinweise auf die symbiotische Verflechtung zwischen Geheimdienst und Staatspartei. Das Führungskorps der Staatssicherheit stellte die Vormachtstellung der SED mitnichten in Frage, suchte jedoch nach Wegen, für das eigene Weiterleben möglichst günstige Voraussetzungen zu schaffen. Eine noch so geringe Abgrenzung von der korrumpierten Partei schien dabei durchaus hilfreich.⁴⁹

Besonders bedrohlich erschien die Situation für die Kreisdienststellen des Ministeriums, da ihre Sicherung als unzureichend galt und sie zugleich verstärkt das Ziel der Demonstrationen in den Bezirken wurden. Es hatte von Seiten der Bevölkerung bisher keine akuten Bemühungen gegeben, sich Zutritt zu den KD zu verschaffen, doch wollte der noch amtierende Minister offensichtlich auf eben jenen Fall vorbereitet sein. Daher ordnete er an, „den Bestand an dienstlichen Bestimmungen und Weisungen und anderen operativen Dokumenten in den Kreisdienststellen/Objektdienststellen wesentlich einzuschränken und auf den unbedingt notwendigen Umfang zu reduzieren.“ Weitere Unterlagen sollten in die Bezirksverwaltungen umgelagert werden.⁵⁰ Die Folge war „eine regelrechte Vernichtungssorgie [...], die sich bald jeder Kontrolle entzog und Anfang Dezember zur Besetzung der meisten Dienststellen durch aufgebrauchte Bürger führte.“⁵¹

Doch noch war es nicht so weit. Am 13. November sprach zunächst Mielke, von einem Abgeordneten unerwartet dazu aufgefordert, vor der Volkskammer, um den wachsenden Vorwürfen gegen sein Amt entgegenzutreten und so die Weichen für die Zukunft zu stellen. Es war sein erster Auftritt vor dem Schein-Parlament seit unzähligen Jahren – und er endete in einer Katastrophe. Was davon blieb, war das Bild eines stam-

⁴⁹ Michael Richter, *Die Staatssicherheit im letzten Jahr der DDR*, Weimar/Köln/Wien 1996, S. 35-38.

⁵⁰ Reduzierung des Bestandes an dienstlichen Bestimmungen und Weisungen in den Kreisdienststellen/Objektdienststellen. Weisung des Ministers an alle Leiter der Dienstseinheiten vom 6.11.1989, in: BStU, MfS, BdL/Dok. 005592.

⁵¹ Richter, *Die Staatssicherheit im letzten Jahr der DDR*, S. 36.

melnden Greises, der offenbar jenseits aller Realität lebte und als Legitimation für sein Handeln ausgerechnet die Liebe zu allen Menschen anführte.⁵² Mielkes Ausführungen gaben das MfS nicht nur öffentlich der Lächerlichkeit preis, sondern hatten vor allem für die innere Verfassung des Sicherheitsdienstes verheerende Wirkung. Von der Bevölkerung immer mehr in Frage gestellt, schwand nun auch dessen Eigenwahrnehmung als Elite. Der scheidende Minister hatte dem Amt auf dem Weg zu seiner Auflösung einen „entscheidenden Schlag“⁵³ versetzt, die scheinbare Allmacht der Staatssicherheit geriet weiter ins Wanken.

Die neue Führungsspitze unter dem früheren Chef der Bezirksverwaltung Berlin, Wolfgang Schwanitz, gab sich jedoch nicht geschlagen. In Übereinstimmung mit dem neuesten „Hoffnungsträger“ der SED, Hans Modrow, der zuvor von der Volkskammer mit der Bildung einer Regierung beauftragt worden war, erklärte das Kollegium des MfS am 15. November die Umbenennung des Ministeriums in „Amt für Nationale Sicherheit“ (AfNS). So sollten mit einem Federstrich möglichst weite Teile der eigenen Vergangenheit entsorgt und die Existenz der Staatssicherheit in Zukunft gesichert werden. Inhaltlich gingen damit kaum Veränderungen einher. Weiterhin standen der Schutz des Sozialismus sowie die flächendeckende Bekämpfung seiner „Feinde“ im Mittelpunkt der konspirativen Tätigkeit, und ausdrücklich dankte die MfS-Führung ihren Mitarbeitern für die bisher geleistete Arbeit. Zwar wurden Veränderungen angemahnt, doch gab das Kollegium deutlich zu erkennen, dass diese kaum mehr als Makulatur sein würden. Kontinuität, nicht Wandel hieß das Gebot der Stunde. Weder die Struktur noch das Personal des Ministeriums erfuhren wesentliche Veränderungen, lediglich die Dienstseinheiten wurden umbenannt und zugleich umfangreiche finanzielle wie materielle Unterstützungsmaßnahmen für ausscheidende Mitarbeiter beschlossen.⁵⁴

Hatten MfS- und SED-Spitze geglaubt, mit der Umbenennung einen entscheidenden Befreiungsschlag führen zu können, so sollte sich diese Annahme sehr schnell als Irrtum erweisen. Denn zu offensichtlich war das Täuschungsmanöver. Die Staatssicherheit, inzwischen einer der Hauptkritikpunkte auf den landesweit nahezu täglich stattfindenden Protestak-

⁵² Dokument Nr. 7.

⁵³ Gieseke, Die hauptamtlichen Mitarbeiter, S. 508.

⁵⁴ Siehe Dokument Nr. 8; vgl. ausführlich Gieseke, Die hauptamtlichen Mitarbeiter, S. 484-494; Richter, Die Staatssicherheit im letzten Jahr der DDR, S. 48-61.

tionen, rückte nun immer mehr in den Fokus des Geschehens, immer öfter wurde seine ersatzlose Auflösung gefordert. Die Führungsriege des AfNS war sich der davon ausgehenden Gefahr durchaus bewusst. In ungebrochener Fortsetzung der bisherigen Vorgehensweise ordnete Schwanitz daher weitere Aktenvernichtungen an und konnte sich in dieser Frage der Zustimmung der politischen Führung sicher sein.⁵⁵ Öffentlich hingegen versuchte er, der selbst für die personelle Kontinuität der Geheimpolizei stand, das Bild eines grundlegend gewandelten Amtes zu vermitteln. „Wir sind für Transparenz und Offenheit in unserer Arbeit“⁵⁶, wurde verkündet. Die Realität sprach dem Hohn, denn zeitgleich liefen in den Dienstgebäuden die Reißwölfe heiß, und an eine Demokratisierung des Apparates wurde nicht gedacht. Der Druck von der Straße auf SED und AfNS wuchs, doch jenseits von kosmetischen Korrekturen hatte es kaum Veränderungen gegeben. Zwar war in beiden Fällen die Führungsspitze zurückgetreten, aber in beiden Fällen war damit kein wirklicher Neuanfang verbunden. So war eine weitere Chance für ein effektives Krisenmanagement vergeben, die Entscheidung für eine Beibehaltung der überlieferten Strukturen getroffen. Die neue Regierung zeigte Aktionismus und suggerierte Reformbereitschaft, den Forderungen aus der Bevölkerung entsprach sie hingegen nicht einmal annähernd. Dies galt umso mehr, als die oppositionellen Vereinigungen im Verlauf des Monats regen Zulauf erfahren hatten und derartige Forderungen daher immer offensiver und zielgerichteter artikuliert werden konnten. Weitere Konflikte waren unter diesen Voraussetzungen vorprogrammiert. Sie sollten sich wenig später am Staatssicherheitsdienst entzünden und weitreichende Folgen zeitigen.

⁵⁵ Vgl. das entsprechende Schreiben an die Leiter der Bezirksamter für Nationale Sicherheit vom 22.11.1989, in: BStU, ZA, BdL/Dok. 008996; „Was das Vernichten anbetrifft, Genossen,...: macht das wirklich sehr klug und sehr unauffällig.“ Dienstbesprechung anlässlich der Einführung des Gen. Generalleutnant Schwanitz als Leiter des Amtes für Nationale Sicherheit durch den Vorsitzenden des Ministerrates der DDR, Gen. Hans Modrow, 21.11.1989, in: Horch und Guck. Historisch-literarische Zeitschrift des Bürgerkomitees „15. Januar“ e.V., Jg. 8 (1999), Heft 4, S. 65-67.

⁵⁶ Wie geheim ist unser Geheimdienst? ND-Gespräch mit Generalleutnant Dr. Wolfgang Schwanitz, Leiter des Amtes für Nationale Sicherheit, in: ND, 23.11.1989, S. 4.

Erste Schritte zur Auflösung: Dezember 1989

Das MfS/AfNS war Anfang Dezember offensichtlich ins Hintertreffen geraten. Die Umbenennung von Mitte November hatte nicht die erhofften Ergebnisse erbracht und auf den Demonstrationen wurde seine Existenz immer mehr in Frage gestellt. Trotz gegenteiliger Bemühungen erwies sich die Regierung Modrow außer Stande, dem Geheimdienst neuerliche Legitimität zu verleihen. Daher ging die Aktenvernichtung in den Dienststellen unvermindert weiter, die Schornsteine hörten im wahrsten Sinne des Wortes nicht mehr auf zu rauchen, und in manchen Gegenden wurden Unterlagen auf öffentlichen Mülldeponien oder Truppenübungsplätzen verbrannt.⁵⁷ Schon seit längerem hatte sich darüber Unmut der zivilgesellschaftlichen Gegenkräfte geäußert, die ihre Forderungen nach einer Demokratisierung der DDR durch derartige Vorgänge konterkariert sahen.

Dieser Unmut entlud sich ab dem 4. Dezember. Da alle anderen Bemühungen um Einfluss vergebens blieben und der Geheimdienst weiter außerhalb jeglicher öffentlichen Kontrolle agierte, kam es ab jenem Montag zur Besetzung zahlreicher Ämter für Nationale Sicherheit. Den Anfang machte Erfurt. Dort initiierten mehrere Frauen einer „Bürgerinneninitiative“ (später: „Frauen für Veränderung“) die Besetzung des örtlichen Bezirksamtes und setzten zugleich wichtige Normen für die kommenden Fälle. Nicht wilde Erstürmung, sondern eine möglichst legitimierte Übernahme des Amtes und seiner Aktenbestände war das Ziel. Daher wurde eine Kooperation mit staatlichen Stellen, etwa der zuständigen Staatsanwaltschaft, gesucht, Räume versiegelt und eine Bürgerwache ins Leben gerufen, die den weiteren Prozess beaufsichtigen sollte. Noch am gleichen Abend kam es in Leipzig, Suhl, Rostock und anderen Orten zu ähnlichen Vorgängen, darüber hinaus wurden zahlreiche Kreisämter landesweit besetzt.⁵⁸ Überall hatten die Forderungen nach demokratischer Kontrolle durch Demonstrationen vor den Dienststellen Nachdruck erhalten. Die Ämter kapitulierten nun vielfach vor dem Druck der Straße und ließen sich auf Sicherheitspartnerschaften mit den Protestierenden ein, die eher einen geregelten Umgang mit dem AfNS verhiessen. Die

⁵⁷ Hollitzer, „Wir leben jedenfalls von Montag zu Montag“, S. 107-116.

⁵⁸ Gabriele Stötzer, Aus dem Gedächtnis getilgt? Die 12-Stunden-Herrschaft der Frauen in Erfurt am 4. Dezember 1989, in: Horch und Guck, Jg. 9 (2000), Heft 1, S. 14f.; Angaben zu weiteren Orten in: Richter, Die Staatssicherheit im letzten Jahr der DDR, S. 73-81.

Führungsspitze des Ministeriums wies noch immer an, Besetzungen unter Einsatz aller Mittel („außer gezielte Schusswaffenanwendung“⁵⁹) zu verhindern, in den Regionen ließ sich dieses Ansinnen jedoch nicht mehr realisieren. Es sollte sich sehr bald erweisen, dass die Bereitschaft zur Zusammenarbeit von Seiten der Geheimpolizei tatsächlich nur sehr begrenzt war und intern weiter auf den Erhalt der etablierten Machtstrukturen hingearbeitet wurde. Doch mit dem 4. Dezember erfolgte eine weitere Eingrenzung des scheinbar unbegrenzten Agierens, ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur Auflösung der geheimen Strukturen.

Entgegen weitläufigen Annahmen blieb das Amt für Nationale Sicherheit auch in Berlin nicht von der neuen Qualität bürgerlichen Aufbegehrens verschont. Nicht erst am 15. Januar 1990, wie oftmals angenommen, sondern spätestens am 6. Dezember 1989 musste sich die Führungsspitze direkt mit Forderungen nach einer Kontrolle des Amtes auseinandersetzen. Bereits in den Nachmittagsstunden war eine erste Gruppe von Bürgerrechtlern im Gebäude zwischen Frankfurter Allee und Normanstraße gewesen und hatte dort eine parlamentarische Überprüfung verlangt.⁶⁰ Am Abend kam es zu weiterer Unruhe, als sich zahlreiche Demonstranten abermals vor der Zentrale des Geheimdienstes versammelten. Die Bezirksverwaltung blieb vorerst von Protestaktionen verschont, im Brennpunkt stand die oberste Ebene der Geheimpolizei. Der Ablauf der Ereignisse ähnelte zunächst dem in Erfurt und andernorts. Die aufgebrachten Bürger forderten ein Ende der Aktenvernichtungen, die Begehung des Objektes und eine demokratische Kontrolle der dortigen Aktivitäten. Wie in Erfurt, so wurden auch hier Vertreter benannt, die sich Einlass in das Gebäude verschafften und dort den Forderungen gegenüber Mitarbeitern des Amtes Ausdruck verliehen.⁶¹ Doch anders als in Erfurt kam es nicht zu einer permanenten Besetzung der Dienststelle oder der Bildung eines Bürgerkomitees, das als institutionalisierte Gegenkraft zum Geheimdienst hätte wirken können. Über die Gründe kann letztlich nur spekuliert werden. Ausschlaggebend scheint jedoch gewesen zu sein, dass die Zusammenkunft des Zentralen Runden Tisches unmittelbar bevorstand und dessen Arbeit nicht durch kurzfristige, in ihren Konsequenzen nicht absehbare Maßnahmen gefährdet werden sollte.

⁵⁹ So in einem Befehl von Schwanitz an alle Kreis- und Bezirksamter vom 4.12.1989. Zitiert nach Süß, Staatssicherheit am Ende, S. 616.

⁶⁰ Vgl. Dokument Nr. 9 und 10.

⁶¹ Dokument Nr. 11.

Darauf weist etwa die Anwesenheit von Wolfgang Ullmann (DJ) hin, der am Folgetag an eben jenem Tisch sitzen sollte und sich dort für ein *geregeltes* Verfahren im Umgang mit den AfNS stark machte.⁶² Statt einer Besetzung wurde daher für den 7. Dezember eine neuerliche Begehung vereinbart. Den Forderungen nach einer Überwachung der Geheimdienst-Tätigkeit wurde hierbei insofern Rechnung getragen, als dann auch ein Fernsehteam dabei sein sollte, um so Öffentlichkeit herzustellen und Kontrolle wie Aufklärung über das Wirken der Staatssicherheit zu erlangen. Derartige Überlegungen erwiesen sich später als illusorisch, da die konspirative Arbeit nahezu unvermindert fortging, doch berücksichtigten sie die zentralen Kritikpunkte der Demonstranten und verhinderten auf diese Weise letztlich die fortwährende Besetzung des Gebäudes. Somit verblieb den Mitarbeitern in der Zentrale des AfNS noch einmal eine Frist, um ihren Verrichtungen weitgehend ungestört nachzugehen. Doch erstmals sahen sie sich am 6. Dezember direkt mit den zuvor Bespitzelten konfrontiert.

Am darauf folgenden Tag trat erstmals der Zentrale Runde Tisch zusammen, der den wachsenden Problemstau politisch angehen sollte und für dessen Arbeit die Problematik Staatssicherheit herausragende Bedeutung erlangte. An ihm saßen paritätisch Vertreter des alten Systems und der neuen demokratischen Bewegungen.⁶³ Bereits im Vormonat, am 10. November, hatte eine „Kontaktgruppe“, die sich aus Vertretern oppositioneller Vereinigungen zusammensetzte, Verhandlungen am Runden Tisch gefordert. Zunächst ablehnend eingestellt, sprach die SED-Führung knapp zwei Wochen später eine Einladung zu einem solchen Gremium aus, um so ihren rasanten Legitimitätsverfall zu bremsen und sich als Reformkraft zu profilieren.⁶⁴ Doch schon in der ersten Sitzung zeigte sich, dass die Monopolpartei keineswegs gewillt war, kampflös und gänzlich auf ihren bewährten Sicherheitsapparat zu verzichten. Da ein allzu offensichtliches Engagement für das restlos diskreditierte Amt der eigenen Position kaum Auftrieb verliehen hätte, setzten die Genossen – stillschweigend sekundiert von den am Tisch vertretenen inoffiziellen Mitarbeitern

⁶² Uwe Thaysen (Hg.), *Der Zentrale Runde Tisch der DDR. Wortprotokolle und Dokumente*, Wiesbaden 2000, Bd. I, S. 66f.

⁶³ Zu detaillierten Angaben zum Zentralen Runden Tisch siehe Thaysen, *Der Runde Tisch*.

⁶⁴ Zu den internen Überlegungen der SED-Führung siehe das Protokoll Nr. 56 der Sitzung des Politbüros des ZK der SED vom 28.11.1989, in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2 A/3.263.

des MfS, wie Ibrahim Böhme oder Wolfgang Schnur – auf eine Verzögerungstaktik: „Es ist ja alles zu verstehen, aber damit ist immer noch nicht die Frage der Aufklärung geregelt. Ich meine, ich bin für ein Europa, wo wir sie abschaffen, das muss ich sagen, perspektivisch. Aber noch sind wir nicht so weit und ich weiß nicht, ob das sofort geht.“⁶⁵ Die gewählte Taktik zeigte durchaus Erfolg. Zwar verlangte der Runde Tisch von der Regierung, die Aktenvernichtung in den Dienststellen des AfNS zu unterbinden, doch die bereits erhobene Forderung nach sofortiger Auflösung des Amtes unter ziviler Kontrolle fand keine Berücksichtigung. Dass Nachfolgeeinrichtungen nicht explizit ausgeschlossen wurden, versuchte die Regierung Modrow konsequent zu nutzen. Am 14. Dezember verabschiedete sie einen Beschluss, mit dem der Geheimdienst erneut umbenannt und jetzt auch umstrukturiert wurde. Das Amt sollte formal aufgelöst und an seine Stelle Nachrichtendienst und Verfassungsschutz der DDR treten – Ziel war es dabei offensichtlich, das Fortbestehen des Apparates zu sichern.⁶⁶

Am gleichen Tag trafen sich in Berlin Regierungsbeauftragte mit Vertretern sowohl der etablierten Parteien als auch verschiedener demokratischer Vereinigungen. An den Beschluss der Regierung anknüpfend, wurde dabei die Bildung eines Kontrollausschusses vorgeschlagen, dem die Auflösung des AfNS-Bezirksamtes obliegen sollte. Drei Tage später, am 17. Dezember, erfolgte im Präsidium der Volkspolizei der eigentliche Gründungsakt. Wiederum wurde der Aktensicherung vorrangige Bedeutung zugeordnet, zugleich vom Zentralen Runden Tisch die „Klärung der weiteren Verfahrensweise und Auflösung des zentralen Amtes für Nationale Sicherheit und der nachgeordneten Einrichtungen und Außenstellen“ gefordert. Am 19. Dezember fand unter Hinzuziehung eines Militärstaatsanwaltes die erste Begehung des Objektes in der Lichtenberger Straße der Befreiung statt; Unterlagen wurden gesichtet und Räume versiegelt. In den folgenden Tagen setzte der Kontrollausschuss seine Tätigkeit fort und ermöglichte unter anderem mehrere Fernsehdokumentationen, um so Öffentlichkeit und Transparenz des Transformationsprozesses zu befördern. Die Kooperation der Mitarbeiter des Bezirksamtes

⁶⁵ Diese verschleiende Äußerung Gregor Gysis (SED) ist in zweifacher Hinsicht symptomatisch: Sie lenkt zum einen von der Arbeit des MfS gegen die eigene Bevölkerung ab und setzt sie darüber hinaus mit der Tätigkeit von Geheimdiensten in demokratischen Staaten gleich. Zitiert nach Thaysen, Der Zentrale Runde Tisch, Bd. I, S. 74.

⁶⁶ Dokument Nr. 12.

blieb gleichwohl mangelhaft. Wie in fast allen Regionen der DDR kam es auch hier zu Siegelbrüchen, Dokumente verschwanden und auch deren Vernichtung konnte vorerst nicht gestoppt werden.⁶⁷

Neben dem Zentralen Runden Tisch und dem Kontrollausschuss etablierte sich im Dezember eine dritte Institution, die sich wesentlich mit dem Geheimdienst auseinander setzte: der Runde Tisch Berlin (RTB).⁶⁸ Zu ihm war im Auftrag des katholischen Bischofs der Stadt und der evangelischen Kirchenleitung eingeladen worden. Die Gesprächsführung lag – wie auch beim ZRT – bei Vertretern der Kirchen; das konstituierende Treffen fand am 14. Dezember im Bischöflichen Bildungsheim im Stadtbezirk Prenzlauer Berg statt. Schon die zweite Sitzung am 21. Dezember, die nun (wie auch die folgenden) im Berliner Rathaus abgehalten wurde, widmete sich auf Antrag des Neuen Forum ausführlich der Frage nach dem weiteren Umgang mit der Staatssicherheit. Ein Sachantrag an den Oberbürgermeister Ost-Berlins, Erhard Krack (SED), wurde verabschiedet, der deutlich über das hinausging, was der Zentrale Runde Tisch am 7. Dezember beschlossen hatte. Hilfestellungen für ausscheidende Mitarbeiter des AfNS wurden angemahnt, vor allem aber eine konsequente Offenlegung der geheimdienstlichen Strukturen verlangt. Darin lag die eigentliche Sprengkraft des Papiers: Mit der öffentlichen Benennung aller Dienststellen und Arbeitsräume sowie der Kontrolle bzw. Beendigung der Überwachungsmaßnahmen gedachte der RTB, der Staatssicherheit das Geheime zu nehmen. Damit aber wäre eine Arbeit gegen die eigene Bevölkerung, so wie sie seit mehreren Jahrzehnten erfolgte, unmöglich gewesen. Um dem Nachdruck zu verleihen, bat der Runde Tisch den Oberbürgermeister, für die nächste Sitzung den Leiter der Regierungskommission zur Auflösung des Bezirksamtes Berlin, Rolf Gruner, zur Berichterstattung zu entsenden. An diesem Punkt sollten sich im Januar heftige Debatten entzünden, da deutlich wurde, wie wenig die

⁶⁷ Dokument Nr. 13. Vgl. darüber hinaus den Zwischenbericht der Arbeitsgruppe des Kontrollausschusses zur Auflösung der Bezirksverwaltung Berlin des Amtes für Nationale Sicherheit vom 5.1.1990, in: Archiv Bürgerkomitee „15. Januar“ e.V., Zitat ebd.; Interview am 24.10.2004 mit Margitta K. (1989: Hinze), Mitglied des Kontrollausschusses.

⁶⁸ Vgl. grundlegend Werner Krätschell, Es blieb die Stadt regierbar, in: Friedrich Winter (Hg.), Die Moderatoren der Runden Tische. Evangelische Kirche und Politik 1989/90, Leipzig 1999, S. 65-71. Zu den ebenfalls konstituierten Runden Tischen in den Stadtbezirken vgl. die Aufstellung in: Robert-Havemann-Archiv (RHA), RTa 11.

staatlich legitimierten Organe zu einer Enthüllung der Strukturen bereit waren. Ohne eine solche Enthüllung jedoch war eine Auflösung des Amtes unmöglich. Die Interessengegensätze spitzten sich zu.⁶⁹

Inzwischen hatte sich einiges getan im Lande: Aus der Verfassung war der Führungsanspruch der SED gestrichen, deren Politbüro (einschließlich Egon Krenz) war nach weniger als einem Monat im Amt zurückgetreten, und Alexander Schalck-Golodkowski hatte sich in die Bundesrepublik abgesetzt. Zahlreiche SED-Spitzenfunktionäre, unter ihnen Erich Mielke, waren verhaftet worden, und die Partei selbst hatte sich unter Führung Gregor Gysis in SED-Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) umbenannt. Modrow hatte die Regierungsgeschäfte übernommen, und auf den landesweiten Demonstrationen kam zunehmend die Forderung nach einer Vereinigung der beiden deutschen Staaten auf. Nicht zuletzt hatte der Zentrale Runde Tisch Volkskammerwahlen anberaumt und dafür den 6. Mai 1990 vorgeschlagen. Alles schien im Wandel begriffen.⁷⁰ Auf die Nachfolgeeinrichtungen des Ministeriums für Staatssicherheit traf dies allerdings nur sehr bedingt zu. Jenseits der besetzten Dienststellen führte der Apparat weiterhin ein Eigenleben, seine Auflösung wurde von willfähigen Regierungsbeamten mehr verschleppt als befördert und von einer demokratischen Kontrolle konnte insgesamt keine Rede sein. Eine zentrale Forderung der Protestbewegung des Herbstes blieb damit unerfüllt.

Es oblag vor allem dem Zentralen Runden Tisch, der das Resultat eben jener Bewegung war, diesen Missstand zu beseitigen. Hatte er auf seiner ersten Sitzung nicht zu einer eindeutigen Stellungnahme gelangen können, so rückte das Thema Geheimdienst nun immer stärker in den Vordergrund. Um eine zivilgesellschaftliche Kontrolle des Auflösungsprozesses zu erlangen, musste dafür eine eigene Arbeitsgruppe gebildet werden, die als Korrektiv zu den staatlichen Strukturen arbeiten und diese überwachen würde. Derartige Überlegungen waren in der „Kontaktgruppe“ der demokratischen Vereinigungen schon im Vorfeld der zweiten Sitzung diskutiert worden, ihre Realisierung verzögerte sich aber erneut. Denn in der Zusammenkunft am 18. Dezember wurde vorgeschlagen, den bereits erwähnten Kontrollausschuss für die Auflösung des Bezirksamtes Berlin mit diesen Aufgaben zu betrauen. Also blieb die Gründung eigener Strukturen vorerst aus. Auch der Antrag auf sofortige „Offenlegung der

⁶⁹ Vgl. Dokument Nr. 14.

⁷⁰ Mählert, Kleine Geschichte der DDR, S. 163-176.

gegen Friedens-, Umwelt- und Menschenrechtsgruppen angewandten Vorgehensweisen sowie der in diese Gruppen eingeschleusten Personen“ fand unter diesen Bedingungen zunächst keine Mehrheit.⁷¹

Die entscheidende Wendung erfolgte auf der Sitzung am 27. Dezember. Im Vorfeld hatten sich Bürgerinitiativen (später: Bürgerkomitees) aus den Bezirken Magdeburg, Potsdam, Rostock und Schwerin an den Zentralen Runden Tisch gewandt.⁷² Aus ihrer Erfahrung mit der Auflösung des AfNS resultierten acht Forderungen, auf deren Umsetzung sie nun drangen. Neben einem Ende der unkontrollierten Aktenvernichtung gehörte dazu u.a. die Offenlegung der Archivstrukturen des Geheimdienstes sowie dessen Verflechtungen mit der SED-PDS. Gerade in den Regionen war deutlich geworden, dass die bisherigen Bemühungen nicht ausreichen würden für eine demokratische Kontrolle der MfS-Nachfolgeeinrichtungen. Dem entsprach der Runde Tisch mit der Gründung einer Arbeitsgruppe „Auflösung des Amtes für Nationale Sicherheit der DDR“ (kurz: AG „Sicherheit“). Sie sollte alle weiteren Schritte überwachen, neue initiieren und nun auch explizit die Kontrolle über die Auflösung der noch immer weitgehend ungestört arbeitenden Geheimdienstzentrale übernehmen. Zwei weitere, miteinander verbundene Beschlüsse des ZRT sollten sich in der Folgezeit als ähnlich bedeutsam erweisen: die Aussetzung der Bildung eines Verfassungsschutzes bis zu den Volkskammerwahlen und die Aufforderung an die Regierung, bis zum 3. Januar 1990 einen Bericht über die bisherigen staatlichen Bemühungen zur Auflösung des Amtes für Nationale Sicherheit vorzulegen.⁷³

Damit waren Ende des Jahres 1989 wichtige Weichenstellungen erfolgt. In den Regionen hatten Bürgerkomitees zumindest partiell die Kontrolle über das AfNS übernommen, der Zentrale Runde Tisch hatte sich ein Kontrollinstrument für das weitere Vorgehen geschaffen und die Regierung war zur Berichterstattung aufgefordert. Endgültig entschieden war damit freilich noch nichts, denn sowohl SED-PDS als auch ihre Geheimpolizei klammerten sich an die verfallende Macht. Offene Gegenwehr war kaum zu erwarten, doch die Verschleppungstaktik verhinderte noch immer entscheidende Durchbrüche.

⁷¹ Thaysen, Der Zentrale Runde Tisch, Bd. I, S. 104f., 130-132, 149-152; Zitat ebd., S. 145.

⁷² Dokument Nr. 15.

⁷³ Vgl. Thaysen, Der Zentrale Runde Tisch, Bd. I, S. 240-250.

Berlin war im Dezember einen Weg gegangen, der deutlich von dem vieler Bezirke der DDR abwich. Statt (mehr oder weniger) spontaner Besetzungen und daraus folgender Gründungen von Bürgerkomitees oder weiterer Kontrollinstanzen waren hier zunächst auf administrativem Wege Strukturen geschaffen worden, mit denen die Entmachtung des Geheimdienstes sichergestellt werden sollte. Sowohl der Kontrollausschuss als auch die Arbeitsgruppe „Sicherheit“ verdeutlichen das. Zu diesem Weg beigetragen hatte die ausgedehnte, unübersichtliche Struktur des MfS/AfNS in der Stadt ebenso wie die Notwendigkeit, von hier aus zentrale Weichenstellungen für das gesamte Land vorzunehmen. Insofern war ein Großteil der Akteure an geregelten Verfahren interessiert, um den komplexen Ansprüchen gerecht werden zu können. Doch es sollte anders kommen, denn die Ereignisse überschlugen sich abermals.

Machtprobe: Januar 1990

Das politische Jahr 1990 begann mit einer vernehmlichen Wendung. Zuvor waren in der Nacht vom 27. zum 28. Dezember 1989 am sowjetischen Ehrenmal im Treptower Park neonazistische Schmierereien angebracht worden.⁷⁴ Sie schienen alle Ressentiments gegen die immer offener geforderte Vereinigung der beiden deutschen Staaten zu bestätigen: Verlust von Arbeitsplätzen, Armut, Rechtsradikalismus. In einem Appell an alle Bürger forderte die SED-PDS die Bevölkerung auf, sich zu „wehren“ und verlangte – nicht zum ersten Mal in ihrer Geschichte – eine „Einheitsfront“. Zugleich rief sie zu einer Protestkundgebung am 3. Januar 1990 auf.⁷⁵

Selbst wenn man den fragwürdigen Antifaschismus der Hegemonialpartei ernst nimmt, war Folgendes nicht zu übersehen: Die SED-PDS glaubte sich wieder im Aufwind, instrumentalisierte die Schmierereien für eigene Zwecke und versuchte auf diesem Wege, ihre vermeintlich angestammte „Führungsrolle“ erneut wahrzunehmen. Tatsächlich konnte sie am 3. Januar etwa 250.000 Anhänger mobilisieren. „Unser Land ist in Gefahr,

⁷⁴ Ihre Urheberschaft ist bis heute ungeklärt. Hartnäckige Gerüchte, Staatssicherheit und/oder Einheitspartei selbst seien dafür verantwortlich, konnten weder bestätigt noch widerlegt werden. Vgl. allg. Süß, Staatssicherheit am Ende, S. 686-690.

⁷⁵ ND, 30./31.12.1989, S. 1.

und zwar von rechts. Wir müssen diese Gefahr bannen, sonst brauchen wir über demokratischen Meinungsstreit und anderes gar nicht erst zu diskutieren“⁷⁶, verkündete der Parteivorsitzende Gregor Gysi. Der Ton wurde rauer und fand seine Entsprechung auch in den Debatten um die Auflösung der Nachfolgeeinrichtungen des MfS.

Mit den Bürgerkomitees in den Regionen und den oppositionellen Vereinigungen an den Runden Tischen hatten sich mittlerweile zwei inhomogene Akteursgruppen gebildet, die beide prinzipiell auf eine Auflösung der geheimdienstlichen Strukturen hinarbeiteten. Diese Identität der Interessen brachte nicht notwendigerweise eine konfliktfreie Zusammenarbeit hervor, doch beeinflusste sich das Wirken beider Gruppen wesentlich. Gerade in und für Berlin sollte sich daraus eine Dynamik entwickeln, deren Auswirkungen alle Beteiligten überraschten und die auch von der wachsenden Gegenwehr der alten Systemkräfte nicht wirksam eingegrenzt werden konnte.

Doch zunächst stand der am 27. Dezember 1989 geforderte Bericht der Regierung zum Stand der Auflösung an. Als am 3. Januar Staatssekretär Walter Halbritter seinen Bericht am Zentralen Runden Tisch abgab, wurde vor allem klar, dass die Staatsmacht weiterhin auf Verzögerung setzte. Weder rückte sie von den großzügigen Ausgleichszahlungen an scheidende Mitarbeiter der Geheimpolizei ab, noch war sie zu eindeutigen Stellungnahmen und einem Verzicht auf konspirative Strukturen bis zur Volkskammerwahl bereit. Als sich auch die Antworten auf die im Anschluss gestellten Fragen unbefriedigend gestalteten, kündigte sich die erste entscheidende Kraftprobe zwischen Regierung und Opposition an. Im Namen der Reformbewegung verlas Wolfgang Schnur (DA) eine Erklärung, in der u.a. neuerlich ein Verzicht auf geheimdienstliche Apparate sowie eine effektive Kontrolle der staatlichen Beauftragten für die Auflösung des AfNS gefordert wurde. Und: Sollte in der nächsten Sitzung des ZRT nicht umfassende wie kompetente Auskunft von Seiten der Regie-

⁷⁶ Ebd., 4.1.1990, S. 2. Auf der gleichen Seite verkündete die Zeitung, dass der Zentrale Runde Tisch wegen der Auflösung des AfNS und der unnachgiebigen Haltung der oppositionellen Kräfte in dieser Frage zu scheitern drohe. Dabei bestehe gerade wegen der rechtsextremen Umtriebe „dringender Handlungsbedarf“, müsse ein neuer Geheimdienst noch vor den Volkskammerwahlen zwingend gebildet werden. Auch diese Argumentation verdeutlicht, dass die SED-PDS nun in die Offensive zu gehen gedachte.

rung erfolgen, so würden die Unterzeichner „keine Möglichkeit mehr sehen, dann an diesem Tisch zu bleiben.“⁷⁷

Eine Frage, deren Beantwortung Halbritter vermieden hatte, war die nach dem Stand der Auflösung der Geheimdienst-Zentrale. Daran sollten sich weitere Auseinandersetzungen entzünden. Die vormaligen Kreisdienststellen und das Berliner Bezirksamt wurden nun schon seit Mitte Dezember überwacht. Zwar verlief auch dieser Prozess nicht problemlos – insbesondere zwischen den von der Regierung entsandten Mitarbeitern des Kontrollausschusses und den Vertretern der Opposition kam es mehrfach zu heftigen Auseinandersetzungen –, doch schien eine halbwegs demokratische Absicherung der dortigen Auflösung gewährleistet. Anders sah es im zentralen Gebäudekomplex des früheren Ministeriums aus. Nachdem Anfang Dezember die bereits angeführten Begehungen stattgefunden hatten, war hier wieder Ruhe eingekehrt; die Geheimdienstler verwalteten sich selbst und setzten ihre Arbeit unbeaufsichtigt fort. Dagegen regte sich nun zunehmender Widerstand der Bürgerkomitees in den Regionen. Die früheren Bezirksamter waren besetzt, doch die Zentrale blieb unbehelligt. Ein solch paradoxer Zustand erschien zunehmend untragbar.

Unter diesen Voraussetzungen fand am 4. Januar in Leipzig erstmals ein DDR-weites Treffen der Bürgerkomitees statt. Hier sollten ein Resümee der bisherigen Arbeit gezogen und daraus Empfehlungen für das künftige Wirken abgeleitet werden. Nahezu zeitgleich war ebendort das dritte Republikforum des Neuen Forum zusammengetreten. Resultat der Veranstaltungen waren u.a. mehrere Verlautbarungen, die sich mit allem Nachdruck gegen die Pläne der Modrow-Regierung wandten, die geheimdienstlichen Strukturen unter verändertem Namen weiterzuführen. Als wesentlich sollte sich alsbald der Beschluss erweisen, für den 15. Januar in allen Bezirken zu Protestaktionen gegen eben jene Zielsetzung aufzurufen. Ab dem 8. Januar wurde dieses Vorhaben in Berlin über Medien, Plakate und Flugblätter verbreitet. Naheliegend war es, als Ort für die Proteste die Zentrale an der Frankfurter Allee zu wählen, da sich hier die einzige größere Dienstseinheit befand, die noch ungehindert arbeiten konnte.⁷⁸

⁷⁷ Zitiert nach Thaysen, *Der Zentrale Runde Tisch*, Bd. II, S. 304.

⁷⁸ Vgl. Hollitzer, „Wir leben jedenfalls von Montag zu Montag“, S. 166-168, 278-280; Reinhard Schult, *Der „Sturm“ auf die Stasi-Zentrale*, in: Horch und Guck, 4. Jg. (1995), Heft 1, S. 51f.

Als der Zentrale Runde Tisch am 8. Januar zu seiner 6. Sitzung zusammentrat, stand noch immer das Ultimatum aus der Vorwoche im Raum. Tatsächlich erschien Peter Koch, der Zivilbeauftragte des Ministerrates zur Auflösung des Amtes für Nationale Sicherheit, und mit ihm abermals Walter Halbritter. Ihre Ausführungen jedoch führten kaum weiter als bisher. Ein Eklat lag in der Luft. Zusätzlich verstärkt wurden die Spannungen durch einen Aufruf des Bezirksamtes für Nationale Sicherheit Gera, in dem das dortige „Kollektiv“ unter dem Schlagwort „Heute wir – morgen ihr“ zum entschlossenen Handeln gegen die demokratischen Veränderungen aufrief.⁷⁹ Zwei Entwicklungen schienen hier parallel zu laufen: Die Regierung verweigerte grundlegende Auskünfte und das frühere MfS begann, wieder offensiv zu agieren. Ein Einschreiten dagegen war dringend geboten. Die oppositionellen Gruppierungen sprachen dem Regierungsbeauftragten daher das Misstrauen aus und forderten unmissverständlich das Erscheinen Modrows. Da dieser sich vorgeblich im Ausland aufhielt, wurde die Sitzung abgebrochen und auf den 15. Januar vertagt. Die Forderung an den Vorsitzenden des Ministerrates blieb bestehen. Damit war ein Scheitern des Runden Tisches vorerst abgewendet, doch seine Zukunft stand mehr in Frage als je zuvor.

Mit der Verweigerungshaltung der Regierung, dem Demonstrationsaufruf der Bürgerkomitees und dem Ultimatum an Modrow hatte sich die Situation unverkennbar zugespitzt, und in den Folgetagen geschah wenig, was dem entgegenwirkte. Am 10. Januar trat die Arbeitsgruppe „Sicherheit“ zu ihrer zweiten Sitzung zusammen und forderte wie schon der Zentrale Runde Tisch neben der ersatzlosen Auflösung des AfNS eine Stellungnahme der Regierung. Am 11. und 12. Januar tagte die Volkskammer – begleitet von zahllosen Protestkundgebungen rund um den „Palast der Republik“. Vor dem Gebäude wurde die DDR-Fahne heruntergeholt und das Emblem herausgerissen, etwa 400 streikende Taxifahrer machten sich mit einem Hupkonzert bemerkbar. Zwar gestand Modrow unter dem wachsenden Druck eine Einstellung der umfangreichen Übergangsgelder an scheidende Mitarbeiter zu und schloss vorerst auch den Aufbau eines Inlands-Geheimdienstes aus, einen generellen Verzicht auf konspirative Strukturen verkündete er jedoch nicht. Der Runde Tisch Berlin protestierte am 11. Januar „gegen das Nichtwahrnehmen der Berichterstattung in der Form, wie es der RTB [am 21.12.] erbeten hat-

⁷⁹ Dokument Nr. 16.

te“⁸⁰. Am 12. und 14. Januar schließlich trafen in Berlin Vertreter der Bürgerkomitees zusammen und setzten sich klare Ziele: „Das Anliegen der BK der Bezirke ist, per 15.1. die in den Bezirken bewährte Methode zur Auflösung des MfS Normannenstraße mit einzubringen und damit die Sicherstellung des zentralen Amtes zu beginnen sowie bisher nicht vorhandene Kontrolle auf das Zentrale Amt zu übertragen, unabhängig [von] der vom NEUEN FORUM für 17 Uhr aufgerufenen Demonstration vorm Objekt Normannenstraße.“ Eine dementsprechende Stellungnahme der Bürgerkomitees wurde verabschiedet und am 15. Januar am Zentralen Runden Tisch vorgetragen.⁸¹

Inzwischen hatte Modrow weiter eingelenkt. Obgleich er ein Erscheinen vor dem Runden Tisch zunächst ausschloss, hatte der Ministerrat entsprechend seiner Ankündigungen vor der Volkskammer am 13. Januar einen „Beschluss zur weiteren konstruktiven Zusammenarbeit der Regierung mit dem Runden Tisch“ gefasst. Hierin wurde ein schriftlicher Zwischenbericht über den Stand der Auflösung des Amtes für Nationale Sicherheit zugesagt und die Bildung des Verfassungsschutzes bis zu den Wahlen ausgesetzt.⁸² Offen blieben weiterhin die Einzelheiten des zu bildenden Nachrichtendienstes, doch die Regierung hatte guten Willen demonstriert. Die anwachsenden Proteste hatten dazu ohne Zweifel beigetragen.

Dann überschlugen sich die Ereignisse. Unterschiedliche Entwicklungsstränge trafen zusammen und führten zu dem, was als „Sturm“ auf die „Stasi-Zentrale“ in die Geschichtsbücher eingehen sollte. Über die Hintergründe ist viel spekuliert worden, der Ablauf des Tages ist mittlerweile jedoch weitgehend geklärt. Am Morgen des 15. Januar trat der Zentrale Runde Tisch zu seiner 7. Sitzung zusammen. Zur allgemeinen Überraschung erschien auch Modrow und gab eine Erklärung ab. Klar ließ er dabei seine Zweifel an den Zuständigkeiten des Runden Tisches durchblicken, betonte die Vormachtstellung der Regierung und bot unter diesen Voraussetzungen Zusammenarbeit an. Im vorgelegten Zwischenbericht

⁸⁰ Beschlüsse der vierten Tagung des Runden Tisches Berlin am 11.01.1990 im Grünen Saal des Berliner Rathauses, in: RHA, RTa 04. Allg. Thaysen, Der Runde Tisch, S. 64-66; Süß, Staatssicherheit am Ende, S. 714-718.

⁸¹ Vgl. Dokument Nr. 17. Zitat in: Protokoll des erweiterten Koordinierungstreffens der Bezirkskomitees der Bezirke zur Auflösung des ehemaligen MfS Normannenstraße Berlin, 14.1.1990, in: MDA, Bestand Gill, Heft BK 10.

⁸² Süß, Staatssicherheit am Ende, S. 719.

der Regierung wurden nun erstmals in breiterem Umfang Zahlen in Bezug auf das frühere MfS genannt: So habe es 85.000 hauptamtliche sowie 109.000 inoffizielle Mitarbeiter gehabt und neben anderem über 124.593 Pistolen und Revolver, 76.592 Maschinenpistolen, 3.611 Gewehre und 766 schwere Maschinengewehre verfügt. Wenig später trugen auch die Vertreter der Bürgerkomitees ihre Vorstellungen vor.⁸³

Gegen 13.45 Uhr verlangten, wie zuvor geplant, weitere Vertreter der Bürgerkomitees in Begleitung von Mitgliedern der AG „Sicherheit“ Einlass in den Gebäudekomplex zwischen Frankfurter Allee und Normanenstraße. Hier hatte man mit diesem Ansinnen gerechnet und sich – in Anbetracht der bevorstehenden Demonstration – offenbar für eine Kooperation entschieden. Dieser Schritt musste umso leichter fallen, als die Regierung mit ihrem Beschluss vom 13. Januar eine Weiterexistenz der Behörde ausgeschlossen hatte, nun ging es um Schadensbegrenzung. Die Demonstranten auf den Straßen wussten von diesen Vorgängen nichts, und als der Druck der Massen auf das Eingangstor in der Ruschestraße immer größer wurde, verfügte ein Mitglied der Bürgerkomitees (die sich ja bereits auf dem Gelände befanden) dessen Öffnung. Die wenigen Ordnungskräfte des Neuen Forum vermochten unter diesen Umständen nicht, effizient einzugreifen; und trotz der allgegenwärtigen Forderung „Keine Gewalt“ kam es zu erheblichen Sachbeschädigungen innerhalb des Komplexes. Der Runde Tisch brach seine Sitzung ab, und die Mitglieder begaben sich an den Ort des Geschehens, um mäßigend zu wirken. Gleiches galt auch für Vertreter der etablierten Parteien.⁸⁴

In der Folgezeit ist über die Einzelheiten der „Erstürmung“ vielfach spekuliert worden.⁸⁵ War sie eine Inszenierung der MfS-Nachfolger? Oder ein Husarenstück westlicher Geheimdienste? War sie gesteuert oder selbstbestimmt? Absicht oder Zufall? Die vielfältigen Legenden und Gerüchte scheinen wenig plausibel, sind durch Quellen nicht belegbar, führen aber ein hartnäckiges Eigenleben. Fest steht, dass der Außerkraftsetzung der zentralen Dienstseinheit mehr als nur symbolische Bedeutung zukam. Seit November hatte sich die Auseinandersetzung um die Zu-

⁸³ Vgl. Thaysen, *Der Zentrale Runde Tisch*, Bd. II, S. 367, 370. Zum Vergleich: Die Kriminalpolizei hatte zum gleichen Zeitpunkt insgesamt 8.443 Mitarbeiter; ebd., S. 372.

⁸⁴ Dokument Nr. 18; Gill/Schröter, *Das Ministerium für Staatssicherheit*, S. 185f.; Schult, *Der „Sturm“ auf die Stasi-Zentrale*, S. 52.

⁸⁵ Vgl. exemplarisch Dokument Nr. 19, in dem sich viele der relevanten Gerüchte wiederfinden oder zumindest angedeutet werden.

kunft der Geheimpolizei hingezogen und zu einer beständigen Polarisierung zwischen Reformkräften und Systemstützen geführt. Zwar hatte die Regierung wenige Tage zuvor eingelenkt, doch zeigte Modrows Auftritt am Runden Tisch, dass er noch immer glaubte, die frühere Monopartei und die von ihr geführte Regierung seien die wichtigsten „Garanten von Handlungsfähigkeit sowie Ruhe und Ordnung im Lande“⁸⁶. Am 15. Januar erwies sich, dass dies ganz und gar nicht der Fall war.

Die Folgen waren nicht zu übersehen. Die Führung von SED-PDS ließ den Geheimdienst nun endgültig fallen, um die eigene Position nicht noch weiter zu gefährden. Zugleich wurde seine Dekonstruktion von Seiten der zivilgesellschaftlichen Gegenkräfte weiter forciert. Noch in der Nacht zum 16. Januar hatte sich auf dem besetzten Gelände ein Bürgerkomitee konstituiert, das die Abwicklung vor Ort überwachte. Kompetenzstreitigkeiten mit der AG „Sicherheit“ waren damit vorprogrammiert und sollten in der Zukunft für manch emotional geführte Auseinandersetzung sorgen. Der Runde Tisch Berlin, bisher zumeist eher moderat in Inhalt und Ton, forderte schon auf seiner nächsten Sitzung am 18. Januar lückenlose Aufklärung und drohte mit einem Warnstreik aller Betriebe der Stadt.⁸⁷ Am gleichen Tag wurde der Regierungsbeauftragte Koch abberufen und seinem Nachfolger, Peter Erler, wenige Tage später eine „Dreiergruppe“ aus den oppositionellen Vereinigungen des Zentralen Runden Tisches mit Kontrollberechtigung zugeordnet.⁸⁸ Seit den Nachtstunden des 15. Januar war die Frage nicht mehr, ob, sondern wie und wie schnell der Geheimdienst der DDR aufgelöst werden würde. Dabei rückte eine Frage immer mehr in den Mittelpunkt: Wie sollte mit den Hinterlassenschaften des Ministeriums für Staatssicherheit, insbesondere den gesammelten Informationen, umgegangen werden?

Vernichtung von Datenträgern: Februar 1990

Für die zahlreichen Besetzungen von Dienststellen des Amtes für Nationale Sicherheit ab Anfang Dezember 1989 hatte es vor allem einen Grund gegeben: die unkontrollierte Vernichtung der Aktenbestände. Spu-

⁸⁶ Thaysen, Der Runde Tisch, S. 64.

⁸⁷ Protokoll über die fünfte Tagung des Runden Tisches Berlin am 18.01.1990 im Grünen Saal des Berliner Rathauses, in: RHA, RTa 05.

⁸⁸ Vgl. Stüb, Staatssicherheit am Ende, S. 729-732.

ren sollten mit diesen Zerstörungsakten verwischt und eine zentrale Forderung der friedlichen Revolution, die Aufdeckung von Struktur und Arbeitsweisen des Geheimdienstes, konterkariert werden. Jetzt, da die Auflösung des Amtes entschieden war, rückte die Notwendigkeit in den Mittelpunkt, für den Umgang mit den Hinterlassenschaften des MfS geordnete Verfahren zu entwickeln. Vollständige Vernichtung oder bedingungslose Offenlegung des geheimen Materials – das waren die Extrempole, zwischen denen die Auseinandersetzung fortan pendelte.

Die staatlichen Stellen, durchdrungen von offiziellen und inoffiziellen Mitarbeitern des Geheimdienstes, hatten wenig Bereitschaft gezeigt, eine geordnete Nutzung der Unterlagen zu gewährleisten. Das konnte nur wenig verwundern, und die Folgen wirken bis heute nach. Denn indem Modrow als Ministerpräsident „ehemalige MfS-Offiziere, die bislang die Opposition bekämpft hatten, mit der Auflösung der Staatssicherheit beauftragte, bedeutete Auflösung in vielen Fällen nichts anderes, als dass Akten vernichtet, beiseite geschafft, kopiert oder gefälscht wurden.“⁸⁹

Doch statt einer zu erwartenden Protestwelle drehte sich im Februar 1990 auch in Teilen der Bürgerbewegung der Wind. Hintergrund dafür war die veränderte politische Lage, die nun immer mehr auf eine Vereinigung der beiden deutschen Staaten hindeutete. Am 1. Februar war selbst die SED-PDS auf diese Linie eingeschwenkt, als Modrow unter dem Titel „Für Deutschland, einig Vaterland“ seine Vorstellungen von einer Konföderation zwischen den zwei Ländern präsentierte.⁹⁰ Immer akuter wurde die Frage, was mit den Unterlagen des MfS passieren würde, sollte es tatsächlich zur deutschen Einheit kommen. Zusätzliche Brisanz erhielt diese Frage durch die oftmals gezielt geschürten Bedenken, westliche wie östliche Nachrichtendienste könnten in der gegenwärtigen Situation leicht Zugriff auf die Daten erhalten und sie für ihre eigenen Zwecke nutzen. Hier trafen sich plötzlich Interessen der alten Systemkräfte mit denen der Opposition. Denn diese hatte nicht zuletzt darum gestritten, den Herrschenden ihr unrechtmäßig erworbenes Wissen zu entziehen und seine weitere Verwendung zu verhindern. Nun drohte anscheinend abermals die Gefahr, dass die Informationen unkontrolliert Verbreitung finden würden. Die Idee einer endgültigen Aktenentsorgung erhielt daher erheblichen Auftrieb.

⁸⁹ Richter, Die Staatssicherheit im letzten Jahr der DDR, S. 180f.

⁹⁰ Vgl. ND, 2.2.1990, S. 1.

Schon am 8. Februar hatte der Ministerrat in einem Beschluss die Kontrollhoheit der Bürgerkomitees gestärkt und eine Vernichtung von „mehrfach vorhandenem und nicht mehr benötigtem Schriftgut“ mit ihrer Zustimmung gestattet.⁹¹ Aus den angeführten Gründen mehrten sich die Stimmen, die einen solchen Schritt befürworteten. Welchen Einfluss auf diese Entwicklung ehemalige wie aktuelle Mitarbeiter des MfS/AfNS ausübten, muss offen bleiben, fest steht jedoch, dass es einen solchen Einfluss gegeben hat.⁹² Nachdem am 12. Februar am Zentralen Runden Tisch erstmals offensiv die Zerstörung aller elektronischen Speichermedien verlangt wurde, die etwa sechs Millionen Datensätze enthielten, erhoben in der folgenden Sitzung auch die AG „Sicherheit“ und die AG „Recht“ derartige Forderungen.⁹³ Der Runde Tisch stimmte dem nach einiger Diskussion zu; die Vernichtung der Datenträger konnte beginnen. So verständlich die Vorgehensweise vor dem Hintergrund der zeitgenössischen Bedenken auch erscheint, so sehr hat sich inzwischen doch gezeigt, dass es sich hierbei keineswegs um eine unproblematische Entscheidung handelt. Abgesehen vom letztlich nicht messbaren Einfluss der „alten“ Kräfte auf die Vernichtung von Herrschaftswissen, hat sich insbesondere die Annahme als Trugschluss erwiesen, bei den beseitigten Informationen habe es sich durchgängig um Duplikate gehandelt. Die elektromagnetischen Datenträger waren aus zwei Gründen in den Mittelpunkt des Interesses gerückt: Sie ermöglichten (anders als die Aktenbestände) einen relativ einfachen Zugriff auf personenbezogene Daten, und sie galten als Kopie von Karteien im MfS-Archiv. Vor allem das Staatliche Komitee zur Auflösung des Geheimdienstes hatte diesen Eindruck befördert. Inzwischen hat sich jedoch herausgestellt, dass dies nicht den Tatsachen entspricht. Zahllose Informationen sind damit unwiderruflich verloren. Weitergehende Forderungen zur Aktenvernichtung, wie sie etwa Anfang März vom Schweriner Bürgerkomitee erhoben wurden, fanden hingegen keine Mehrheit, so dass der Schaden begrenzt blieb. Die Magnetbänder mit den Namen der Mitarbeiter der Hauptverwaltung

⁹¹ Beschluss des Ministerrates 13/4/90 vom 8.2.1990 über weitere Maßnahmen zur Auflösung des ehemaligen Amtes für Nationale Sicherheit, in: BArch, DO 104/9.

⁹² Süß, Staatssicherheit am Ende, S. 732-737.

⁹³ Dokument Nr. 20. Wenig später entsprach auch der Ministerrat diesen Forderungen; vgl. Beschluss 16/I. 6/90 des Ministerrates vom 26.2.1990 zur Vernichtung aller magnetischen Datenträger des ehemaligen MfS/AfNS mit personenbezogenen Daten, in: BArch, DO 104/9.

Aufklärung sowie der inoffiziellen Mitarbeiter des MfS wurden freilich endgültig zerstört – unter Anwesenheit der Presse erfolgte ihre Vernichtung und war vor der letzten Sitzung des Zentralen Runden Tisches am 12. März abgeschlossen.⁹⁴

Neben der umstrittenen Frage der Datenvernichtung schritt die Abwicklung der MfS-Nachfolgeorganisationen zügig voran. Inzwischen war der 30. März 1990 als Enddatum dieses Prozesses festgelegt und dementsprechende Maßnahmen eingeleitet worden. Bereits am 1. Februar hatte die Regierung aufgrund umfangreicher Proteste die zusätzlichen Überbrückungsgelder für ausscheidende Mitarbeiter endgültig zurücknehmen müssen; vier Tage später war eine „Regierung der Nationalen Verantwortung“ gebildet worden, in der auch acht Minister ohne Geschäftsbereich aus den oppositionellen Vereinigungen vertreten waren. Das erhöhte den Druck zur Demokratisierung, denn die noch immer von der PDS⁹⁵ geführte Staatsmacht musste deren politische Ziele nun stärker als bisher in Rechnung stellen. Am 8. Februar war das bereits erwähnte staatliche „Komitee zur Auflösung des ehemaligen Amtes für Nationale Sicherheit“ gegründet worden, und Bürgerkomitee wie AG „Sicherheit“ des ZRT hatten ihre Arbeit auf dem Gelände an der Normannenstraße aufgenommen. Bereits Ende Januar war dort ein Runder Tisch initiiert worden, der zwischen Geheimdienstlern und Bürgerrechtlern vermittelte. Auch hier zeigten sich die allgegenwärtigen Probleme, die mit der Auflösung verbunden waren: „Die Mitglieder der Bürgerkomitees waren Laien, um nicht zu sagen Dilettanten. Ihnen gegenüber saßen General Engelhardt und weitere Offiziere des MfS, also Profis. Außerdem bestand der Verdacht, dass der Staatssicherheitsdienst seine Leute in die Bürgerkomitees eingeschleust habe, was sich auch später bestätigt hat.“ Und auch in der Zentrale waren die Spuren der unkontrollierten Datenvernichtung unübersehbar: „Große Mengen Beweismaterial waren offensichtlich vernichtet worden. Da die Verbrennungsöfen die großen Aktenmengen nicht sämtlich vernichten konnten, waren Akten im Hof einfach übereinander geschichtet und immer wieder mit Wasser übergossen worden. Es hatte

⁹⁴ Gill/Schröter, Das Ministerium für Staatssicherheit, S. 221-225; Richter, Die Staatssicherheit im letzten Jahr der DDR, S. 180-186.

⁹⁵ Seit Anfang Februar hatte die Nachfolgeorganisation der Monopolpartei stillschweigend begonnen, das Kürzel „SED“ aus ihrem Namen zu streichen.

sich ein nicht mehr zu entwirrender, beinahe betonfester Berg gebildet.“⁹⁶

Doch trotz der zahllosen Schwierigkeiten, trotz der Rückzugsgefechte der Geheimdienst-Mitarbeiter und trotz der begrenzten Bereitschaft des Staatlichen Komitees, seiner Arbeit mit aller Entschlossenheit nachzugehen, ließ sich der in Gang gekommene Prozess nicht mehr aufhalten. Bis zum 13. Februar waren von den 33.121 Mitarbeitern der zentralen Dienstseinheit 19.874 entlassen, das Bezirksamt Schwerin war bereits gänzlich abgewickelt und in den anderen Bezirken betrug der Anteil der Entlassenen etwa 80 Prozent.⁹⁷ Selbstredend verliefen die Auflösung und die Freisetzung der Kräfte nicht ohne Probleme und Fehlentwicklungen. Zahllose frühere Mitarbeiter des MfS fanden im Staatsdienst Unterschlupf oder gründeten mit Guthaben ungeklärter Herkunft neue Existenzen. Gelder wurden verschoben; es bildeten sich „Seilschaften“, die auf offiziellen und inoffiziellen Wegen ihre Interessen zu wahren suchten. Aber schon aufgrund der genannten Zahlen musste die Auflösung bis dahin als Erfolg gewertet werden. Noch ein halbes Jahr zuvor war der Staatssicherheitsdienst unantastbar erschienen, nun wurde er unter zu meist demokratischer Kontrolle abgewickelt.

Auch die Auflösung der entsprechenden Strukturen und Objekte im Berliner Stadtgebiet schritt voran. Am 30.1.1990 hatte sich am Runden Tisch Berlin eine AG „Sicherheit“ gebildet, der nun die weitere operative Arbeit oblag. 425 Grundstücke des vormaligen MfS/AfNS mit darauf befindlichen Wohnungen waren bis dahin an die Räte der Stadtbezirke übergeben worden, die über die weitere Nutzung zu entscheiden hatten. Bei den verbliebenen 225 Liegenschaften wurde die zukünftige Verwendung geprüft. Hinzu kamen etwa 1.200 „konspirative Objekte“, über deren weitere Zukunft noch entschieden werden musste. Bis Mitte Februar waren von der Zentrale 51 Prozent der Kraftfahrzeuge an neue Eigentümer übergeben, die Fernsprechanlage an die Deutsche Post übertragen und die Akten von acht Dienstseinheiten in Vorgriff auf ein kommendes Archiv „beräumt“. Und auch die Abwicklung des Bezirksamtes sowie der Kreisämter schritt unübersehbar voran, bereits Anfang März konnte

⁹⁶ Joachim Rissmann, Wenn das Volk anfängt zu lachen, in: Winter, Die Moderatoren der Runden Tische, S. 188-190, Zitate S. 188.

⁹⁷ Bericht über den Stand der Auflösung des zentralen AfNS vom 13.2.1990, in: RHA, RTa 09; Richter, Die Staatssicherheit im letzten Jahr der DDR, S. 186.

ihre vollständige Auflösung (bis auf einen Restbestand an Akten) vermeldet werden.⁹⁸

Schlusspunkte: März 1990

Trotz heftiger Gegenwehr von Seiten ehemaliger Geheimdienstler erfolgte am 8. März ein weiterer wichtiger Schritt auf dem Wege zur Auflösung der konspirativen Strukturen. Laut Beschluss des Ministerrates galten ab jenem Tag für die *inoffiziellen* Mitarbeiter „alle mündlich oder schriftlich abgegebenen Verpflichtungen gegenüber dem ehemaligen MfS/AfNS [als] gegenstandslos.“ Jegliche weitere Tätigkeit in diesem Sinne wurde zugleich untersagt und unter Strafe gestellt. Schon im Februar waren die hauptamtlichen Mitarbeiter von ihrer Schweigepflicht entbunden worden, nun wurde einer weiteren Säule der geheimdienstlichen Arbeit die Grundlage entzogen.⁹⁹ Damit sollte eine zentrale Forderung der friedlichen Revolution, die Offenlegung der Strukturen und Arbeitsweisen des MfS, nachhaltig befördert werden. Denn wenn man dem Geheimdienst das Geheime nahm, musste er zwangsläufig seine Bedeutung verlieren und (bis zu einem gewissen Grade) seine Eigenheiten offenbaren. Die praktische Umsetzung dieser Überlegung erwies sich als viel schwieriger als erwartet und sorgt bis heute für Konflikte, doch wurden mit der Aufhebung der Schweigepflicht für die IM wichtige Vorbedingungen für die kommende Auseinandersetzung mit dem MfS und seinen Nachfolgern geschaffen.

Bestimmend für die weitere Entwicklung war nun vor allem die bevorstehende Wahl der Volkskammer. Ursprünglich für den 6. Mai 1990 geplant, hatten sich Regierung und Opposition bereits Ende Januar auf eine Vorverlegung auf den 18. März geeinigt, da die drängenden Probleme immer mehr anwuchsen und nur durch ein frei gewähltes Parlament und eine ebensolche Regierung gelöst werden konnten. Sechs Tage vor der

⁹⁸ Ebd.; Bericht über den Stand der Vergabe ehemaliger Grundstücke und Objekte des ehemaligen Amtes für Nationale Sicherheit, per 26.4.1990, in: RHA, RTa 18. Zum Stand der Auflösung des Bezirksamtes vgl. Dokument Nr. 21.

⁹⁹ Beschluss 17/21/90 des Ministerrates vom 8.3.1990 zur Aufhebung der Verpflichtungen inoffizieller Mitarbeiter des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit, in: BArch, DO 104/9; Proteste dagegen in: ebd., DO 104/7. Zu den hauptamtlichen Mitarbeitern: Beschluss des Ministerrates 13/4/90, Anlage 4, vom 8.2.1990.

Wahl trat der Zentrale Runde Tisch zu seiner 16. und letzten Sitzung zusammen. In einer Zeit rasanten Autoritätsverfalls staatlicher Strukturen hatte er als eine der wichtigsten Institutionen den friedlichen Wandel begleitet, dabei vor allem als Mediator zwischen den oftmals konträren politischen Zielsetzungen fungiert und immer wieder wichtige Impulse gegeben – nicht zuletzt für den umstrittenen Umgang mit dem Geheimdienst. In seiner ersten Sitzung am 7. Dezember 1989 hatten die Teilnehmer beschlossen, derartige Aufgaben bis zur nächsten, dann demokratischen Wahl wahrzunehmen; dieser Zeitpunkt war jetzt gekommen. Als achter Tagesordnungspunkt stand am 12. März letztmalig die Auflösung des Amtes für Nationale Sicherheit auf der Agenda. Dazu legte die AG „Sicherheit“ ihren Abschlussbericht vor. Das Fazit fiel durchaus positiv aus: „Das ehemalige MfS/AfNS ist nicht mehr arbeitsfähig. Es werden von ihm keine Telefongespräche mehr abgehört, keine Post kontrolliert, keine Personen observiert.“ Der noch vor kurzem nahezu allmächtige Apparat hatte seine Bedeutung verloren. Die Auflösung der Kreisämter sei vollständig, die der Bezirksämter wesentlich abgeschlossen. In kaum mehr als einem Vierteljahr seien in den Bezirken 96 Prozent und in der Zentrale 87 Prozent aller Mitarbeiter entlassen, fast 2.000 Dienstobjekte an neue Nutzer übergeben und etwa 7.500 laufende Meter Akten im Zentralarchiv eingelagert worden. Dessen ungeachtet sprach der Bericht eine deutliche Warnung aus: „Allerdings kann nicht ausgeschlossen werden, dass kleine Gruppen noch aktiv sind. Auch lässt sich nicht sagen, ob noch Strukturen existieren, die uns nicht bekannt sind. Deshalb sind Wachsamkeit und ein gesundes Misstrauen auch in Zukunft berechtigt.“ Es sollte sich durchaus erweisen, dass diese Vermutungen nicht unberechtigt waren.¹⁰⁰

Umstritten blieb weiterhin die Frage, wie in Zukunft mit den Akten des Staatssicherheitsdienstes verfahren werden sollte. Noch war deren genauer Inhalt weitgehend unbekannt. Zugleich traten die Befürchtungen immer deutlicher zu Tage, eine Offenlegung könnte den gesellschaftlichen Frieden nachhaltig stören und zu einem Klima aus endlosen Verdächtigungen, Zerwürfnissen oder gar Selbstjustiz führen.¹⁰¹ Die AG „Si-

¹⁰⁰ Bericht der Arbeitsgruppe „Sicherheit“ vor dem Zentralen Runden Tisch der DDR, 12.3.1990, in: Thaysen, Der Zentrale Runde Tisch, Bd. IV, S. 1.113-1.119; verschiedene Entwürfe in: BArch, DO 104/22.

¹⁰¹ Zu fragen bleibt hier (wie schon bei der Vernichtung der elektromagnetischen Datenträger), ob und in welchem Umfang derartige Ängste bewusst geschürt wurden, um eine Vernichtung der Akten zu forcieren.

cherheit“ machte dazu, gestützt auf eine „Trendabstimmung innerhalb der Bürgerkomitees“, einen dreistufigen Vorschlag, der aber „keinesfalls [als] eine vorweggenommene Entscheidung“ betrachtet werden dürfe. Er lief darauf hinaus, dass mittelfristig alle personenbezogenen Datenträger und sonstigen Unterlagen vernichtet werden sollten. Auf dem schwierigen Weg zum so genannten Stasi-Unterlagen-Gesetz des Jahres 1991 sollte dieser radikale Vorschlag, der ohne Zweifel zu einem umfassenden Informationsverlust geführt hätte, keine Mehrheit mehr finden, zunächst jedoch stand er als prominenter Vorschlag im Raum.¹⁰²

Der März 1990 hatte noch einige Überraschungen zu bieten. Die Volkskammerwahl erbrachte mit 48,1 Prozent der Stimmen für die konservative „Allianz für Deutschland“ unter Führung der CDU ein unerwartet klares Votum für eine schnelle Vereinigung der beiden Staaten, mit Wolfgang Schnur und Ibrahim Böhme wurden die ersten prominenten inoffiziellen Mitarbeiter des MfS bekannt, und auch der neue Ministerpräsident, Lothar de Maizière, einer möglichen Geheimdienst-Tätigkeit verdächtigt. Vertreter des Bürgerkomitees Erfurt offenbarten Pläne der Staatssicherheit, führende Oppositionelle in Internierungslager zu sperren, in zahlreichen Städten kam es zu Demonstrationen gegen eine mögliche Generalamnestie für frühere MfS-Angehörige und immer heftiger tobten die Auseinandersetzungen um eine diesbezügliche Überprüfung der neuen Volkskammer-Abgeordneten.¹⁰³

Die Frage der staatlichen Einheit drängte andere Themen zunehmend in den Hintergrund. Gleichwohl ging die Abwicklung der MfS-Nachfolgeeinrichtungen weiter. Da sich die Einsetzung eines gesonderten Volkskammer-Ausschusses verzögerte, setzte das Bürgerkomitee in der Normannenstraße, das ursprünglich zum 30. März 1990 von seinen Aufgaben entbunden werden sollte, seine Tätigkeit vorerst fort. Am 12. April legte das staatliche Komitee zur Auflösung des Amtes für Nationale Sicherheit einen neuerlichen Bericht über den Stand der Dinge vor. Hier konnte nun festgehalten werden: „Sämtliche Dienstverhältnisse sind beendet.“¹⁰⁴ Wie vorgesehen, hatte das Amt per 30. März endgültig aufgehört zu existieren. Doch es gab eine Ausnahme: die Hauptverwaltung

¹⁰² Ebd., S. 1.117, 1.121. Allg. zum Stasi-Unterlagen-Gesetz vgl. Silke Schumann, Vernichten oder Offenlegen? Zur Entstehung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes. Eine Dokumentation der öffentlichen Debatte 1990/1991, Berlin 1995.

¹⁰³ Vgl. Mählert, Kleine Geschichte der DDR, S. 169-184.

¹⁰⁴ Vgl. Dokument 22.

Aufklärung, die vorrangig für die Auslandsspionage zuständig, aber auch (was zu diesem Zeitpunkt kaum jemand wusste) gegen Oppositionelle im Inneren der DDR zum Einsatz gekommen war. Ihr war als einziger Diensteinheit des MfS das Kunststück gelungen, gegenüber den zivilgesellschaftlichen Kontrollorganen eine Selbstaflösung durchzusetzen. Insbesondere die falsche Behauptung, man habe nur nach außen gewirkt und sei damit ein „normaler“ Geheimdienst gewesen, führte zu dieser – wie man heute feststellen muss – Fehlentscheidung. Auch der frühere Chef der Hauptverwaltung, der überaus eloquente Markus Wolf, hatte wesentlich und willentlich an jenem Zerrbild mitgearbeitet. Der deutlich verringerte Personalbestand der HVA nutzte den gegebenen Spielraum skrupellos aus: Gelder wurden verschoben, Firmen gegründet, Grundstücke verschachert, und Mitarbeiter bereicherten sich auf jede nur erdenkliche Art. Nicht zuletzt ging die Vernichtung der eigenen Akten mit Hochdruck weiter. Doch am 31. Juni 1990 war auch hier Schluss – inwiefern Strukturen unterhalb der offiziellen Ebene erhalten blieben, ist bis heute nicht endgültig geklärt.¹⁰⁵

Schon am 10. Mai 1990 hatte die vom Runden Tisch Berlin eingesetzte Arbeitsgruppe „Sicherheit“ ihren Abschlussbericht vorgelegt. Ihr Resümee fiel jedoch weit weniger positiv aus als das der gleichnamigen AG des Zentralen Runden Tisches. Im April hatte der RTB wegen der gestörten Zusammenarbeit die sofortige Absetzung des Leiters des Komitees zur AfNS-Auflösung, Günter Eichhorn, gefordert.¹⁰⁶ Nun bemängelte die AG abermals die fehlende Bereitschaft staatlicher Stellen, die Abwicklung des Geheimdienstes mit allem Nachdruck zu betreiben. Schlimmer noch: Die Anzeichen mehrten sich, so vermerkte der Bericht, dass ehemalige Mitarbeiter in wachsender Zahl Anstellungen in staatlichen oder kommunalen Institutionen antreten und dabei andere Mitarbeiter verdrängen würden. „So wurde fast täglich die Lage einiger Bürger geschildert, die in ihrem Betrieb oder ihrer Einrichtung unverständliche Einstellungen von Personen registrierten. So gab es u.a. Einstellungen bei der Post, Banken, KWV, die auch komplette Objekte mit Personal übernommen haben. [...] Es geht nicht um Einstellungen von ehemaligen Mitarbeitern des MfS in normalen Arbeitsabläufen, nein, gemeint sind

¹⁰⁵ Abschlussbericht über die Auflösung der ehemaligen HVA vom 25.6.1990, in: BArch, DO 104/13; Richter, Die Staatssicherheit im letzten Jahr der DDR, S. 200-207.

¹⁰⁶ Schreiben des RTB vom 19.4.1990 an den Ministerrat und die Volkskammer der DDR, in: RHA, RTa 19.

Einstellungen, wo einige Bürger aus ihren Erfahrungen der eigenen Betriebsstruktur feststellen, alte Mitarbeiter werden überflüssig, ehemalige Mitarbeiter des MfS werden aber neu eingestellt und können sogar Leitungsfunktionen übernehmen, oder sogar – wie bei der Post – Zutritt zu allen Einrichtungen mit Telefonanlagen haben.“¹⁰⁷ Weitere Kritikpunkte, die der Abschlussbericht vermerkte, umfassten die noch immer enge Verflechtung zwischen der früheren Staatspartei und dem Staatssicherheitsdienst („alten Strukturfilz“), undurchsichtiges Finanzgebaren, unkontrollierte bzw. unkontrollierbare Aktivitäten früherer MfS-Mitarbeiter und die mutmaßliche Selbstaflösung einzelner Diensteinheiten. Doch auch wenn die Lageeinschätzung weitgehend negativ blieb, es gab durchaus Gründe für ein positives Fazit. Denn: Auch in Berlin waren – bis auf die HVA – die Einheiten des Geheimdienstes (offiziell) aufgelöst und die Strukturen zumindest so weit zerstört, dass eine Reorganisation des Apparates nicht mehr zu befürchten stand. Das Ministerium für Staatssicherheit und seine Nachfolgeeinrichtungen hatten aufgehört zu existieren.

¹⁰⁷ Abschlussbericht der Arbeitsgruppe Sicherheit des RTB vom 10. Mai 1990, in: RHA, RTa 20.

5. Resümee

Mehr als 40 Jahre hatte die SED an ihrer „Diktatur des Proletariats“ gearbeitet und nahezu ebenso lange ihren Willen gegen jede Art von Widerstreben durchsetzen können. Dabei schwankte sie immer wieder zwischen Zugeständnissen und dogmatischer Härte; als unerlässliches Machtinstrument diente zu jeder Zeit das Ministerium für Staatssicherheit. Die Beziehungen zwischen der Monopolpartei und ihrer Geheimpolizei waren durchgängig symbiotisch: das MfS sorgte wesentlich für die Stabilität der Herrschaftsbeziehungen, und die Partei garantierte ihrerseits die fortwährende Daseinsberechtigung der Staatssicherheit. Die Existenz der einen Organisation ohne die andere war (und ist) schlichtweg nicht denkbar. Dennoch wäre es verfehlt, hier von einer gleichberechtigten Partnerschaft zu sprechen. Der Führungsanspruch der Partei wurde zu keinem Zeitpunkt in Frage gestellt – am allerwenigsten von den Protagonisten auf beiden Seiten. Erich Mielke, mit führenden Funktionen in SED und MfS bestallt, machte das abermals deutlich, als er seinen sowjetischen Kollegen Schebarschin im April 1989 mit Fragen konfrontierte, die ihn offensichtlich zutiefst bewegten: „Was sollen solche Äußerungen, dass die Armee und die Sicherheitsorgane ohne politische Führung durch die Partei sein sollen? Vielleicht ist dies ein Gedanke zur Festigung der Arbeiter- und Bauernmacht? Nach welchen Grundlagen sollen denn Armee und Sicherheitsorgane arbeiten, wenn man dies von einer offiziellen Bühne aus verkünden kann? Was ist das für ein Pluralismus? Vielleicht bin ich ein Analphabet?“¹⁰⁸

Analphabet war der greise Minister sicher nicht, doch unterlag sein Weltbild engen Grenzen. Die von ihm erträumte Gesellschaft bestand aus Freunden und Feinden, aus Weiß und Schwarz. Dazwischen gab es nur wenig, und diese Wahrnehmung wurde von nahezu der gesamten politischen Führung der DDR geteilt. Im Verlauf des Jahres 1989 erwies sich ein solches Koordinatensystem jedoch als immer weniger geeignet, die komplexe Realität zu erfassen. Veränderungen wären dringend angebracht gewesen – doch die Partei zeigte sich unfähig, in der akuten Krisensituation neue Herrschaftsstrategien zu entwickeln. So wurde sie, die sich selbst als Motor der gesellschaftlichen Entwicklung verstand, immer mehr zur Getriebenen. Unübersehbar trat zu Tage, dass der gesamte marode Machtapparat nicht in der Lage war, auf die wachsenden Heraus-

¹⁰⁸ Süß, Erich Mielke, S. 21.

forderungen zu reagieren. Damit aber beschleunigte er seinen Untergang. Denn je mehr das eigene Unvermögen offenbar wurde, umso weniger war die Bevölkerung gewillt, den fortwährenden Zukunftsversprechungen Gehör zu schenken. Die „Gleichgültigen“ verloren ihre Lethargie und traten mit immer neuen Forderungen an die Öffentlichkeit. Damit aber verliehen sie der seit Jahren aktiven Bürgerbewegung einen Schwung, der letztlich zum Ende der DDR führen sollte.

Über mehrere Jahrzehnte hinweg hatte die SED ihren Führungsanspruch geltend gemacht, daher war zunächst sie es, die den Unmut des Volkes zu spüren bekam. Bedingungslos an die Richtigkeit ihrer „historischen Mission“ glaubend, beharrte die Spitze der Einheitspartei lange auf den überlieferten Glaubenssätzen und reagierte dann zu spät und zu zögerlich, um Akzeptanz zu finden. In ritualisiertem Handeln erstarrt, demokratisch nicht legitimiert und ökonomisch am Ende, schlingerte sie dem Abgrund entgegen. In diesen Strudel riss sie auch ihren Geheimdienst. Seine Auflösung war nicht zuletzt dem bedingungslosen Unterstellungsverhältnis geschuldet, das die Beziehung beider Apparate zueinander charakterisierte. Ohne das entschiedene Agieren der zivilgesellschaftlichen Gegenkräfte wäre das MfS nicht so schnell aufgelöst worden – ohne die Erosion der Macht hätte es sich nicht so widerstandslos in sein Schicksal gefügt. Die verzweifelten Versuche, sich zumindest partiell von der Partei abzugrenzen oder diese zum Handeln zu bewegen, blieben dabei kaum mehr als eine Episode. Zehntausende von Geheimdienst-Mitarbeitern akzeptierten ohne nennenswerte Gegenwehr ihre Demission. Allein das stellt eine herausragende Leistung der friedlichen Revolution von 1989/90 dar. Freilich wäre es naiv zu glauben, dass damit alle relevanten Strukturen auf einen Schlag beseitigt worden wären; die alten Verbindungen rissen selbstredend nicht sofort ab. Doch sie spielten keine entscheidende Rolle mehr. Und trotz aller Unzulänglichkeiten des Auflösungsprozesses, trotz aller Enthüllungsgeschichten, die auch jetzt noch regelmäßig zu lesen sind, und trotz aller „Veteranenverbände“, die sich inzwischen gebildet haben mögen – die Abwicklung des riesigen Apparates kann und muss insgesamt als Erfolg gewertet werden.

In Berlin verlief diese Abwicklung aus den genannten Gründen sehr spezifisch. Die weit verbreitete Annahme, dass erst der „Sturm“ auf die MfS-Zentrale am 15. Januar 1990 eine gezielte Demontage des geheimdienstlichen Apparates hervorgebracht hätte, ist jedoch nachweislich falsch. Wie überall im Land, so lassen sich derartige Bestrebungen auch in der damaligen Hauptstadt schon seit Anfang Dezember 1989 nachwei-

sen. Die Kreisämter und das Bezirksamt waren seit spätestens Mitte des Monats einer öffentlichen Kontrolle unterworfen – mit allen Unzulänglichkeiten, die sich auch in anderen Städten finden. Die Zentrale hingegen arbeitete weiter. Zwar hatte es auch hier bereits zahlreiche Aktivitäten gegeben, den Umschwung jedoch erbrachte tatsächlich erst der 15. Januar. Gleichwohl wird gerade an diesem Beispiel deutlich, dass auch 15 Jahre nach der friedlichen Revolution viele Fragen offen sind. Die vielfältigen Handlungsmotivationen der inhomogenen Akteursgruppen sind bis heute ebenso wenig systematisch erfasst wie die Wechselbeziehungen zwischen Berlin und den Regionen. Andere Forschungsdesiderate ließen sich anführen, insgesamt aber gilt: Die weitgehend unerwartete Erosion der Macht, die nicht zuletzt das Ministerium für Staatssicherheit innerhalb kürzester Zeit hinwegfegte, wird sich erst dann hinreichend erklären lassen, wenn die Forschung zu diesem Thema weiter intensiviert wird.

6. Dokumentenanhang

Zu den Dokumenten

Die vorliegende Edition umfasst 22 Dokumente aus den Jahren 1950 bis 1990. Da der Schwerpunkt auf dem Erosionsprozess der Jahre 1989/90 liegt, finden sich für die davor liegende Zeit nur einige wenige Schlüsseldokumente. Aus inhaltlichen wie editorischen Gründen wurde darauf verzichtet, alle Schriftstücke in voller Länge wiederzugeben. Kürzungen sind mit eckigen Klammern gekennzeichnet, Einfügungen des Herausgebers ebenso. Orthographie und Grammatik wurden den Regeln der neuen Rechtschreibung angepasst, offensichtliche Fehler stillschweigend korrigiert.

Die Reihenfolge der Dokumente folgt der Chronologie des voranstehenden Textes. Da dort auf alle Dokumente Bezug genommen wird und so bereits ihre Einordnung in den Sachzusammenhang erfolgt, finden sich auf den nachstehenden Seiten keine weiteren Anmerkungen. Text und Dokumente bilden eine Einheit und sollten daher im besten Fall auch parallel gelesen werden.

Allen Archiven und Privatpersonen, die Hinweise gegeben und bereitwillig Material zur Verfügung gestellt haben, sei an dieser Stelle herzlich gedankt.

Verzeichnis der Dokumente

1. Gesetz über die Bildung des Ministeriums für Staatssicherheit vom 8.2.1950
2. Chronik der FDJ-Grundorganisation der Kreisdienststelle Pirna zum 30. Jahrestag der Bildung des Ministeriums für Staatssicherheit, 8.2.1980
3. Abschlussbericht zur Auflösung der Bezirksverwaltung Berlin des MfS, 1990
4. Informationen über beachtenswerte Ergebnisse der Sicherung der Durchführung der Kommunalwahlen am 7. Mai 1989
5. Hinweise zur Aktion „Jubiläum 40“, 3.10.1989
6. Entwurf eines Berichts über die bisherigen Ergebnisse der Überprüfung der Übergriffe der Sicherheitsorgane anlässlich der Demonstrationen im Zusammenhang mit dem 40. Jahrestag der DDR; Sitzung des Politbüros der SED am 16.11.1989
7. Ausführungen Erich Mielkes vor der Volkskammer zum Ministerium für Staatssicherheit, 13.11.1989
8. Erklärung des Kollegiums des Ministeriums für Staatssicherheit vom 15.11.1989
9. Aufruf des Neuen Forum vom 5.12.1989
10. Wortlaut eines Beitrags in der „Aktuellen Kamera“ vom 6.12.1989
11. Manuskript der Sendung Elf 99 – spezial: „Sesam öffne dich“ – Mitarbeiter für nationale Sicherheit sagen aus, 7.12.1989
12. Beschluss des Ministerrates über die Bildung des Nachrichtendienstes der DDR und des Verfassungsschutzes der DDR, 14.12.1989

13. Festlegungsprotokoll über die Bildung eines Kontrollausschusses zur schrittweisen Auflösung des Bezirksamtes für Nationale Sicherheit Berlin, 17.12.1989
14. Sachantrag des RTB an den Oberbürgermeister Ost-Berlins, 21.12.1989
15. Erklärung von Bürgerinitiativen: „Staatsicherheit – und wie weiter?“, 25.12.1989
16. „Aufruf zum Handeln“ des Bezirksamtes für Nationale Sicherheit Gera, 9.12.1989
17. Stellungnahme der Bürgerkomitees der Bezirke zur Auflösung des AfNS vor dem Zentralen Runden Tisch, 15.1.1990
18. Ablaufdokumentation der Auflösung des MfS, Objekt Normannenstraße, 15.1. bis 22.1.1990
19. Erlebnisbericht zu den Vorgängen am 15.1.1990 am Ministerium für Staatsicherheit, Eingang Normannenstraße, 18.1.1990
20. Antrag der AG „Sicherheit“ und AG „Recht“ zur physischen Vernichtung magnetischer Datenträger des MfS/AfNS, 19.2.1990
21. 7. Bericht der Regierungskommission zur Auflösung des ehemaligen Bezirksamtes für Nationale Sicherheit Berlin, 21.1.1990
22. Bericht des Komitees zur Auflösung des Amtes für Nationale Sicherheit über den Stand der Auflösung des MfS/AfNS, 12.4.1990

Dokument Nr. 1

Gesetz über die Bildung des Ministeriums für Staatssicherheit

GBI. der DDR, Nr. 15, 21.2.1950

§ 1

Die bisher dem Ministerium des Inneren unterstellte Hauptverwaltung zum Schutze der Volkswirtschaft wird zu einem selbstständigen Ministerium für Staatssicherheit umgebildet. Das Gesetz vom 7. Oktober 1949 über die Provisorische Regierung der Deutschen Demokratischen Republik (GBI. S. 2) wird entsprechend geändert.

§2

Dieses Gesetz tritt mit seiner Verkündung in Kraft.

Berlin, den 8. Februar 1950

Dokument Nr. 2

Chronik der FDJ-Grundorganisation der Kreisdienststelle Pirna zum 30. Jahrestag der Bildung des MfS, 8.2.1980

BStU, MfS, BV Dresden, KD Pirna 70261

Zur Bildung des Ministeriums für Staatssicherheit

Auf Empfehlung des Zentralkomitees der SED beschloss am 08. Februar 1950 die provisorische Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik anlässlich ihrer 10. Sitzung das Gesetz über die Bildung des Ministeriums für Staatssicherheit.

Mit dem MfS entstand ein spezielles Organ des Proletariats, welches in der Lage ist und über alle Mittel verfügt, unter der Führung der SED gemeinsam mit den anderen staatlichen Organen und bewaffneten Kräften in enger Verbundenheit mit den Werktätigen die Arbeiter-und-Bauern-Macht und die revolutionäre Entwicklung gegen jede konterrevolutionäre Tätigkeit äußerer und innerer Feinde der DDR zu schützen sowie die innere Ordnung und Sicherheit allseitig zu gewährleisten. Das MfS war von Anfang an vor die verantwortungsvolle Aufgabe gestellt, unser sozialistisches Vaterland gegen alle feindlichen Anschläge zu sichern und zu schützen. Die konsequente Erfüllung der Aufgaben erforderte die Anwendung spezieller Mittel und Methoden bei der offensiven Bekämpfung der Feinde und rechtzeitigen Aufdeckung ihrer Pläne. Das Werden und Wachsen unseres Staates ist gekennzeichnet durch einen unversöhnlichen Klassenkampf gegen die Feinde des gesellschaftlichen Fortschritts. Die Errungenschaften unseres Volkes und der gesamten sozialistischen Staatengemeinschaft müssen tagtäglich geschützt werden.

Eine wichtige Aufgabe des MfS war und ist es, alle Absichten und Maßnahmen des Gegners rechtzeitig zu erkennen, aufzudecken und zu zerschlagen. Im Kampf gegen alle feindlichen Pläne, Absichten und Umtriebe leistet das MfS einen großen Beitrag im Kampf um die Erhaltung und Festigung des Friedens. Hervorragende Taten wurden auch durch die Mitarbeiter der Kreisdienststelle Pirna in den 30 Jahren des Bestehens des Organs bei der Aufklärung und Abwehr der gegen die DDR und die anderen sozialistischen Bruderstaaten gerichteten feindlichen und subversiven Ziele und Aktivitäten erbracht.

Dokument Nr. 3

Abschlussbericht zur Auflösung der Bezirksverwaltung Berlin des MfS, 1990*MDA, Bestand ASTAK, BK 20*

[...]

Struktur der ehemaligen BV Berlin des MfS

<u>Struktur-</u> <u>einheit</u>	<u>Aufgabe</u>	<u>Mitarbeiter</u> <u>(Stand</u> <u>29.11.89)</u>
Leitung der BV		4
BdL	Büro der Leitung	32
AgdL	Arbeitsgruppe der Leitung	22
OfS	Offiziere für Sonderaufgaben	22
Stab	Planung/Organisation	12
ZPL	Zentrale Parteileitung	10
AWK	Sicherung milit. Geheimnisträger, milit. Objekte; Abwehr gegnerischer Aktivitäten auf den Bereich Wehrorgane; Sicher- heitsüberprüfungen und Auswahl von Ka- dern für milit. Funktionen und Bereiche	5
II	milit., ökon. und politische Spionageab- wehr (7 Ref.)	63
III	Funkelektronischer Dienst (5 Referate)	48
VI	Kontrolle und Überwachung des grenz- überschreitend. Verkehrs; Sicherung touri- stischer Einrichtungen [...] (5 Referate)	55
VII	Vorbeugende Abwehr und operatives Zu- sammenwirken mit der VP und anderen Organen des MdI; Sicherung der Staats- grenze (5 Ref.)	91

		67
VIII	Dienstleistungsabt., Ermittlungen, Beobachtungen, Durchsuchungen, Festnahmen, Leitzentrum für Funkmitteleinsatz (9 Ref.)	280
IX	Untersuchungsabt. (in der UHA Pankow) (9 Ref.)	73
XI	Chiffrierabteilung; Instandhaltung	14
XII	Archiv; Koordinierung von Informat.-flüssen; Datenerfassung; Karteiarb. (3 Ref.)	28
XIV	Untersuchungshaftanstalt Pankow (3 Ref.)	79
XV	Auslandsaufklärung für BRD/WB; Staatsapparat; Parteien; Geheimdienste; wiss.-techn. Aufklärung (7 Ref.)	67
XVIII	Sicherung der Wirtschaft; Energieversorgung; Wasser- und Abwasserbehandlung; Brände, Havarien und Störungen (11 Ref.)	103
XIX	Sicherung der Reichsbahn; Nahverkehr; Kraftverkehr; Post- und Fernmeldewesen; Reichsbahn in WB (7 Ref.)	65
XX	operative Vorkommnisaufklärung zu Tatbeständen der anonymen und pseudonymen Staatsverleumdung; Bekämpfung der politischen Untergrundtätigkeit; Kirchenarbeit; Verhinderung des ungesetzlichen Verlassens der DDR (9 Ref.)	127
XXII	vorbeugende Verhinderung, Abwehr und Aufklärung von Terror- und Gewaltanwendung; Bearbeitung von Rechts- und Linksextremismus	12
AKG	Auswertungs- und Kontrollgruppe; Informationsverarbeitung und -speicherung; Lageeinschätzungen; Planung und Kontrolle für den Leiter der BV (5 Bereiche/eine Datenendstelle zum Zentralrech-	

	ner in der Normannenstraße)	59
BKG	Bezirkskoordinierungsgruppe; Koordin. der Übersiedlungs- und Ausreiseprobl.; Bekämpfung des kriminellen Menschen- handels	28
N	Nachrichtenabt.; techn. Dienste für Re- gierungsnachrichtenstation; Fernschrei- berdienst	47
AGG	Arbeitsgruppe Geheimschutz	11
OT	Operativtechnik	16
BCD	Bewaffnung und chemischer Dienst	9
KuSch	Kader- und Schulungsabteilung	76
Finanzen	Finanzabteilung	17
RD	Rückwärtige Dienste	179
MD	medizinischer Dienst	41
WSE	Wach- und Sicherungseinheit	45
	Unteroffiziere auf Zeit (wehrdienstpfl.)	137
[...]		

Dokument Nr. 4

Informationen über beachtenswerte Ergebnisse der Sicherung der Durchführung der Kommunalwahlen am 7. Mai 1989

BStU, ZA, ZAIG, Nr. 229/89

Die mit dem Ziel der vorbeugenden Verhinderung eines Wirksamwerdens feindlicher, oppositioneller u.a. negativer Kräfte, insbesondere von Kräften, die im Sinne von politischer Untergrundtätigkeit wirken, Mitgliedern sogenannter kirchlicher Basisgruppen und Antragstellern auf ständige Ausreise, anlässlich der Durchführung der Kommunalwahlen am 7. Mai 1989 durch das MfS unter Führung der Partei im engen Zusammenwirken mit den anderen Schutz- und Sicherheitsorganen, zuständigen staatlichen Organen sowie gesellschaftlichen Einrichtungen und Kräften eingeleiteten und realisierten differenzierten Aufklärungs- und Sicherungsmaßnahmen gewährleisteten am Wahltage im gesamten Territorium der DDR eine hohe staatliche Sicherheit und öffentliche Ordnung und Sicherheit.

Durch schwerpunktmäßig durchgeführte Vorbeugungs- und Kontrollmaßnahmen unter Führung der Partei, insbesondere auch durch gezielten Einsatz gesellschaftlicher Kräfte, wurden von o.g. Personenkreisen für den Wahltag angekündigte öffentlichkeitswirksame, provokatorisch-demonstrative Aktivitäten weitestgehend vorbeugend verhindert bzw. in ihrer Wirksamkeit eingeschränkt. Internen Hinweisen aus allen Bezirken der DDR zufolge wurden insbesondere Mitglieder sogenannter kirchlicher Basisgruppen und Antragsteller auf ständige Ausreise erkannt, die sich zur „Kontrolle“ bzw. „Überwachung“ der Wahlhandlungen und Stimmenauszählung in Wahllokalen befanden. Bezogen auf die Hauptstadt wurden derartige Personen festgestellt in Berlin-Prenzlauer Berg in 64 Wahllokalen, in Berlin-Friedrichshain in 44 Wahllokalen, in Berlin-Mitte in 23 Wahllokalen.

Die Personen machten sich in der Regel Aufzeichnungen über die durch die Wahlvorstände verkündeten Wahlergebnisse, zum Teil in vorgefertigte Formblätter. In Einzelfällen warfen sie den Wahlvorständen Wahlmanipulationen vor und verlangten, persönlich die Gegenstimmen auszählen zu dürfen. Derartige Provokationen wurden durch die Wahlvorstände zurückgewiesen, worauf die Personen kommentarlos die entsprechenden Wahllokale verließen.

Wie bisher streng intern bekannt wurde, sollen die Ergebnisse dieser „Kontrollen“ zumindest im Bereich der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche in Berlin-Brandenburg zentral ausgewertet werden.

Ersten Hinweisen zufolge fand, organisiert von der sog. Basisgruppe „Kirche von unten“, am 7. Mai 1989, ab 18.00 Uhr in der Berliner Elisabeth-Kirche eine sog. Wahlparty statt, an der zu unterschiedlichen Zeiten insgesamt ca. 270 Personen (alles Mitglieder von verschiedenen „kirchlichen Basisgruppen“ aus der Hauptstadt) und 9 in der DDR akkreditierte Korrespondenten aus der BRD teilnahmen [...]. Bei diesem Treffen erfolgte eine erste „Auswertung“ der Ergebnisse der Kommunalwahlen. Durch die jeweils ankommenden Personen wurden „Erlebnisberichte“ gegeben und vorgefertigte Formulare mit Feststellungen zur Stimmenauszählung in einzelnen Wahllokalen übergeben, die in zentrale Übersichten übertragen wurden. Anwesende bekannte Kräfte des politischen Untergrundes versuchten, die Wahlergebnisse als manipuliert darzustellen und verfassten ein dementsprechendes Flugblatt, das auf einem in den Kirchenräumen stationierten Ormig-Vervielfältigungsgerät in ca. 500 Exemplaren vervielfältigt wurde. Das Flugblatt soll am 8. Mai 1989 möglichst vielen „Basisgruppen“ zur Verfügung gestellt werden. Vom MfS wird gegenwärtig geprüft, mit welchen Maßnahmen gegen die Hersteller dieses Flugblattes vorgegangen werden kann. Es werden entsprechende Vorschläge unterbreitet.

Internen Erkenntnissen aus der Hauptstadt der DDR, Berlin, sowie allen Bezirken der DDR zufolge beteiligte sich eine erhebliche Anzahl der bekannten Antragsteller auf ständige Ausreise sowie der Kräfte des politischen Untergrundes nicht an den Kommunalwahlen. In Einzelfällen kam es durch diese Personen zum öffentlichen Zerreißen der Wahlscheine im Wahllokal bzw. nahmen sie die Wahlscheine ohne Wahlhandlung mit sich. [...]

Beachtenswert ist darüber hinaus eine durch ca. 70 Antragsteller auf ständige Ausreise am 7. Mai 1989 durchgeführte Fahrt auf einem Schiff der Berliner Weißen Flotte. Ein intern bekannt gewordener geplanter „Spaziergang“ dieser Personen nach der Schiffsfahrt in der Straße Unter den Linden erreichte nicht die vorgesehene Teilnehmerzahl. Auftretende kleinere Gruppen (2-3 Personen) standen ständig unter Kontrolle.

Dokument Nr. 5

Hinweise zur Aktion „Jubiläum 40“, 3.10.1989

BStU, ZA, ZAIG, Nr. B-217

Außerordentliche Kompliziertheit der politisch-operativen Lage, unter der die Aktion „Jubiläum 40“ durchgeführt werden muss, ist bekannt.

Plan der Maßnahmen, Befehle und Einsatzpläne sind darauf ausgerichtet – ausgehend von jüngsten Entwicklungen und Entscheidungen, der damit verbundenen Lageentwicklung, ständige Prüfung und evtl. Präzisierung erforderlich.

Besondere Beachtung und ständige Einschätzung erfordern

- die Wirkungen der massiven Hetz- und Verleumdungskampagne des Gegners auf die Haltung/Verhalten der Menschen im Inneren und daraus resultierende Gefahren der Durchführung von Gewalt-handlungen u.a. Provokationen;
- Entwicklung der innenpolitischen Situation, besonders durch Aktivitäten der feindlichen, oppositionellen Kräfte durch die zunehmende weitere Verschärfung der latenten und weiter wachsenden Unzufriedenheit, Verunsicherung in der Bevölkerung.

(In diesem Zusammenhang in Partei verbreitet Forderung, von Führung informiert zu werden.)

1. Pläne, Absichten feindlicher, oppositioneller Kräfte im Inneren:

- am 7.10.89 vorgesehene Konstituierung einer Initiative zur Gründung einer sozialdemokratischen Partei in der DDR – an weiterer Aufklärung wird gearbeitet, um entsprechende Zusammenkunft möglichst zu verhindern/stören;
- in der Erlöserkirche in Berlin-Lichtenberg am 6.10.89 im Rahmen einer sogen. Zukunftswerkstatt „DDR – wohin gehst du“ Bestrebungen, Propaganda für Sammelbewegung „Demokratischer Aufbruch“ (Eppelmann u.a. – siehe unsere Parteiinformation dazu) zu machen, vorbereitete Plattform zu diskutieren;
- auch Initiatoren/Organisatoren des „Neuen Forums“ wollen Aktivitäten fortsetzen – Aufgabe gestellt, vor allem Sammlung von Unterschriften, Verbreitung ihres Aufrufes zu unterbinden. [...]
- Plan der Kreise um Diakon Schatta (Kampagne gegen „Wahlbe-trug“), 7.10.89, 17.00 Uhr auf Alexanderplatz erneute Provokation zu organisieren versuchen (Flugblattverbreitung mit Aufrufen dazu).

2. Zu beachten sind auch zahlreiche Veranstaltungen in Kirchen bzw. kirchlichen Räumen in der Hauptstadt im Zeitraum 6./7. Oktober, die sich teilweise direkt mit dem 40. Jahrestag beschäftigen bzw. anderweitig politisch motiviert sind (Erlöserkirche Berlin-Lichtenberg, Elisabethkirche Berlin-Mitte, Evangelisches Gemeindezentrum Berlin-Hohenschönhausen/Diakon Schatta, Gethsemanekirche Prenzlauer Berg/„Mahnwache für politische Gefangene in der DDR“). Prüfung, bei Notwendigkeit noch gezielte Gespräche mit einzelnen kirchenleitenden Kräften zu führen, um evtl. erkennbare provokatorische Absichten zu verhindern. Konsequente Unterbindung, dass von derartigen Veranstaltungen öffentlichkeitswirksame provokatorisch-demonstrative Aktivitäten ausgehen; Zusammenrottung unmittelbar an diesen Objekten verhindern; nach Auflösung solche Personen weiter unter Kontrolle zu halten und erneute Zusammenrottung an anderen Orten verhindern.

3. Vor allem im Zusammenhang mit

- Anreise/Bewegung führender Repräsentanten
- Parade, Fackelzug, Volksfeste (besonders zentrales Volksfest in Berlin-Mitte)

zur konsequenten vorbeugenden Verhinderung

- provokatorisch-demonstrativer Aktivitäten / Zusammenrottungen
- Zeigen von Transparenten/Rufen von Losungen

durchgängige Sicherung der Handlungsräume, um jegliche Störfaktoren und -aktionen auszuschließen.

Gezielte Kontrolle bekannter feindlich-negativer Kräfte, um bei geringsten Hinweisen auf geplantes Wirksamwerden diese konsequent zu blockieren bzw. zuzuführen, bei entsprechenden Personen aus den Bezirken möglichst Anreise in Hauptstadt verhindern.

Durchführung umfassender Reisesperrmaßnahmen und Sonderfahndungen, um Einreisen von Personen von Westberlin aus, von denen Gefahren ausgehen können, zu unterbinden.

In größerem Umfang Zurückweisungen vorgesehen, dabei teilweise komplizierte Bedingungen, besonders auf GÜST Bahnhof Friedrichstraße – auf entsprechende Reaktionen einstellen. Am 6.12.89 Ankunft Gorbatschow – vollständige Sperrung vorgesehen. (Einreise von Blüm im Zusammenhang mit Düsseldorfer Gastspiel gestattet; Treffen mit Eppelmann ebenfalls gestattet.)

4. Besondere Beachtung, dass angesichts Lage erhöhte Gefahren von Provokationen gegen Staatsgrenze – sowohl von außen als von innen [...]

5. Sicherung der Volksfeste, besonders durch gesellschaftliche Kräfte, durch das politisch bewusste Auftreten aller progressiven Besucher gewährleisten.

Nochmals auf Maßnahmen hinsichtlich Verhinderung des Auftretens von Unterhaltungskünstlern, Moderatoren usw. im Sinne der Resolutionen/Aufrufe hinweisen; auf mögliche Zunahme [der] Versuche einstellen, mit provokatorischen Handlungen, provokatorischen Losungen, Störungen politisch progressiver Auftritte, rowdyhaften Handlungen, besonders auch gegen Sicherungskräfte, Verlauf zu stören.

Durchführung des Feuerwerks im Friedrichshain erfordert Räumung/Sperrung von Teilen des Friedrichshains unmittelbar nach Beendigung der Volksfeste/Veranstaltungen, um Sicherheit zu gewährleisten.

Gefahr von Zusammenstößen, Nichtverständnis für Maßnahmen. Alle Vorkehrungen treffen, damit im Zusammenhang mit Feuerwerk keine Gefährdungen von Personen und Objekten eintreten können.

6. Anreise der ausländischen Repräsentanten und Delegationen – kurze Zeitabstände der Ankunft und Fahrt vom Flugplatz zu Objekten erfordern straffes Regime und hohe Ordnung in allen entsprechenden Handlungsräumen. Ständige Kontrolle/Observation der Strecken erfolgt. 360.000 gesellschaftliche Kräfte zur Spalierbildung vorgesehen – Einweisung der Führungskräfte sei erfolgt. Gehe davon aus, dass diese durch entsprechende politische Vorbereitung auch erforderliche Disziplin wahren.

Dokument Nr. 6

Entwurf eines Berichts über die bisherigen Ergebnisse der Überprüfung der Übergriffe der Sicherheitsorgane anlässlich der Demonstrationen im Zusammenhang mit dem 40. Jahrestag der DDR; Sitzung des Politbüros der SED am 16.11.1989

SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2/2362

1. Im Spätsommer des Jahres 1989 spitzten sich infolge einer allgemeinen Fehleinschätzung der Lage, für die die damalige Parteiführung die Verantwortung übernommen hat, auch die Frage der Gewährleistung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit und der ihr entsprechenden Strafverfolgung zu. Es kam zu Versuchen, politische Konflikte mit polizeilichen Maßnahmen und mit dem Strafrecht zu lösen. Soziale Prozesse, die im Ergebnis der nichtbewältigten inneren Widersprüche entstanden, wurden kriminalisiert.

In dieser Situation kam es am 4. und 5. Oktober im Zusammenhang mit der aus heutiger Sicht unverständlichen Entscheidung, Sonderzüge aus der CSSR über das Territorium der DDR in die BRD zwecks Ausweisung von DDR-Bürgern einzusetzen, in Dresden zu Massenprotesten und Gewalttätigkeiten, bei denen Ruhe und Ordnung nur durch den Einsatz umfangreicher Kräfte der Sicherheitsorgane wiederherzustellen waren. Es kam zu Zuführungen und Festnahmen in bisher nicht praktiziertem Ausmaß. Gegen Gewalttäter wurden Strafverfahren durchgeführt.

Am 6., 7. und 8. Oktober kam es zu weiteren ungenehmigten Demonstrationen in Dresden, Berlin und anderen Städten, auf die mit polizeilichen Maßnahmen reagiert wurde.

Aus den Einsatzbefehlen des Präsidenten der Volkspolizei Berlin und der Chefs der BVDP ist ersichtlich, dass die Sicherungs- und Ordnungskräfte ihre Einsatzaufgaben unter allen Bedingungen ruhig, überlegt, exakt und sachlich zu erfüllen und den Missbrauch von Veranstaltungen und Ansammlungen, aus denen heraus Gewalttätigkeiten begangen bzw. angedroht werden, zu verhindern oder aufzulösen hatten. Das führte z. T. zu großräumigen Zuführungen; dadurch wurden auch Personen zugeführt, die unbeteiligt waren.

Vom 4. bis einschließlich 8. Oktober 1989 wurden 3.456 Personen – davon in Berlin 1.022 und in Dresden 1.303 – von den Sicherheitsorganen zugeführt. [...]

2. Im Zusammenhang mit den Ereignissen um den 7. Oktober kam es zu Übergriffen durch Angehörige der Sicherheitsorgane, insbesondere Tätlichkeiten und die Würde der zugeführten Personen verletzendem Verhalten im Gewahrsam und auch während der Zuführung.

Mitteilungen und Anzeigen über solche Vorkommnisse bezogen sich besonders auf die Zuführungspunkte Rummelsburg, Blankenburg, Weißensee, Hellersdorf, Marzahn, Prenzlauer Berg, Immanuelkirchstraße in Berlin und Kurt-Fischer-Allee, Strafvollzugseinrichtung Bautzen I im Bezirk Dresden.

Übergriffe bestanden vor allem in

- unnötigem Zwang gegenüber Personen, die zugeführt waren. In Gewahrsam befindlich, wurden Personen geschlagen, über lange Zeit zum Stehen z. T. in körperlich schmerzhaften Stellungen gezwungen, beleidigt und auch in anderer Weise erniedrigend behandelt;
- der Überschreitung gesetzlicher Fristen der Zuführung, was vielfach festzustellen ist. Personen, denen gegenüber erklärt worden war, dass sie weder strafrechtlich noch ordnungsstrafrechtlich verantwortlich seien, wurden dennoch festgehalten und an andere Orte überführt;
- ungesetzlichen erkennungsdienstlichen Maßnahmen gegenüber in Gewahrsam genommenen Personen.

Die Umstände zwingen zu der Schlussfolgerung, dass die hohe Zahl z. T. ungerechtfertigt zugeführter Personen nicht bewältigt wurde, woraus sich neue Zuspitzungen ergaben.

Die hohe Zahl der zugeführten Personen führte zu Staus, so dass sowohl auf Fahrzeugen, in Garagen und in anderen ungeeigneten Räumen Personen lange verblieben, z. T. ohne Sitzmöglichkeiten und unter unzureichenden sanitären Bedingungen. Erst nach längerer Zeit wurden die zugeführten Personen mit Getränken und Lebensmitteln sowie ärztlich versorgt.

Es bleibt festzustellen, dass exakte Festlegungen über den Gewahrsam und die Unterbringung von Personen in Gewahrsamsräumen nicht eingehalten wurden.

Eingaben und Anzeigen bestätigen, dass die mit der unmittelbaren Befragung zugeführter Bürger beauftragten Untersuchungsführer sachlich und korrekt arbeiten, um jene Personen zu ermitteln, die Gewalttätigkeiten begangen haben. In Ausnahmefällen, in denen Vernommene auf ungesetzliche Methoden bei der Vernehmung hinweisen, werden Untersuchungen geführt.

In einer Reihe von Fällen bestätigte sich der Verdacht strafbarer Handlungen durch Angehörige der Sicherheitsorgane. [...] Diese wurden in eindeutiger Befugnisüberschreitung begangen und werden derzeit gründlich untersucht.

Die Ermittlungen sind erschwert, weil

- bei der Vielzahl der Vorkommnisse die Feststellung, wer gehandelt hat, nicht zu gewährleisten ist;
- unterschiedliche Diensteinheiten im Einsatz waren und Handlungen nicht immer in ihrer zeitlichen Folge festzustellen sind;
- Anzeigerstatter oftmals nur unzureichende Angaben über Personen machen können, von denen sie geschlagen, beleidigt oder entwürdigend behandelt wurden;
- ein Teil der Anzeigen, Mitteilungen anonym eingingen, so dass die Geschädigten nicht korrekt befragt werden konnten.

Alle Überprüfungen stehen unter der Leitung des Generalstaatsanwaltes der DDR und erfolgen im Zusammenhang mit den anderen Untersuchungsorganen.

Bisher haben sich Bürger mit 414 Anzeigen und Mitteilungen, die Strafverdacht begründen, an die Staatsanwaltschaft und die Untersuchungsorgane gewandt. Schwerpunkte bilden Berlin mit 117 und Dresden mit 186. Außerdem liegt eine Reihe von Eingaben zu gleichen Sachverhalten vor.

Nach wie vor gehen neue Anzeigen ein.

Einbezogen wurden auch die von den Kirchenleitungen in Berlin und Dresden übergebenen Gedächtnisprotokolle, zu denen Namen und Adressen teilweise nachgereicht wurden.

Bisher wurden gegen 34 Personen Ermittlungsverfahren eingeleitet. Dabei wurde festgestellt, dass Befugnisüberschreitungen auch in unmittelbarer Anwesenheit von vorgesetzten Offizieren erfolgten, deren Verantwortlichkeit ebenfalls geprüft wird. [...]

Dokument Nr. 7

**Ausführungen Erich Mielkes vor der Volkskammer zum
Ministerium für Staatssicherheit, 13.11.1989**

Deutschland Archiv 23 (1990), S. 121.

Wir sind Söhne und Töchter der Arbeiterklasse, und wir kommen aus allen Schichten, einfache, gebildete und wissenschaftliche Mitarbeiter. Wir vertreten die Interessen der Werktätigen. Das ist unser oberster Auftrag der Volkskammer und dem haben wir uns immer bemüht gerecht zu werden. Das war nicht immer leicht und wurde unter schweren Bedingungen durchgeführt. Wir haben, Genossen, Abgeordnete, einen außerordentlich hohen Kontakt mit allen werktätigen Menschen (lautes Lachen). Ja, wir haben einen Kontakt, Ihr werdet gleich hören, Ihr werdet gleich hören warum. Ich fürchte mich nicht, hier ohne Rededisposition Antwort zu stehen. Auch eine Demokratie. Ich habe mir kein Referat vorher fertiggemacht. Wir haben den Auftrag erst mal gehabt als Allerwichtigstes, alles aufzudecken, was gegen den Frieden sich richtete, und wir haben hervorragende Informationen geliefert, die die Entwicklung jetzt so weit brachten, wie wir sie heute haben, Genossen. Nicht nur für die DDR, sondern für das sozialistische Lager. Zweitens war die wichtigste Aufgabe die Stärkung unserer sozialistischen Wirtschaft. Wenn Ihr mich fragen würdet, Ihr würdet sehen, viele im Saal würden zustimmen, dass unsere Mitarbeiter Hervorragendes auf diesem Gebiet leisten. Und mehr möchte ich dazu nicht sagen müssen. Hervorragendes, Genossen, leisten wir zur Stärkung unserer Volkswirtschaft. (Zwischenfrage: „In der Kammer sitzen nicht nur Genossen.“) Mielke weiter: Das ist doch eine formale Frage. Ich liebe, ich liebe doch alle (Lachen). Ich liebe doch, ich setze mich doch dafür ein. Ich bitte um Verständnis, wenn ich das gemacht haben sollte, dann bitte ich um Verständnis für diesen Fehler.

Aber jetzt kommt noch eine andere Frage. Viele einfache Werktätige und weitere bis zum Direktor haben uns vieles mitgeteilt über Unzulänglichkeiten, für die wir gar nicht zuständig waren, liebe Abgeordnete. Wir haben alles entgegengenommen, um darüber bei den zuständigen Stellen zu berichten, dass eine solche Lage vorhanden ist. Das haben wir getan. Von Anfang an unseres Bestehens bis zum heutigen Tage. Wir haben das getan, alle Unzulänglichkeiten manchmal von ganz kleinen Dingen nur bis zu den größten, die haben wir gemeldet. Wir haben die Schwierigkeiten aufgezeigt, die mit der Republikflucht entstehen, mit dem Verlas-

sen der Republik. Wir haben aufgezeigt, wie viel Ärzte die Republik verlassen. (Zurufe: „Aber nicht den Abgeordneten.“) Soll ich denn die Wahrheit sagen oder nicht? (Zurufe: „Na klar“.)

Wir haben berichtet über die ganzen Fragen (Zurufe: „Wo?“). Wir haben Vorschläge gemacht (Zurufe: „Wo?“). Wir haben Vorschläge gemacht (Zurufe: „Wo?“). An die Stelle, an die ich verpflichtet bin, als Minister für Staatssicherheit zu berichten. An die Genossen, die ein bestimmtes Arbeitsgebiet haben, die haben die Fragen bekommen, für die sie zuständig sind, die anderen (Lachen), und auch insgesamt (Unruhe; Zurufe: „Konkret!“). Aber wieso, gestattet doch mal, was heißt konkret? Natürlich könnte ich die Namen alle nennen. Aber da kann ich doch nicht insgesamt die Namen alle nennen, aufführen, wohin wir also unsere Informationen alle gegeben haben. Aber wir haben sie gegeben! Glaubt mir! Glaubt mir! [...]

Wir haben eine Einstellung gehabt, auch darauf zu achten, dass Unzulängliches sich verändert, auch darauf haben wir geachtet. Wir haben in dieser Beziehung tatsächlich das Wichtigste gesehen, Erhaltung des Friedens, Stärkung der Wirtschaftskraft der Deutschen Demokratischen Republik, darauf zu achten, dass unsere Werktätigen ihre Sorgen und Nöte sogar mitteilen können, die sie uns ja wirklich mitteilten, viele wissen doch, dass sie mit uns gesprochen haben, damit wir sie weitergeben können, damit sie Beachtung finden. Wir haben also in dieser Beziehung versucht, nach der Verfassung und nach den Gesetzen einwandfrei zu arbeiten (Kein Beifall).

Dokument Nr. 8

Erklärung des Kollegiums des Ministeriums für Staatssicherheit vom 15.11.1989

BStU, ZA, MfS, BdL/Dok. 008409

Liebe Genossinnen und Genossen!

Das Kollegium des Ministeriums für Staatssicherheit wendet sich in einer außerordentlich komplizierten und gefährvollen Lage mit dieser Erklärung an alle Angehörigen unseres Ministeriums.

Am 17. November 1989 wird der Vorsitzende des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, Genosse Hans Modrow, in seiner Regierungserklärung vor der Volkskammer einen Vorschlag zur grundsätzlichen Neubestimmung der Aufgaben und zur Reorganisation des Ministerrates, der einzelnen Ministerien und weiterer staatlicher Organe und Einrichtungen unterbreiten.

Bezogen auf das Ministerium für Staatssicherheit wird vorgeschlagen, dafür ein

Amt für Nationale Sicherheit

beim Vorsitzenden des Ministerrates der DDR zu schaffen. Damit wird das Ministerium für Staatssicherheit in Zukunft nicht mehr existieren.

[...]

Die gesamte Tätigkeit unseres Ministeriums war in den zurückliegenden 40 Jahren stets auf die Durchsetzung der Politik der Partei der Arbeiterklasse und des Arbeiter- und Bauernstaates ausgerichtet. Mit dem nunmehr begonnenen gesellschaftlichen Aufbruch zu einem erneuerten Sozialismus wurde ein Prozess gravierender Umwälzungen in Gang gesetzt, hat sich das politische Kräfteverhältnis in der DDR grundlegend verändert, entstanden beispielsweise mit der Durchsetzung der parlamentarischen Demokratie und Kontrolle, mit der Reisetätigkeit und dem veränderten Grenzregime gänzlich neue Bedingungen, die auch an das zu schaffende Amt für Nationale Sicherheit völlig neue Anforderungen stel-

len. Wir stehen vor dem objektiven Erfordernis, die Verantwortung und die Aufgaben des Amtes in die Politik der Erneuerung vorbehaltlos einzuordnen.

Dieser Prozess muss schrittweise vollzogen werden. Dabei gilt es, alle Angriffe des Gegners und innerer Feinde, vor allem auch gegen das MfS und seine Mitarbeiter, zu vereiteln.

Die Parteiführung und die Regierung bringen der Arbeit der Schutz- und Sicherheitsorgane hohe Achtung und Wertschätzung entgegen. Sie betrachten auch in Zukunft die Gewährleistung der staatlichen Sicherheit als eine Grundbedingung für die Existenz und Entwicklung der DDR.

Das Kollegium spricht allen Kollektiven und Angehörigen, die in der gegenwärtigen außerordentlich komplizierten Situation gewissenhaft, mutig und standhaft die übertragenen Aufgaben erfüllen, herzlichen Dank und hohe Anerkennung aus.

[...]

Es ist davon auszugehen, dass Konsequenzen in dem zu erarbeitenden und durch die Volkskammer zu beschließenden Gesetz über die öffentliche Ordnung und staatliche Sicherheit ihren Niederschlag finden werden. In diesem Gesetz werden auch die Verantwortung, die Aufgaben, Befugnisse und Grundsätze der Arbeitsweise des Amtes für Nationale Sicherheit geregelt werden. Die Erarbeitung des Gesetzes wird unter breiter Mitwirkung sachkundiger Mitarbeiter erfolgen.

Bis zum Erlass dieses neuen Gesetzes geht es vor allem darum,

- in der täglichen Arbeit überzeugend unter Beweis zu stellen, dass die Tätigkeit aller Dienstseinheiten auf die Unterstützung und Sicherung des Prozesses der Erneuerung der Gesellschaft ausgerichtet ist;
- alle Möglichkeiten zu nutzen, um das inoffizielle Netz im Operationsgebiet und in der DDR zu sichern und das Vertrauen in die Zusammenarbeit zu erhalten und wieder zu festigen;

- die erforderlichen Grundlagen für die Neubestimmung bzw. Präzisierung der Ziele, Aufgabenstellungen, Verantwortlichkeiten und Strukturen, für eine wesentliche Erhöhung der Effektivität unserer Arbeit zu schaffen sowie darauf ausgerichtet
- mit der Zusammenführung von Aufgabenkomplexen und Verantwortlichkeiten im Amt selbst und mit anderen Organen und Einrichtungen, einschließlich der Ausschöpfung aller weiteren Möglichkeiten, finanzielle und materielle Fonds freizusetzen und den objektiv erforderlichen Kaderbestand zu erreichen.

Es ist grundsätzlich davon auszugehen, dass das Amt für Nationale Sicherheit auch zukünftig den mit der Verfassung der DDR übertragenen Auftrag, den Sozialismus zuverlässig zu schützen, zu erfüllen hat.

[...]

Dokument Nr. 9

Aufruf des Neuen Forum vom 5.12.1989

RHA, BBo 066

Aufruf des NEUEN FORUM

Innere Abrüstung jetzt!

Die Bürgerkontrolle der Staatssicherheit ist ein wichtiger und großer Schritt zur Demokratisierung der Gesellschaft.

Die Berechtigung der Bürgerkontrolle wird durch die Gewaltlosigkeit der Staatsorgane anerkannt.

Justizorgane und Volkspolizei beginnen mit der Bürgerkontrolle zusammenzuarbeiten.

Wir unterstützen die Kontrollaktionen in allen Städten und begrüßen die Gewaltlosigkeit auf beiden Seiten. Der Rechtsstaat für alle ist unser Hauptziel! Das Recht, das uns endlich schützen soll, wollen wir auch gewähren! Wir wollen Recht und keine Rache!

Wir fordern die vollständige Auflösung der nach innen gerichteten Strukturen der Staatssicherheit!

Die staats- und verwaltungsrechtlichen Vollmachten der nach innen arbeitenden Abteilungen sind sofort außer Kraft zu setzen. Wir fordern die sofortige Streichung der Willkürparagrafen des politischen Strafrechts.

Unter der Kontrolle eines gemeinsamen vereidigten Ausschusses müssen die Funktionen, die der tatsächlichen Bedrohung durch Kriminalität und neonazistische Tendenzen angemessen sind, dem Ministerium des Inneren zugeordnet werden.

Die Aufsicht über die Rechtsstaatlichkeit dieser Arbeit wird der gemeinsame Ausschuss erst an eine neue Volkskammer abgeben.

Rechtsstaatlichkeit ist die beste Staatssicherheit!

Demokratisierung, Rechtsstaatlichkeit, Gewaltfreiheit!

Für den Landessprecherrat des NEUEN FORUM

Bärbel Bohley, Sebastian Pflugbeil, Jens Reich, Reinhard Schult, Klaus Wolfram

Berlin, den 5.12.1989

Dokument Nr. 10

Wortlaut eines Beitrags in der „Aktuellen Kamera“ vom 6.12.1989
Deutsches Rundfunkarchiv (DRA) Babelsberg, AK v. 6.12.1989

Am Abend versammelten sich Berliner Bürger vor dem Gebäude des Amtes für Nationale Sicherheit in der Normannenstraße.

Sie forderten die parlamentarische Überprüfung der Berechtigung eines Sicherheitsamtes.

Ein entsprechendes Papier mit der Unterschrift von Bärbel Bohley, Neues Forum, sei am Nachmittag im Amt abgegeben worden.

Eine gewählte Bürger-Abordnung mit Vertretern des Neuen Forum, der SDP und von Bergmann Borsig diskutieren zur Stunde mit Vertretern des Amtes für Nationale Sicherheit und der Militärstaatsanwaltschaft.

Dokument Nr. 11

**Manuskript der Sendung Elf 99 - spezial: „Sesam öffne dich“ -
Mitarbeiter für nationale Sicherheit sagen aus, 7.12.1989**

DRA Babelsberg, IDNR: 38062

[...]

Auf Drängen einer Bürgergruppe, die sich als unabhängiger Untersuchungsausschuss versteht, konnten sich DDR-Journalisten und Angehörige dieser Bürgergruppe, darunter die Sprecherin Margitta Hinze, im Amt für Nationale Sicherheit (vormals Ministerium für Staatssicherheit) in der Normannenstraße Berlin (Ost) – wie vereinbart unter Aussparung „hochsensibler Bereiche“ – umsehen. Nach einer kurzen Einführung durch Pressesprecher Stephan Roahl wollen die Journalisten zunächst wissen, ob in den letzten Tagen belastendes Material vernichtet worden ist. Den Verdacht, dass dies geschehen ist, konnte weder der Leiter der Papiervernichtungsanlage (die doppelte bis dreifache Menge vernichtet) noch die Wache (nur größere Behältnisse und nur jede zehnte Person kontrolliert) ausräumen.

Nach einem kurzen Blick in das Dienstzimmer des ehemaligen Stasi-Ministers Mielke (die Bürgergruppe bat den Militärstaatsanwalt um die Sicherstellung des vorgefundenen Materials) werden der Leiter der Inneren Abteilung, der Leiter der Koordinierungsgruppe (durfte nur von hinten gefilmt werden) und der Leiter der Wirtschaftsabteilung interviewt. Krach gibt es, als der Leiter der Inneren Abteilung einen Panzerschrank öffnen soll, dessen Siegel nicht mehr intakt ist. Der Leiter dazu: „Ich bin der Auffassung: Es muss in unserem Lande in allen Bereichen weitergehen.“ Bei der Beschreibung der Aufgaben seiner Abteilung wird er mit der Bemerkung unterbrochen, man interessiere sich mehr für die Bespitzelung nach innen. Der die Gruppe begleitende Militärstaatsanwalt bittet darum, mit der inquisitorischen Art und Weise der Befragung aufzuhören. Er selber habe in seiner zwanzigjährigen Tätigkeit so noch keine Vernehmung geführt.

Der Leiter der Koordinierungsgruppe teilt mit, sein Bereich habe Dinge im Zusammenhang mit dem illegalen und legalen Verlassen der DDR koordiniert. Der Leiter der Wirtschaftsabteilung bestätigt direkte Verbindungen Mielkes zu Schalck-Golodkowski und die Zusammenarbeit beim Unterlaufen des westlichen Technologie-Embargos und bei der Spionageabwehr im Bereich kommerzielle Koordinierung (KoKo). Die Siche-

rung der DDR-Volkswirtschaft könne nach jetziger Einschätzung in weiten Teilen von den Betrieben selbst vorgenommen werden, so dass dieser Bereich des Amtes um 40 % reduziert werden könne. Die verbleibenden Organe würden sich auf die Verhinderung von Sabotage (Brände, Havarien, Störungen und mögliche diversante Handlungen) sowie auf die Aufklärung möglicher Korruptions- und anderer krimineller Verbrechen konzentrieren. Die frei werdenden Mitarbeiter würden bei den Grenz- und Zollorganen eingesetzt oder könnten wieder ihren eigentlichen Berufen nachgehen. Schließlich ein kurzer Blick ins Stasi-Gefängnis, in dem zurzeit nur eine Zelle belegt ist.

Abschließend bewerten Margitta Hinze (symbolischer Akt), Stephan Roahl (bemühen uns um Transparenz) und Lutz Schütze von „Elf 99“ (wer mehr erwartet hatte, ist blauäugig) den Besuch.

Dokument Nr. 12

Beschluss des Ministerrates über die Bildung des Nachrichtendienstes der DDR und des Verfassungsschutzes der DDR, 14.12.1989

BArch, DC 20, Nr. I/3 2.881

1. Mit Wirkung vom 14. Dezember 1989 werden der Nachrichtendienst der DDR und der Verfassungsschutz der DDR beim Vorsitzenden des Ministerrates gebildet.
2. Der Nachrichtendienst der DDR und der Verfassungsschutz der DDR sind juristische Personen und Haushaltsorganisationen. Sie haben ihren Sitz in Berlin.
3. Außenstellen des Nachrichtendienstes der DDR und des Verfassungsschutzes der DDR werden in den Bezirken gebildet, und in den Kreisen werden Bevollmächtigte des Verfassungsschutzes der DDR eingesetzt.
4. Der Nachrichtendienst der DDR und der Verfassungsschutz der DDR werden im Rechtsverkehr durch ihre Leiter vertreten. Die Stellvertreter und Leiter unterstellter Bereiche sind im Rahmen ihrer Aufgabe zur Vertretung berechtigt.
5. Die Aufgaben des Nachrichtendienstes der DDR bestehen in der Beschaffung politischer, ökonomischer und militärischer Informationen mit nachrichtendienstlichen Mitteln, die für die äußere Sicherheit und die Stärkung der DDR sowie für die Erhaltung des Friedens von Bedeutung sind. Das umfasst die Gewinnung, Führung und den Schutz von Quellen und Positionen außerhalb der DDR, ein konspiratives Verbindungswesen sowie den Einsatz spezifischer technischer Mittel.

Die Hauptrichtungen seiner Tätigkeit sind:

- politische Aufklärung,
- wissenschaftlich-technische Aufklärung,
- Aufklärung von Aktivitäten ausländischer Geheimdienste gegen die DDR,
- funkelektronische Aufklärung,
- Kader und Ausbildung,
- Versorgungsdienste (materiell-technische, finanzielle, soziale und medizinische Sicherstellung),
- Dienstorganisation (Auswertung und Information, Zusammenarbeit mit der Öffentlichkeit, Rechtsfragen, internationale Verbindungen)

dungen, Dienstpost und VS-Wesen, Objektverwaltung, Koordination).

Seine personelle Stärke beträgt 4.000 Mitarbeiter.

6. Die Aufgaben des Verfassungsschutzes der DDR bestehen in der Abwehr von Angriffen gegen die verfassungsmäßige Ordnung der DDR mit nachrichtendienstlichen Mitteln.

Hauptaufgaben und Bereiche des Verfassungsschutzes der DDR sind:

- Spionageabwehr,
- Bekämpfung von verfassungsfeindlichen Handlungen, insbesondere von extremistischen und terroristischen Kräften,
- Schutz der sozialistischen Volkswirtschaft, des Verkehrs-, Post- und Fernmeldewesens vor verfassungsfeindlichen Angriffen und schweren Verbrechen,
- Observation und Ermittlung,
- internes Chiffrierwesen,
- funkelektronische Abwehr,
- spezialtechnischer Dienst,
- Kader und Ausbildung,
- Versorgungsdienste (materiell-technische, finanzielle, soziale und medizinische Sicherstellung),
- Dienstorganisation (Auswertung und Information, Zusammenarbeit mit der Öffentlichkeit, Rechtsfragen, internationale Verbindungen, Dienstpost und VS-Wesen, Objektverwaltung, Koordination).

Seine personelle Stärke beträgt 10.000 Mitarbeiter.

7. Die Dienstaufsicht über den Nachrichtendienst der DDR und den Verfassungsschutz der DDR obliegt einem Staatssekretär beim Vorsitzenden des Ministerrates.

8. Mit Wirkung vom 14. Dezember 1989 wird das Amt für Nationale Sicherheit aufgelöst.

Die Auflösung ist bis zum 20. Juni 1990 zu vollziehen.

9. Der Nachrichtendienst der DDR und der Verfassungsschutz der DDR sind Rechtsnachfolger des Amtes für Nationale Sicherheit.

Der Dienst im Nachrichtendienst der DDR und im Verfassungsschutz der DDR entspricht der Ableistung des Wehrdienstes. Anstelle militärischer Dienstgrade sind zivile Dienstbezeichnungen zu führen.

10. Für die personelle und materielle Auflösung des Amtes für Nationale Sicherheit wird ein Beauftragter des Ministerrates der DDR eingesetzt.
Über die Auflösung des Amtes für Nationale Sicherheit sowie die Überführung der personellen und materiellen Fonds ist die Öffentlichkeit fortlaufend zu informieren
11. Mit der Auflösung des Amtes für Nationale Sicherheit wird die Wahrnehmung von Aufgaben wie folgt verändert:
 - Passkontrolle und Fahndung werden den Grenztruppen der DDR zugeordnet,
 - die Untersuchung von Straftaten, der Untersuchungshaftvollzug, der Personen- und Objektschutz und der Einsatz von Antiterrorkräften werden vom Ministerium für Innere Angelegenheiten wahrgenommen,
 - die geheimen Regierungsnachrichtenverbindungen werden mit dem Fernmeldeamt der Regierung zusammengeführt,
 - das zentrale Chiffrierorgan wird in den Ministerrat eingeordnet,
 - das Wachregiment „F. E. Dzierzynski“ wird aufgelöst. Seine Kräfte werden der Volkswirtschaft zugeführt bzw. Teilkräfte vom Ministerium für Innere Angelegenheiten übernommen.
12. Mit der Übernahme dieser Aufgaben werden die damit verbundenen personellen, finanziellen und materiellen Fonds an die betreffenden Organe übergeben.
13. Frei werdende Grundmittel des Amtes für Nationale Sicherheit werden an den Ministerrat sowie an örtliche Staatsorgane übergeben.
14. Die dem Amt für Nationale Sicherheit nachgeordneten Kapazitäten des Spezialhochbaus Berlin und für die Forschung sowie Entwicklung und Produktion von Spezialgeräten, einschließlich Rechentechnik, werden in die Volkswirtschaft überführt.
15. In den Verfassungsschutz der DDR werden grundsätzlich keine Führungskräfte (Leiter des Amtes, Stellvertreter, Leiter von Verwaltungen und Hauptabteilungen) des Amtes für Nationale Sicherheit übernommen.
16. Hinsichtlich der Rechtsfolgen, die sich in Durchführung dieses Beschlusses aus der Aufhebung oder Änderung von Verträgen des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit und des Amtes für Nationale Sicherheit sowie deren unterstellten Betrieben ergeben, gilt folgendes:

- die Vertragsaufhebungen bzw. Änderungen erfolgen grundsätzlich ohne Sanktionen und ohne Aufwendungsersatz,
 - für wissenschaftlich-technische Leistungen sind § 8 Absätze 2 und 3 der 1. Durchführungsverordnung zum Vertragsgesetz und für Leistungen zur Vorbereitung und Durchführung von Investitionen die Anweisung Nr. 5/83 des Ministers der Finanzen über die Behandlung der finanziellen Auswirkungen aus der zeitweiligen oder endgültigen Einstellung von Investitionen zur höheren Konzentration der Investitionstätigkeit auf einen schnelleren Leistungsanstieg anzuwenden.
17. Die Ziffern 1, 2, 4, 8, 9 des Beschlusses sind im Gesetzblatt der DDR zu veröffentlichen.

Dokument Nr. 13

Festlegungsprotokoll über die Bildung eines Kontrollausschusses zur schrittweisen Auflösung des Bezirksamtes Berlin für Nationale Sicherheit, 17.12.1989

Archiv des Bürgerkomitees „15. Januar“ e.V.

Präsidium der Volkspolizei
Berlin

Berlin, den 17.12.1989

Festlegungsprotokoll

Am 17.12.1989 fand eine Beratung im Präsidium der Volkspolizei Berlin zu Problemen der Auflösung des Bezirksamtes für Nationale Sicherheit und zur weiteren Ausprägung der Sicherheitspartnerschaft statt.

[...]

Es wurden folgende Festlegungen vereinbart:

1. Bildung eines Kontrollausschusses zur schrittweisen Auflösung des Bezirksamtes für Nationale Sicherheit.

Zusammensetzung:

- Regierungskommission
- Militärstaatsanwalt
- Vertreter aller politischen Parteien und Gruppen
- Präsidium der Volkspolizei Berlin

Aufgaben:

- Sichtung und Sortierung aller Akten und Daten unter voller Wahrung des Datenschutzes
- Entscheidung über den weiteren Verbleib/Verwendungszweck
- Einleitung von Maßnahmen zur Räumung des Objektes
- Vorschlagsunterbreitung zur weiteren Nutzung/Verwendung

Termine:

- Erste Begehung des Objektes des Bezirksamtes am 19.12.1989, ab 10.00 Uhr. Dabei Festlegung weiterer konkreter Arbeitsschritte.

2. Im Zusammenhang mit der Bildung des Kontrollausschusses wurde der Leiter der Regierungskommission beauftragt, folgende Probleme an den zentralen Runden Tisch heranzutragen:
 - Klärung der weiteren Verfahrensweise und Auflösung des Amtes für Nationale Sicherheit und der nachgeordneten Einrichtungen/Außeneinrichtungen.
 - Klärung der bezahlten Freistellung von der Arbeit für die Mitglieder des Ausschusses, die nicht Angehörige der Sicherheitsorgane sind.

3. Bildung eines Bürgerkomitees zur weiteren Ausgestaltung der Sicherheitspartnerschaft für die Gewährleistung der Ordnung und Sicherheit in der Stadt. Mitarbeiter aller Parteien und Bewegungen sowie der Kirche, des Gesundheitswesens und der Volkspolizei. Dazu sollen aus diesen Bereichen kompetente Mitarbeiter benannt werden.
Aufgaben:
 - Einschätzung der Lage und Entgegennahme von Informationen über die Arbeit der Volkspolizei.
 - Herausarbeitung notwendiger Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Ruhe, Ordnung und Sicherheit unter besonderem Aspekt der Gewalttätigkeit.
 - Organisierung einer wirksamen Öffentlichkeitsarbeit.Als eine vordringliche Maßnahme wurde eine Publikation über extremistische Entwicklungstendenzen und sich daraus ableitende Handlungsweisen zu ihrer Zurückdrängung als politische und gesellschaftliche Aufgabe herausgearbeitet.
Durch das PdVP erfolgt kurzfristig die Einladung zur Konstituierung.

4. Als Pressesprecher der Beratungsrunde wurde Dr. Kummer (Demokratie Jetzt) beauftragt.

Dokument Nr. 14

Sachantrag des RTB an den Oberbürgermeister Ost-Berlins, Ehrhard Krack, 21.12.1989

Privat-Archiv Peter Matz, Sekretär des RTB

SACHANTRAG des RUNDEN-TISCH-BERLIN

zu Maßnahmen im Zusammenhang mit der Auflösung des Amtes für Nationale Sicherheit

0. Die Freude über die Auflösung des Amtes für Nationale Sicherheit wird von dem Misstrauen der Bevölkerung gegenüber ehemaligen MitarbeiterInnen des Amtes und von den Problemen der MitarbeiterInnen, neue Arbeitsplätze zu finden, überschattet. Rückhaltlose Offenheit und Toleranz sind dringend erforderlich.
1. Vermittlung der ehemaligen MitarbeiterInnen des Amtes für Nationale Sicherheit (im folgenden Text „Amt“) durch die zuständigen Arbeitsämter in jene Bereiche der Volkswirtschaft, in denen in besonderem Maße Arbeitskräftemangel besteht (Bau, Land- und Forstwirtschaft, Handel und Versorgung, Gaststättenwesen, Braunkohle, Gesundheits- und Sozialwesen).
2. Information des Runden-Tisch-Berlin über den Stand der Arbeitsplatzvermittlung und den bestehenden Bedarf an Arbeitskräften im Territorium.
3. Einstellungen zu den Tarifbedingungen des neuen Arbeitsgebietes entsprechend der erbrachten Leistungen – d.h. bei gleicher Arbeit kein höherer Lohn als für die KollegenInnen im neuen Arbeitsfeld, unter Beachtung der Regelungen laut AGB und anderer gesetzlicher Festlegungen.
4. Veröffentlichung und Überprüfung der finanziellen Regelungen für das Ausscheiden von MitarbeiterInnen des Amtes.
5. Im Interesse des inneren Friedens in Berlin setzen sich die Vertreter am Runden-Tisch-Berlin dafür ein, dass ehemalige Mitarbeite-

rInnen des Amtes bei der Suche nach einem neuen Arbeitsgebiet nicht diskriminiert werden.

6. Die Vertreter des Runden-Tisch-Berlin bemühen sich aus demselben Grund darum, dass von Diskriminierungen und Bedrohungen ehemaliger MitarbeiterInnen des Amtes abgesehen wird.
7. Die Vertreter des Runden-Tisch-Berlin fordern, dass das Amt ein vollständiges Verzeichnis aller Dienststellen, Arbeitsräume in anderen Einrichtungen und Kontaktwohnungen der Kommission zur Überprüfung der Auflösung des Amtes vorlegt.
8. Die Vertreter des Runden-Tisch-Berlin fordern, dass sämtliche z. Zt. installierten Abhöranlagen angegeben und unter öffentlicher Kontrolle demontiert werden.
9. Die Vertreter des Runden-Tisch-Berlin fordern die Offenlegung der technischen Einrichtungen zur Telefonüberwachung und ihre Kontrolle durch den Magistrat von Berlin. Jegliche Form der Überwachung von Telefongesprächen ist unverzüglich einzustellen, bis die Kompetenzen der Nachfolgeeinrichtungen des Amtes und die Rechte der Bürger unmissverständlich juristisch fixiert sind.
10. Die bisherigen Praktiken der Postkontrolle sind offen zu legen und im Sinne von Pkt. 9 einzustellen. Die Anzahl der für die Postkontrolle eingesetzten Beschäftigten wird veröffentlicht, der Einsatz technischer Geräte wird von den Volksvertretungen kontrolliert und die verwendeten Räume werden der Deutschen Post zurückgegeben.
11. Der Runde-Tisch-Berlin beschließt, den Oberbürgermeister zu bitten, das verabschiedete Papier dem Leiter der Kommission zur Überprüfung der Auflösung des Amtes (Bez. Berlin) zuzustellen und denselben zu bitten, in der nächsten Sitzung einen Zwischenbericht zu geben.

Matz

Dokument Nr. 15

Erklärung von Bürgerinitiativen: „Staatssicherheit – und wie weiter?“, 25.12.1989 (Vorlage Nr. 4/7 für die Sitzung des ZRT am 27.12.1989)

Thaysen, Der Zentrale Runde Tisch, Bd. V, S. 41f.

STAATSSICHERHEIT – UND WIE WEITER?

Meinungsbildung von Mitgliedern von Bürgerinitiativen der Bezirke Magdeburg, Potsdam und Rostock und Schwerin zur Vorbereitung eines DDR-weiten Treffens aller Bürgerinitiativen zur Sicherung von Akten des ehemaligen MfS bzw. des Amtes für Nationale Sicherheit.

Forderungen an den Runden Tisch

1. Bis zur DDR-weiten Abstimmung zwischen den Bürgerinitiativen aller Bezirke der DDR ist eine Vernichtung sämtlichen Schriftgutes des ehemaligen MfS bzw. des Amtes für Nationale Sicherheit zu unterbinden. Ausnahmen nur bei
 - a) lückenlos nachgewiesener doppelter Aktenführung – Vernichtung der Dublette und
 - b) bei gedrucktem Schriftgut sind je zwei Belegexemplare zu erhalten. Alle übrigen Exemplare können vernichtet werden. Die Vernichtung von Schriftgut muss durch Gesetz geregelt werden.
2. Es wird die Offenlegung der Archivstruktur des ehemaligen MfS bzw. Amtes für Nationale Sicherheit und die öffentliche Außerkraftsetzung aller bisherigen Dienstanweisungen gefordert.
3. Die Verbindungen des ehemaligen MfS bzw. Amtes für nationale Sicherheit zu den inoffiziellen Mitarbeitern gelten als beendet. Die Weiterführung und Neuanwerbung ist öffentlich als unzulässig zu erklären. Bis zu einer endgültigen Klärung soll die Liste der inoffiziellen Mitarbeiter erhalten bleiben.
4. Es wird die Sicherung und Offenlegung der Archive der ehemaligen Bezirkseinsatzleitungen in Verbindung mit der Sicherung der

Akten der Abteilung Sicherheit bei den Bezirksleitungen der SED bzw. SED-PDS gefordert.

5. Alle von der SED-PDS übernommenen Sonderkommunikationsmittel der SED wie z.B. Sondertelefon-, Fernschreib- und Richtfunkverbindungen sind sofort stillzulegen.
6. Die Grundorganisationen der SED-PDS sind aus allen Bereichen, insbesondere aus den bewaffneten Organen sowie den Staats- und Justizorganen herauszunehmen. Jegliche politisch-ideologische Anleitung dieser Organe durch die SED-PDS ist zu unterlassen.
7. Die Weisung vom 14.12.89 zur Bildung eines Verfassungsschutzes ist bis zum 6.5.90 auszusetzen. Von der Bildung eines selbständigen Verfassungsschutzes ist Abstand zu nehmen. Konzepte sind öffentlich zu diskutieren.
8. Die Verpflichtung von Mitgliedern von Bürgerinitiativen zum Geheimschutz soll nur in den Fällen erfolgen, bei denen unmittelbar die Interessen der Landesverteidigung berührt werden.

Mitglieder von Bürgerinitiativen der Bezirke Magdeburg, Potsdam, Rostock und Schwerin

Kontaktadresse: [...]

Schwerin, den 25.12.89

Dokument Nr. 16

**„Aufruf zum Handeln“ des Bezirksamtes für Nationale Sicherheit
Gera, 9.12.1989 (dem ZRT vorgelegt am 8.1.1990)**

RHA, ZRT 06

Fernschreiben vom 9.12., 11.00 h

Ministerpräsident

Amt. Staatsratsvorsitzender

Präsidium der Volkskammer

Minister für Innere Angelegenheiten / alle BDVP

Minister für Verteidigung

Leiter des Amtes für Nationale Sicherheit /alle Bezirksämter für Nationale Sicherheit

Vorsitzende der in der Volkskammer vertretenen Parteien

Fernsehen und Rundfunk der DDR und adn

Als Anlage erhalten Sie einen Aufruf zum Handeln.

Das Kollektiv des Bezirksamtes für Nationale Sicherheit Gera und die Kreisämter

Heute wir – morgen Ihr

Genossen, Kampfgefährten, Patrioten im In- und Ausland, Bürger der DDR

Von tiefer Besorgnis getragen über die gegenwärtige und sich weiter abzeichnende innenpolitische Situation in unserer gemeinsamen soz. Heimat, DDR, wenden wir uns an Euch und an die, für die auch Ihr Verantwortung trägt, mit einem Aufruf zum noch möglichen gemeinsamen Handeln für die Erhaltung der Rechtsstaatlichkeit und damit der Existenzgrundlage für den weiteren Bestand der DDR.

Unser Land befindet sich gegenwärtig in einer Phase der revolutionären Veränderungen, das Ziel soll und muss ein neuer, wahrer Sozialismus sein, mit dem wir uns eindeutig identifizieren. Diesen können wir jedoch nicht erreichen, wenn wir zulassen, dass unserem Staat Stück für Stück alle Machtinstrumente aus der Hand genommen (gegeben?) werden.

Beherzigen wir die Erkenntnis von Lenin über die Fragen der Macht.

Genossen, Bürger und Patrioten der unsichtbaren Front im In- und Ausland, wer mit der Macht spielt, sie sich aus der Hand nehmen lässt – be-

sonders während einer Revolution – in der wir uns zur Zeit befinden, der wird scheitern.

Der nutzt nicht uns, der dient der Reaktion.

Genossen, Bürger, heute richtet sich der Hass eines Teiles unseres Volkes, geführt durch eine Minderheit unserer Bevölkerung, gegen das ehemalige MfS und jetzige Amt für Nationale Sicherheit.

In unserem Bezirksamt gibt es Erkenntnisse, dass Bestrebungen existieren, den „Volkszorn“, nachdem das Amt für Nationale Sicherheit zerschlagen ist, schnell auf die Strukturen und Kräfte der anderen bewaffneten Organe zu lenken, um diese ebenfalls zu zerschlagen.

Sollte es uns allen gemeinsam nicht kurzfristig gelingen, die Anstifter, Anschürer und Organisatoren dieser hasserfüllten Machenschaften gegen die Machtorgane des Staates zu entlarven und zu paralysieren, werden diese Kräfte durch ihre Aktivitäten einen weiteren Teil der Bevölkerung gegen den Staat, die Regierung und alle gesellschaftlichen Kräfte aufbringen. Was kommt dann?

Sorgen wir also gemeinsam für die unverzügliche Wiederherstellung der Rechtsstaatlichkeit – und dies ist unsere Forderung gegenüber jedermann.

Genossen, Bürger, damit keine Zweifel aufkommen, auch wir sind für die Aufklärung und notwendige Bestrafung bei Fällen von Amtsmissbrauch, Korruption und ähnlichen Delikten.

Täglich erhalten wir zahlreiche Anrufe aus dem In- und Ausland, die zum Ausdruck bringen, dass wir alles in unseren Kräften stehende tun müssen, um unseren soz. Staat im Interesse aller zu schützen und zu erhalten.

Diese berechnete Forderung kann jedoch nur erfüllt werden, wenn die bewaffneten Organe unserer gemeinsamen Heimat, DDR, weiter bestehen und aktiv handeln.

Das schließt nach unserem Verständnis und den Praktiken und Notwendigkeiten aller entwickelten Staaten dieser Welt die Existenz eines Organes, welches mit spezifischen Mitteln und Methoden arbeitet, ein.

Das Kollektiv des Bezirksamtes für Nationale Sicherheit Gera und die Kreisämter.

Dokument Nr. 17

Stellungnahme der Bürgerkomitees der Bezirke zur Auflösung des AfNS vor dem Zentralen Runden Tisch in Berlin am 15.1.1990

MDA, RSch 73-99

[...]

Die Auflösung des Amtes für Nationale Sicherheit wurde im Ministerratsbeschluss vom 14. Dezember 1989 festgelegt.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ergibt sich folgender Stand:

- Alle Kreisämter sind DDR-weit aufgelöst.
- Der Prozess der Auflösung in den Bezirksämtern und deren Kontrolle ist unterschiedlich.
- Im Gegensatz dazu hat der Auflösungsprozess des MfS/AfNS (Zentrales Amt, Normannenstr. 22, Berlin) bis zum 14. Januar 1990 noch nicht begonnen. Diese Zentrale, die über eigene DDR-weite Strukturen verfügt, ist noch voll funktionsfähig, da sie keinerlei Kontrolle in Sicherheitspartnerschaft durch Bürgerkomitees, VP und Staatsanwaltschaft unterliegt. Damit ist der Ministerratsbeschluss für diesen entscheidenden Bereich unterlaufen. Dies birgt die Gefahr einer DDR-weiten Reorganisation des MfS/AfNS in sich, und diese Möglichkeit hat eine massive Beunruhigung in der Bevölkerung ausgelöst, die zu unabsehbaren Folgen führen kann.

Deshalb fordern wir:

den sofortigen Beginn der Auflösung des MfS, AfNS (Zentrales Amt, Normannenstr. 22, Berlin) und aller damit zusammenhängenden Strukturen.

Für diesen Prozess halten wir für erforderlich:

1. Die sofortige direkte Kontaktaufnahme des Regierungsbeauftragten für die Auflösung des AfNS mit Vertretern des Bürgerkomitees aus den Bezirken in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgruppe des Zentralen Runden Tisches.
2. Es ist ein Stab zu bilden für die Auflösung des ehemaligen MfS/AfNS (Zentrales Amt), bestehend aus den Vertretern der Bürgerinitiativen, der Staatsanwaltschaft, der Regierungsbeauftragten, der VP und dem Beauftragten des AfNS.

3. Dieser Stab ist mit allen notwendigen Kompetenzen auszustatten und hat seinen Arbeitsplatz im zentralen Bereich der Leitung des ehemaligen AfNS.
4. Im gesamten Ministeriumsbereich darf keine Beratung und Entscheidungsfindung ohne Anwesenheit o.g. Stabes stattfinden.

In diesem Zusammenhang bestehen wir auf der Erfüllung der von den Bürgerkomitees der Bezirke sowie der Arbeitsgruppe des Zentralen Runden Tisches und in der Pressemitteilung der Bürgerkomitees der DDR vom 4./5. Januar enthaltenen Forderungen.

Insbesondere verweisen wir nochmals auf die Verbindung zwischen dem Apparat der SED und der verfassungswidrigen Tätigkeit des MfS/AfNS. Namensänderung und Austausch von Funktionären können die SED/PDS von dieser Verantwortung nicht entbinden. In diesem Zusammenhang ist es notwendig, Ermittlungen zu führen.

Den Beginn der Auflösung des AfNS (Zentrales Amt) bis zum 17. Januar 1990 erachten die Bürgerkomitees der Bezirke als Voraussetzung für ihre weitere Arbeit.

Alle am Runden Tisch vertretenen Parteien und Bürgerbewegungen werden aufgefordert, die personelle Abdeckung der gemeinsam mit VP und der Staatsanwaltschaft durchgeführten Sicherstellung des Objektes Normannenstraße zu gewährleisten.

Dokument Nr. 18

Ablaufdokumentation der Auflösung des MfS, Objekt Normannenstraße, ab 15.1. bis 22.1.1990

Archiv des Bürgerkomitees „15. Januar“ e.V.

[...]

2. Auflösung des MfS Normannenstraße

- Eintreffen der Vertreter der Bürgerkomitees der Bezirke gegen 13.45 Uhr
- Mitglieder der AG Zentraler Runder Tisch „Sicherheit“ waren zugegen
- gegen 14 Uhr erste Begehung mit Leiter der Regierungskommission (Peter), Vertreter des Runden Tisches, Militäroberstaatsanwalt, VPI-Beauftragten des VP-Präsidiums sowie BK-Vertreter u.a. (siehe Protokoll)
- personelle Räumung des Objektes bis 15 Uhr durch VP + Bürgervertreter

3. Demonstrationsablauf

- Eintreffen der ersten Demonstranten vor dem MfS Normannenstraße/Eingang Ruschestraße gegen 16.30 Uhr
- Eindringen der Demonstranten ins Objekt zwischen 17 und 18 Uhr durch Überklettern o. ä. aus der herrschenden Angst- und Panikstimmung heraus (Bürger, die Zeuge waren, schilderten, dass bereits vor Eindringen der Demonstranten im Sozialtrakt Licht brannte (Haus 18) sowie Feuerlöscher und Papier aus zertrümmerten Fenstern fielen. Danach wurden Verwüstungen im Haus 18 und 2 mit noch nicht absehbaren Schäden angerichtet.)
(Videos, Tonbandaufnahmen, Fotos des In- und Auslandes existieren)
- Ein Teil der BK-Vertreter der Bezirke blieben im Haus 17 zurück und organisierten eine Koordinierung mit Vertretern des aufrufenden NF.

- Mittels im Gelände stehender Sprecherwagen versuchten Vertreter der Bezirke sowie andere Bürger, die Demonstranten zu beruhigen bzw. zur Vernunft angesichts der Zerstörungen zu bringen.
 - Auflösung der Menschenmasse gegen ca. 22 Uhr (schätzungsweise 50.000)
 - Noch während der unfriedlichen Aktion im Objekt hielt Ministerpräsident Modrow eine Ansprache an die Menschen.
 - Das BK Berlin bildete sich spontan während der Demolierungen und engagierte sich, für Ruhe, Ordnung und Sicherheit zu sorgen.
 - Das BK Berlin sowie Vertreter der BK der Bezirke sowie VP-Angehörige besetzten das Haus 17 die ganze Nacht und nachfolgend ununterbrochen.
 - Am Dienstag, 16.1., fand im Internationalen Pressezentrum eine Pressekonferenz statt, Pressemitteilung an ADN, AK und AK zwei wurden abgegeben.
 - Im Laufe des Tages erfolgte die Strukturbildung der Arbeitsgruppen bzw. die Festlegung der Kommission. Themen, wie AG, Räumlichkeiten, PKW-Bereitstellung, wurden geklärt. Die Arbeitsfähigkeit des BK Berlin war hergestellt.
 - Am Mittwoch, 17.1., stand als Ziel des Runden Tisches eine Objektbegehung mit Regierungsvertretern bzw. VPI-Angehörigen. Diese Begehung erfolgte nicht.
Ein Rundgang durchs Objekt mit Vertretern der Medien wurde durch Modrow gewährleistet.
Im Anschluss daran fand ein Treffen zwischen dem stv. Ministerpräsidenten Morelth und dem VPI-Chef Winterlich der DDR statt.
 - Am Donnerstag, 18.1., wurden vollständige Objektlisten (einschließl. aller Außenobjekte) übergeben.
- [...]

Dokument Nr. 19

**Erlebnisbericht vom 18.1.1990 zu den Vorgängen am 15.1.1990 am
Ministerium für Staatssicherheit, Eingang Normannenstraße**

Archiv des LStU Berlin

Kurz nach 16.30 Uhr traf ich vor dem Tor ein. Dort stand das Rednerpult. Vor dem Tor war man dabei, eine symbolische Mauer zu errichten. Wie viele dort mauerten, kann ich nicht sagen. Es waren aber keine 300, wie es in der Berliner Zeitung stand. Es dürften nicht einmal 20 gewesen sein, die nacheinander tätig waren. Die Anzahl der Steine war vielleicht 300.

Vor dem Tor lief eine Gruppe Jugendlicher herum, die eine Fahne mit Bundesadler schwenkten. Diese Gruppe machte Stimmung. Sie äußerten sich, dass sie zur Ruschestr. gehen wollen, da ist mehr los. So etwas sagte einer der Gruppe zu den anderen. Dies kann gegen 17.00 Uhr gewesen sein (vor 17 Uhr).

Frau Bohley rief zur Gewaltlosigkeit usw. auf. Sie sagte auch, dass Arbeitsgruppen des Neuen Forum auf dem Gelände tätig sind. [...]

So etwas nach 17.00 Uhr wurden auf der Hofseite Stimmen laut, und das Tor wurde von innen schnell geöffnet. Die Fahne mit dem Bundesadler tauchte wieder auf.

Nach Öffnung des Tores (ich stand vorher ca. 5 m vor dem Tor) ging ich rechts neben der Mauer durch das Tor. Jetzt sah ich, dass die symbolische Mauer etwa 80 cm hoch und ca. 2 m breit war.

Im Innenhof des Objektes angekommen, sah ich, wie jemand in das vom Tor links stehende Gebäude eindringen wollte. Ein Mann vom Neuen Forum stellte sich davor. Er wurde nicht tätlich angegriffen.

Rechts sah ich auf der Laderampe (die ich zuerst nicht als solche erkannte) Leute und dahinter von den verglasten Türen nur das Oberteil.

Kurz darauf klirrte Glas. Da rief ich spontan aus: „Lasst die Scheiben heil.“ Das letzte Wort hat wohl ein Reporter vom ND gehört und es als „Heil-Ruf“ am nächsten Tag im ND wiedergegeben. An Ort und Stelle habe ich keine Heilrufe gehört. Dies bestätigte auch ein Kollege aus dem Betrieb.

Im erleuchteten Gang liefen Jugendliche entlang. Das Licht ging im Gebäude an. In sehr kurzer Zeit danach wurde in einer höheren Etage ein Fenster zerschlagen.

Meine Gedanken waren: „Den Weg muss einer gut kennen, der dort oben so schnell an einer publikumswirksamen Ecke ist.“ Die Fahne mit

Adler wurde herausgesteckt. Mobiliar wurde durch einen Jugendlichen herausgeworfen. Es folgte ein Honecker-Porträt und Fahnen.

Ich stimmte in den Chor der Menge ein, wie: „Aufhören“, „Keine Randal“, „Keine Gewalt“ u.ä. [...]

Die auf der Rampe stehenden Polizisten waren den Leuten noch behilflich, um auf die Rampe zu gelangen. Die Leute kletterten über ein Auto und über hochkant gestellte Fahrradständer.

Ein Honecker-Bild wurde seitwärts nach außen transportiert (aus dem Gebäude heraus). Nach einer Weile kletterte ich über einen Fahrradständer auf die Rampe zur Polizistengruppe. Man hätte mich mit Leichtigkeit davon abhalten können. Ein Demonstrant forderte die Polizisten auf, doch nach oben zu gehen und Einhalt zu gebieten. Die Polizisten standen nach wie vor lässig da. Sie rauchten z. T. und der eine lehnte lässig am Pfeiler. Sie lächelten. Die Polizisten lehnten die Aufforderung [ab], so etwa, es hätte keinen Zweck. Der Demonstrant bot mehrmals an, selber mitzugehen. Ich wäre auch bereit gewesen, mitzugehen.

Nun sah ich auf der Rampe nur relativ wenige Leute, die durch die Tür in das Gebäude gingen. Die Polizisten hätten nach meiner Ansicht ohne Gewalt den Besucherstrom (von Strom kann ich eigentlich nicht reden) aufhalten können.

Im Gebäude angelangt (parallel zur Rampe), sah ich links zwei große Porträts. (Sie können etwa 1,5 m hoch gewesen sein.) Sie standen mit der Bildseite zur Wand. Ich klappte sie etwas ab, um zu sehen, wer darauf war. Das Breschnew-Porträt drehte ich um, so dass man es sehen konnte. Meine Gedanken waren: „Also hier wohnt noch der Geist von Breschnew.“

Ich ging einen Flur entlang und sah zur rechten Seite den geöffneten Kühl- und Tiefkühlraum. Die Blechkisten mit dem Fleisch erschienen mir unberührt. Daneben waren wohl 2 Kühlräume für Wild und Geflügel, die verschlossen und noch mit Vorhängeschloss (oben an der Tür) gesichert waren.

Weitergehend sah ich den Kälte-Kompressoren-Raum. Wie groß der Schaden darin war, kann ich nicht angeben. Die Menschen, die durch die Flure gingen, verhielten sich ruhig. Ich sah nicht, dass jemand zu diesem Zeitpunkt etwas zerstörte. Im Treppenhaus (breites Treppenhaus) flatterten von oben Blätter herunter. Davon sammelte ich zwei auf. Diese füge ich als Anlage bei.

In der darüber liegenden Etage kam ich an Toiletten- und Umkleideraum (bzw. Räumen) vorbei. Mein Weg führte mich in einen Werkstattbereich und in ein Lager für den Buchladen.

In dem Lager lagen in Behältnissen und Regalen Bücher: von Casanova [die] 10-Band-Ausgabe als Broschur, Marx-Engels-Literatur, Handbuch des Kriminalisten und etliche andere Bücher. Manche Leute äußerten sich und sagten: „Ein Souvenir von der Stasi wäre nicht schlecht“, oder so ähnlich.

Danach ging ich wieder zum Ausgang, die Treppe hinunter. Zu diesem Zeitpunkt standen an den Treppen Kontrollposten (wahrscheinlich vom Neuen Forum oder andere Bürger), die keinen mehr nach oben ließen und kontrollierten. Mein Aufenthalt in dem Gebäude kann etwa 10 Minuten gedauert haben.

Ein jüngerer Demonstrant erzählte mir, als sich die Demonstration aufgelöst hatte, dass er im Gebäude Stasi-Offiziere gesehen hat. Sie haben sich als Mitglieder des Neuen Forum ausgegeben. Er sagt, dass er sie aus der Zeit kennt, wo er im Dienst vom LDPD-Vorsitzenden Gerlach stand. Am gleichen Abend (15.1.90) traf ich mit Frau Bohley zusammen, als sie nach Hause ging. Ich war es, der dem Kraftfahrer Bescheid gab, dass sie in Kürze ihr Werkzeug holt. Wir gingen bis zur Ruschestraße. Wir unterhielten uns und ich äußerte mich zu den Ereignissen, die nach meiner Meinung etwas eigenartig abgelaufen waren. Die Menschenmasse lief von der Ruschestraße kommend über den Innenhof und dann wurde erst ein Gebäude gestürmt. Dieses Gebäude lag wohl so günstig am Rednerpult des Neuen Forum. Außerdem ging das Erreichen des [...] Fensters zu schnell vor sich (für einen Ortsfremden). Dort war auch genug publikumswirksames Material, wie Porträts und Fahnen vorhanden.

War dies alles Zufall?

[gezeichnet]
Bln. d. 18.1.90

Dokument Nr. 20

Antrag der AG „Sicherheit“ und AG „Recht“ an den ZRT zur physischen Vernichtung magnetischer Datenträger des MfS/AfNS, 19.2.1990

BArch, DO 104/4

Runder Tisch

13. Sitzung

19. Februar 1990

Vorlage Nr. 13/34

Ausgehend vom Recht des Bürgers auf Schutz der Persönlichkeit und Selbstbestimmung stellen die Mitglieder der Arbeitsgruppe „Recht“ [und „Sicherheit“] fest, dass die Erfassung und Bearbeitung von Daten, wie sie durch das ehemalige MfS bzw. das Amt für Nationale Sicherheit erfolgte, eine verfassungswidrige Verletzung von Bürgerrechten darstellt.

Mit dem Ziel, den verfassungsmäßigen Zustand wieder herzustellen und zukünftig einen Missbrauch der gesammelten personenbezogenen Daten des ehemaligen MfS bzw. des Amtes für Nationale Sicherheit weitestgehend auszuschließen und eine unverzügliche vollständige Zerstörung der Strukturen dieser Organe bis hin zur physischen Vernichtung ihrer materiellen Datenträger zu sichern, empfehlen die Arbeitsgruppen „Recht“ und „Sicherheit“ dem Runden Tisch zu beschließen:

1. Die physische Vernichtung aller magnetischen Datenträger (Magnetbänder, Wechselplatten, Disketten, Kassetten) mit personenbezogenen Daten, einschließlich der dazu gehörigen magnetischen Datenträger mit der Anwendersoftware, am Ort ihrer Aufbewahrung unter Leitung von Vertretern der Regierung, bei Kontrolle des Runden Tisches und im Beisein der Bürgerkomitees. Als zweckmäßige Technologien der Vernichtung sind die Verbrennung bzw. mechanische Zerstörung der Datenträger zu nennen.
2. In Vorbereitung der physischen Vernichtung der magnetischen Datenträger zu personenbezogenen Daten ist eine vollständige Aufstellung aller vorhandenen derartigen Datenträger (auch der Sicher-

heitskopien) durch die ehemaligen Nutzer anzufertigen und eidesstattlich zu beglaubigen.

Die Projektunterlagen sind zu archivieren, um eine Analyse der Tätigkeit des AfNS, der Art und Weise der Datenerfassung und -auswertung auch in Zukunft zu ermöglichen und um gegebenenfalls die strafrechtliche Relevanz dieser Vorgänge zu überprüfen.

3. Die Vernichtung der magnetischen Datenträger ist bis zum 9.3.90 abzuschließen, um eine Rechenschaftslegung über die vollständige Vernichtung am 12.3.1990 vor dem Runden Tisch zu gewährleisten.

AG „Sicherheit“

AG „Recht“

Dokument Nr. 21

7. Bericht der Regierungskommission zur Auflösung des ehemaligen Bezirksamtes für Nationale Sicherheit Berlin, 21.2.1990

RHA, RTa 10

RTB, 22.2.90, Tagesordnungspunkt 2

- Das Objekt des ehemaligen Bezirksamtes für Nationale Sicherheit ist entsprechend der für die Nachnutzung als Berliner Gesundheitszentrum erarbeiteten Konzeption bis auf wenige Restbestände von den materiell-technischen Beständen beräumt, die vom Nachnutzer nicht übernommen werden.
- Nach der bestandsmäßigen Übergabe von 320 PKW und 68 NKW per 16.2.90 an die Arbeitsgruppe Kraftfahrzeuge des Magistrates erfolgte bis 21.2.90 die Überführung von 134 PKW und 14 NKW auf Stellplätze des Staatlichen Maschinenbauhandels. 9 PKW wurden zur Unterstützung der Arbeit im ehemaligen zentralen Amt für Nationale Sicherheit für das dort tätige Bürgerkomitee und den Arbeitsstab zur Verfügung gestellt.
- Bürgerkomitee, Militärstaatsanwalt und die zur Auflösung der entsprechenden Dienstseinheiten zeitweise hinzugezogenen ehemaligen Mitarbeiter arbeiten konzentriert an der Verbringung des Aktenmaterials aus den Diensträumen in die geschützten Archivräume. Von den insgesamt 33 ehemaligen Dienstseinheiten, davon 5 ehemalige Kreisdienststellen, sind 19 beräumt. Das sind ca. 75 % des geschätzten Aktenbestandes in den Dienstzimmern.
- Per 20.2.90 sind von dem Personalbestand des ehemaligen Amtes von 2.515 Mitarbeitern 2.334 entlassen. 550 der Entlassenen haben noch kein Arbeitsrechtsverhältnis nachweisen können bzw. nachgewiesen.
- Die Arbeitsgruppe des Bezirksarztes für die Nachnutzung des Objektes hat bereits wesentliche Vorbereitungsarbeiten geleistet, so dass Anfang März mit der schrittweisen Inbetriebnahme eines Teiles des Objektes durch das Rettungsamt begonnen wird.

- Die vollständige Übergabe des Objektes des ehemaligen Bezirksamtes an den Nachnutzer wird bis spätestens 30.4.90 abgeschlossen sein.

Nach gegenwärtiger Übersicht werden über diesen Zeitpunkt hinaus noch in einem bestimmten Umfange Folgeprobleme der Auflösung des Bezirksamtes bzw. der Auflösung von Strukturen sowie hinsichtlich anstehender Ermittlungen existieren, die geklärt werden müssen.

In Anlehnung an die Bildung des Komitees für die endgültige Auflösung des Zentralen Amtes für Nationale Sicherheit würde auf der Ebene des Bezirksamtes Berlin der Verbleib eines Arbeitsstabes von ca. 10 Mitarbeitern des ehemaligen Bezirksamtes unter Koordinierung eines juristisch qualifizierten Mitarbeiters aus dem Bürgerkomitee mit Arbeitsrechtsverhältnis Dienstleistungsverwaltung Ministerrat als zweckmäßig angesehen.

Dokument Nr. 22

Bericht des Komitees zur Auflösung des Amtes für Nationale Sicherheit über den Stand der Auflösung des MfS/AfNS, 12.4.1990

BArch, DO 104/26

Bericht über den Stand der Auflösung des MfS/AfNS

1. Auf der Grundlage des Beschlusses des Ministerrates vom 14.12.1989 ist die endgültige Auflösung bis zum 20.6.1990 abzuschließen. Die ehemaligen Strukturen sind zerschlagen. Bis zum heutigen Tage sind alle Kreisdienststellen, Bezirksverwaltungen sowie 20 der 39 zentralen Dienststellen vollständig aufgelöst. Die entsprechenden Dokumentationen und Abschlussberichte liegen dem Komitee als Rechtsnachfolger vor. Sämtliche Bestände an Waffen, Militärtechnik sowie Ausrüstungen sind entweder dem Ministerium für Nationale Verteidigung bzw. dem Ministerium für Innere Angelegenheiten übergeben, teilweise vernichtet (Waffen) oder auf Parkflächen bzw. in Lagerhallen sichergestellt.
2. Der Personalbestand des ehemaligen MfS von rd. 85.000, davon in der Zentrale rd. 33.000, ist aufgelöst. Sämtliche Dienstverhältnisse sind beendet. [...] Für die Beräumung der restlichen zentralen Dienstseinheiten insbesondere von Schriftgut, Altpapier und nicht erforderlichem Inventar und für die Sicherheit noch nicht übergebener Objekte sind noch rd. 700 Personen tätig. Davon allein für die Aufklärung [HVA] mehr als 200. Dieser Bestand reduziert sich je nach Fortgang der Arbeit monatlich. Die Personen haben einen befristeten Arbeitsvertrag vom Komitee erhalten.
3. Durch das Komitee zur Auflösung des AfNS wurden ca. 9.200 Objekte des ehemaligen AfNS erfasst. Darunter befinden sich u.a.
 - 2.040 Objekte in offizieller Rechtsträgerschaft des ehemaligen AfNS mit entsprechenden Eintragungen im Grundbuch des Liegenschaftsdienstes;
davon:
 - 931 Dienst-, Funktions- und Büroobjekte;
 - 734 Wohnobjekte (in Berlin ca. 9.598 Wohnungseinheiten);
 - 208 Erholungsobjekte (Ferienheime und Mehrzweckobjekte);

- 89 Sportobjekte (überwiegend durch SV Dynamo genutzt);
- 5.380 konspirative Objekte und Wohnungen im Öffentlichkeitsbereich;
- 210 Objekte, die sich in der Rechtsträgerschaft der Versorgungseinrichtung des Ministerrates befinden und durch das ehemalige AfNS genutzt wurden;
- 70 spezielle Objekte, wie z.B. unterirdische Führungsstellen und Nachrichtenzentralen.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist die Inventarisierung der Objekte nahezu abgeschlossen. [...]

4. Der Gesamtbestand an Kraftfahrzeugen des ehemaligen AfNS betrug per 1.1.1989 18.300 Kfz, davon 12.9000 PKW und 5.400 LKW. Die in den Bezirksverwaltungen und Kreisdienststellen vorhandenen 7.335 Kfz wurden Nachnutzern zugeordnet bzw. verkauft. Von den durch die zentralen Dienststellen des ehemaligen AfNS genutzten 10.965 Kfz wurden per 31.3.1990

4.550 (41,9 %)	an Nachnutzer übergeben
4.350 (39,5 %)	über den Maschinenbauhandel zum Verkauf angeboten (1.800 wurden bereits verkauft)

5. Als eine der aufwendigsten Aufgaben hat sich die Arbeit mit Akten und Schriftgut erwiesen. Gegenwärtig sind 32 zentrale Dienstseinheiten von Akten und Schriftgut beräumt. Die Einlagerung des Archivmaterials erfolgt in einem Zwischenarchiv im Komplex Normannenstraße für die zentralen Dienstseinheiten. Das Archivmaterial der Bezirksverwaltungen ist in bezirklichen Archiven untergebracht. [...] In Übereinstimmung mit den Beschlüssen des Ministerrates und des Zentralen Runden Tisches wurden die elektronischen Datenträger vernichtet. Zum weiteren Umgang mit den Personendaten sind die erforderlichen Entscheidungen dem Parlament vorbehalten. Dazu liegt eine Fülle von Eingaben vor, die sowohl die Einsichtnahme bzw. Auslieferung von Personenakten, aber auch den Schutz vor Zugriff zu den Akten durch jedermann fordern. Auf der Grundlage der von den Parteivorständen und den Fraktionen der Volkskammer getroffenen Entscheidungen sowie der Forderungen

gen der Öffentlichkeit ist die Überprüfung der Abgeordneten der Volkskammer an Hand der zentralen Kartei durchgeführt worden. Das allgemeine Schriftgut, ohne Personendaten und ohne Archivmaterial, wird systematisch der Vernichtung zugeführt. Dazu sind die derzeit vorhandenen Verarbeitungskapazitäten in der DDR nicht ausreichend. Es wurden Entscheidungen zur Zwischenlagerung von vorvernichtetem Material bzw. zur Verpressung von allgemeinem Schriftgut getroffen. [...]

8. Getragen von dem Willen, den Auflösungsprozess, so wie beschlossen, zum Abschluss zu bringen, wurde eine enge Zusammenarbeit mit den gesellschaftlichen Gremien, insbesondere den Bürgerkomitees, angestrebt. Grundsätzlich trägt diese Zusammenarbeit konstruktiven Charakter. Es ist jedoch nicht zu übersehen, dass durch die Fülle der Aufgaben, durch Emotionen und teilweise ungenügende Koordinierung der Arbeiten zwischen beiden Seiten zeitweilig Widersprüche vorhanden waren, die jedoch in der Regel in sachlichen Gesprächen gelöst werden konnten. Gegenwärtig treten z.T. Verunsicherungen bei den Bürgerkomitees auf, weil noch keine Entscheidungen über die weitere Tätigkeit dieser Bürgerkomitees nach den Volkskammerwahlen getroffen worden sind. Zur Überbrückung dieser Situation wurde eine Arbeitsvereinbarung zwischen dem staatlichen Komitee und den Bürgerkomitees abgeschlossen.

Schlussfolgerungen

1. Ausgehend von den bisherigen Erfahrungen sollten die sachbezogenen Aufgaben, die gegenwärtig vom staatlichen Komitee zu lösen sind, fortgesetzt werden.
2. Durch das Komitee sind folgende Aufgaben vorzubereiten, die dem Ministerrat zur Beschlussfassung vorgelegt werden sollen:
 - Eine Verordnung zur Wiederherstellung der Ordnungsmäßigkeit im Zusammenhang mit dem Rechtsträgerwechsel bzw. von Übernahme- und Übergabeprotokollen für unbewegliches und bewegliches Sachvermögen.

Diese Verordnung sollte Aufgaben festlegen zur Überprüfung sämtlicher Vorgänge im Umgang mit dem Vermögen des ehemaligen MfS nach seiner Auflösung.

- Entscheidungsvorschläge zur künftigen Nutzung bedeutender Objekte des ehemaligen MfS, insbesondere des zentralen Komplexes Normannenstraße, Gotlindestraße.
 - Entscheidungsvorschläge zur Verwendung bzw. Verbringung von allgemeinem Schriftgut, damit kurzfristig eine vollständige Beräumung der Diensteinheiten des ehemaligen MfS und damit die Wiedernutzung der Objekte erfolgen kann.
3. Es wird empfohlen, den zuständigen Organen des Ministerrates die Aufgabe zu stellen, insbesondere folgende Rechtsvorschriften vorzubereiten:
- Staatliche Archivordnung im Zusammenhang mit der Behandlung und dem Umgang mit dem Quellen- und Archivmaterial des ehemaligen MfS;
 - Rehabilitationsgesetz zur Gewährleistung der ordnungsgemäßen Bearbeitung vorliegender Anträge auf Rehabilitation;
 - Beschluss zur rechtlichen und sozialen Sicherstellung von Müttern und Schwangeren im Zusammenhang mit einer notwendigen Beendigung von Dienst- bzw. Arbeitsrechtsverhältnissen;
 - Beschluss zur Entwicklung des Leistungs- und Massensports.
- Auf dieser Grundlage sind die endgültigen Entscheidungen zum Rechtsträgerwechsel der ehemaligen SV Dynamo-Objekte durch das Komitee zu treffen.
- Aufgaben und Verantwortung der Bürgerkomitees und ihre materielle Sicherstellung im Zusammenhang mit noch zu lösenden Aufgaben bis zur endgültigen Auflösung des Amtes für Nationale Sicherheit.

Eichhorn
Leiter des Komitees

7. Weiterführende Literatur

- Hannes Bahrmann/Christoph Links, Chronik der Wende. Die Ereignisse in der DDR zwischen 7. Oktober 1989 und 18. März 1990, Berlin 1999.
- Karl-Wilhelm Fricke, MfS intern. Macht, Strukturen, Auflösung der Staatssicherheit, Köln 1991.
- Jens Gieseke, Die hauptamtlichen Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit. Personalstruktur und Lebenswelt 1950-1989/90, Berlin 2000.
- Jens Gieseke, Mielke-Konzern. Die Geschichte der Stasi 1945-1990, Stuttgart 2001.
- David Gill/Ulrich Schröter, Das Ministerium für Staatssicherheit. Anatomie des Mielke-Imperiums, Berlin 1991.
- Christoph Links/Sybille Nitsch/Antje Taffelt, Das wunderbare Jahr der Anarchie. Von der Kraft des zivilen Ungehorsams 1989/90, Berlin 2004.
- Armin Mitter/Stefan Wolle (Hg.), Ich liebe euch doch alle! Befehle und Lageberichte des MfS Januar – November 1989, Berlin 1990.
- Wilfriede Otto, Erich Mielke. Biographie, Berlin 2000.
- Michael Richter, Die Staatssicherheit im letzten Jahr der DDR, Weimar 1996.
- Siegfried Suckut (Hg.), Das Wörterbuch der Staatssicherheit. Definitionen zur „politisch-operativen Arbeit“, Berlin 1996.
- Siegfried Suckut/Walter Süß (Hg.), Staatspartei und Staatssicherheit. Zum Verhältnis von SED und MfS, Berlin 1997.
- Walter Süß, Staatssicherheit am Ende. Warum es den Mächtigen nicht gelang, 1989 eine Revolution zu verhindern, Berlin 1999.
- Uwe Thaysen, Der Runde Tisch. Oder: Wo blieb das Volk?, Opladen 1990.
- Karsten Timmer, Vom Aufbruch zum Umbruch. Die Bürgerbewegung in der DDR 1989, Göttingen 2000.
- Stefan Wolle, Die heile Welt der Diktatur. Alltag und Herrschaft in der DDR 1971-1989, Berlin 1996.

8. Abkürzungen

Abt.	Abteilung
ADN	Allgemeiner Deutscher Nachrichtendienst
AfNS	Amt für Nationale Sicherheit
AG	Arbeitsgruppe
AGB	Arbeitsgesetzbuch (der DDR)
AgdL	Arbeitsgemeinschaft der Leitung
AGG	Arbeitsgruppe Geheimschutz
AGK	Auswertungs- und Kontrollgruppe
AK	Aktuelle Kamera
ASt.	Außenstelle
BArch	Bundesarchiv Berlin
BCD	Bewaffnung und chemischer Dienst
BdL	Büro der Leitung
Bez.	Bezirk
BK	Bürgerkomitee
BKG	Bezirkskoordinierungsgruppe
Bln.	Berlin
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BStU	Bundesbeauftragte/r für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR
BV	Bezirksverwaltung
BVDP	Bezirksverwaltung der Deutschen Volkspolizei
bzw.	beziehungsweise
ca.	zirka
DA	Demokratischer Aufbruch
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DJ	Demokratie Jetzt
Dok.	Dokument/Dokumentation
DRA	Deutsches Rundfunkarchiv Babelsberg
evtl.	eventuell
FDJ	Freie Deutsche Jugend
GBL	Gesetzblatt (der DDR)
Gen.	Genosse
GÜST	Grenzübergangsstelle
HA	Hauptabteilung
HVA	Hauptverwaltung Aufklärung

IDNR	Identifikationsnummer
IM	Inoffizielle/r Mitarbeiter
KD	Kreisdienststelle
Kfz	Kraftfahrzeug
Koordin.	Koordinierung bzw. Koordination
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KuSch	Kader- und Schulungsabteilung
KWV	Kommunale Wohnungsverwaltung
LDPD	Liberal-demokratische Partei Deutschlands
LKW	Lastkraftwagen
LStU	Landesbeauftragte/r für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR
MDA	Matthias-Domaschk-Archiv
MfS	Ministerium für Staatssicherheit
milit.	militärisch
MD	Medizinischer Dienst
MdI	Ministerium des Inneren
N	Nachrichtenabteilung
ND	Neues Deutschland
NF	Neues Forum
NKW	Nutzkraftwagen
NSW	nichtsozialistisches Wirtschaftsgebiet
NVA	Nationale Volksarmee
OfS	Offizier/e für Sonderaufgaben
o.g.	oben genannte
ökon.	ökonomisch
OT	Operativtechnik
PID	politisch-ideologische Diversion
PDS	Partei des Demokratischen Sozialismus
Pkt.	Punkt
PKW	Personenkraftwagen
Probl.	Problem bzw. Problematik
PUT	politische Untergrundtätigkeit
rd.	rund
RD	Rückwärtige Dienste
Ref.	Referat
RHA	Robert-Havemann-Archiv
RTB	Runder Tisch Berlin

SAPMO	Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SDP	Sozialdemokratische Partei (der DDR)
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
sog.	so genannte
soz.	sozialistisch
Str.	Straße
SV	Sportverein
techn.	technisch
UHA	Untersuchungshaftanstalt
VP	Volkspolizei
VPI	Volkspolizei-Inspektion
WB	West-Berlin
wehrdienstpfl.	wehrdienstpflichtig
wiss-techn.	wissenschaftlich-technisch
WSE	Wach- und Sicherungseinheit
ZA	Zentralarchiv
ZAIG	Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe
ZK	Zentralkomitee
ZPL	Zentrale Parteileitung
ZRT	Zentraler Runder Tisch
z. T.	zum Teil
z. Zt.	zurzeit

Über den Autor

Jens Schöne

Jg. 1970; landwirtschaftliche Ausbildung; Studium der Neueren und Neuesten Geschichte sowie Anglistik und Amerikanistik in Berlin; Juli 2004 Promotion; seit Dezember 2004 Mitarbeiter der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur; zahlreiche Veröffentlichungen zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte der DDR.